

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Kreiskys Konferenzzentrum – die politischen,
zivilgesellschaftlichen und medialen Reaktionen auf den Bau
des Austria Centers Vienna

verfasst von | submitted by
Sarah Wabl BA BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 199 511 525 02

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach
Geschichte und Politische Bildung Unterrichtsfach
Psychologie und Philosophie

Betreut von | Supervisor:

Assoz. Prof. Dr. Elisabeth Röhrlich

Abstract (English)

The construction of the *Austria Center Vienna (ACV)*, Austria's largest conference center, became a central point of contention between the *SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs; today: Sozialdemokratische Partei Österreichs)* and the *ÖVP (Österreichische Volkspartei)*, eventually leading to the largest popular petition in Austrian history. The debate signaled the end of SPÖ's thirteen-year single-party government and marked the end of Bruno Kreisky's political career. Kreisky's fourth and final term faced numerous challenges, not only due to his declining health but also due to the mounting costs of two major construction projects—the Vienna General Hospital and the conference center. The ÖVP capitalized on public discontent and launched a record-breaking petition against the ACV. Despite the 1.3 million signatures opposing the construction, Kreisky remained resolute, which alienated even some of his own SPÖ supporters.

While the SPÖ justified the project as a long-term investment in Vienna's international reputation and economic future, the ÖVP criticized it as a misallocation of public funds, advocating for alternative investments. The controversy over financing, including contributions from Arab countries, raised concerns about Austria's sovereignty, with the ÖVP expressing fears of foreign influence. Additionally, the civil response highlighted socioeconomic concerns, with critics viewing the project as extravagant amidst Austria's economic struggles. Media coverage reflected the political divide, with the SPÖ-leaning *Arbeiter-Zeitung* and the ÖVP-aligned *Presse* offering contrasting interpretations of the project's economic and political implications.

Ultimately, the construction of the ACV became a flashpoint in Austrian politics, illustrating deep divisions in public opinion, economic strategy, and national identity, as well as Kreisky's increasingly controversial leadership style.

Das *Austria Center Vienna (ACV)*, das größte Konferenzzentrum Österreichs, war Gegenstand einer intensiven politischen Auseinandersetzung zwischen der *SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs; heute: Sozialdemokratische Partei Österreichs)* und der *ÖVP (Österreichische Volkspartei)*, die letztlich zum größten Volksbegehren in der Geschichte Österreichs führte. Die ACV-Debatte markierte das Ende der dreizehnjährigen SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky. Kreiskys vierte und letzte Amtszeit war von zahlreichen Herausforderungen geprägt, darunter sein sich verschlechternder Gesundheitszustand sowie die steigenden Kosten zweier Großbauprojekte – des Wiener Allgemeinen Krankenhauses und des Konferenzzentrums.

Die ÖVP nutzte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und initiierte das rekordverdächtige Volksbegehren gegen das ACV. Trotz der 1,3 Millionen Unterschriften, die sich gegen den Bau aussprachen, hielt Kreisky an dem Projekt fest, was auch bei SPÖ-Anhänger*innen für Unmut sorgte.

Während die SPÖ das Projekt als langfristige Investition in Wiens internationales Prestige und wirtschaftliche Zukunft verteidigte, erkannte die ÖVP im ACV eine Fehlverwendung öffentlicher Gelder sowie eine Bevorzugung Wiens gegenüber den anderen Bundesländern. Auch die Mitfinanzierung durch arabische Finanzgesellschaften, weckte bei der ÖVP Bedenken hinsichtlich der österreichischen Souveränität. Die Medienberichterstattung reflektierte die politische Spaltung, wobei die SPÖ-Parteizeitung *Arbeiter-Zeitung* und die ÖVP-nahe *Presse* unterschiedliche Sichtweisen auf das Bauvorhaben wiedergaben.

Danksagung

Mit der Fertigstellung dieser Masterarbeit geht eine herausfordernde Phase meines Lebens zu Ende. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um all denjenigen zu danken, die mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt meiner Masterarbeitsbetreuerin Frau Prof. Dr. Elisabeth Röhrlich, die nicht nur eine inspirierende Wissenschaftlerin, sondern auch eine engagierte Lehrende ist.

Ebenso möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken. Mein Vater, der übrigens einer der Arbeitsmigranten ist, die beim Bau der UNO-City geholfen haben, sowie meine Mutter, die mich inspiriert hat Mittelschullehrerin zu werden, haben mir dieses Studium ermöglicht und mich immer unterstützt.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an meine chosen family, die mir in schwierigen Zeiten stets Mut gemacht und Kraft gegeben hat. Ein ganz besonderes Dankeschön an meine Freundin Baxi, die dieser Arbeit lektoriert hat sowie an Sophie, die mir bei der Formatierung geholfen hat.

Schließlich möchte ich auch all den Menschen danken, die mich in den letzten Jahren auf unterschiedlichste Weise begleitet haben. Diese Arbeit ist das Ergebnis vieler Hände und Gedanken, und dafür bin ich unendlich dankbar.

Abstract (English).....	0
Abstract (Deutsch).....	1
Danksagung.....	2
Inhaltsverzeichnis	3
1. Einleitung	5
1.1 Forschungsstand	6
1.2 Forschungsinteresse	12
1.3 Forschungsfragen.....	13
1.4 Forschungsthese	14
2. Methodik.....	16
3. Zeithistorischer Kontext: Kreisky und <i>sein</i> Konferenzzentrum	18
4. Das Politikum ‚ACV‘	33
4.1 Politische Reaktionen.....	45
4.1.1 Wirtschaftliche Fragestellungen	47
4.1.2 Wien vs. ‚die Bundesländer‘	54
4.1.3. Sicherheitsgarant vs. Sicherheitsrisiko.....	58
4.2 Zivilgesellschaftliche Reaktionen	60
4.2.1 Wirtschaftliche Fragestellungen	64
4.2.2 Wien vs. ‚die Bundesländer‘	66
4.2.3 Sicherheitsgarant vs. Sicherheitsrisiko.....	67
4.3. Mediale Reaktionen	68
4.3.1 Wirtschaftliche Fragestellungen	70
4.3.2 Wien vs. ‚die Bundesländer‘	74
4.3.3 Sicherheitsgarant vs. Sicherheitsrisiko.....	76
5. Fazit	81
6. Primärquellen	87

7. Literaturverzeichnis.....	93
8. Abbildungsverzeichnis.....	95
9. Anhang.....	96
9.1 Kategorisierung des Archiv-Bestandes:.....	96
9.2 Kategorisierung der Quellentypen nach Zugehörigkeit zu politischer, zivilgesellschaftlicher oder medialer Reaktion	97
9.3 Chronologie der Ereignisse	98

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Diskurs rund um das Volksbegehren gegen den Bau des größten österreichischen Konferenzentrums – dem *Austria Center Vienna* (ACV) – im Jahre 1982. In den ‚langen Siebzigern‘ (1970-1986) wurde der (Aus-)Bau der UNO-City, welche aus dem *Vienna International Centre* (VIC) und dem ACV besteht, im 22. Wiener Gemeindebezirk zu einem Politikum, welches Politik, Zivilgesellschaft und Medienlandschaft spaltete. In jener Periode, auf welcher der Hauptfokus dieser Arbeit liegt, wurde das VIC gebaut und das ACV befand sich noch in der Planungsphase.

Kreisky, der mit ‚seiner SPÖ‘ zu jener Zeit vier Alleinregierungen vorstand, wollte Wien zu einem Begegnungs- und Konferenzort machen. Seine Sicherheitspolitik setzte auf eine aktive Außenpolitik bei gleichzeitiger Bewahrung der immerwährenden und vor allem identitätsstiftenden Neutralität. Obschon die Errichtung der UNO-City auf die ÖVP-Alleinregierung unter Klaus, der 1967 dem Projekt zustimmte, zurückgeht, wurde der (Aus-)Bau des Gebäudekomplexes bald zu einem Steckenpferd Kreiskys. Der Langzeitkanzler erkannte in dem Projekt sicherheitspolitische und wirtschaftliche Vorteile, sowie die Möglichkeit das Image Wiens – als Ort der internationalen Diplomatie – weiter auszubauen.

Wien hatte sich während des Kalten Krieges zunehmend zu einem beliebten Ort des Austausches, zu einem Ort der Mitte, entwickelt. Dass die Stadt in den Siebzigern schließlich ein Amtssitzzentrum für internationale Organisationen bekam, war daher nicht überraschend. Nachdem 1979 das VIC eröffnet wurde, begann allerdings bald eine vielschichtige politische, zivilgesellschaftliche¹ und mediale Debatte bezüglich des Baus des von Beginn an mitgeplanten ACV. Die parteipolitisch aufgeladene Diskussion zum Konferenzzentrum in der UNO-City mündete im bisher meistunterzeichneten Volksbegehren der Zweiten Republik.

In meiner Masterarbeit werden die verschiedenen Reaktionen auf den Bau des ACV skizziert, um gleichsam erstmalig die damaligen Argumentationslinien zu analysieren. Es gilt herauszuarbeiten,

¹ Ich definiere Zivilgesellschaft hier als jenen Teil der Bevölkerung, der sich selbstständig – das heißt nicht im Namen einer politischen Partei und/oder eines Mediums – politisch engagiert bzw. zu Wort meldet.

weshalb der Bau des Konferenzentrums zu einem Politikum wurde, welche Argumente *für* sowie *gegen* den Bau angeführt wurden und welche Akteur*innen in der Debatte involviert waren.

Meinen Analysen liegt vordergründig eine qualitative Quellenrecherche und -arbeit, die sich Elementen der Kritischen Diskursanalyse bedient, zugrunde. Die präsentierten Erkenntnisse ergänzen eine vielfältige geschichtswissenschaftliche Forschung zum übergeordneten Themenbereich der internationalen Organisationen in Österreich bzw. der Allgemeinen Internationalisierung Österreichs in der Zweiten Republik. Bevor auf die offenen Fragestellungen, die die vorliegende Arbeit beantwortet, eingegangen wird, sei daher hier ein kleiner Einblick in den aktuellen Forschungsstand zum Thema gegeben.

1.1 Forschungsstand

„Amtssitzpolitik ist das Bestreben eines Staates, internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zur Niederlassung auf seinem Territorium zu bewegen sowie als Standort für internationale Konferenzen zu dienen.“²

Amtssitzpolitik, wie sie hier der Politikwissenschaftler Jodok Troy 2022 definiert, war seit der Wiedererlangung der Souveränität integraler Bestandteil österreichischer Außenpolitik. In der Zweiten Republik haben sich über 60 internationale Organisationen in Österreich angesiedelt³, darunter die Vereinten Nationen, welche Wien zu ihrem dritten Hauptsitz auserkoren haben. Waren es laut Jodok Troy funktionale (beispielsweise materielle Wertschöpfung) sowie normative (beispielsweise sicherheitspolitische Überlegungen) Motivationen, die den Kleinstaat zu einer aktiven Amtssitzpolitik bewogen haben⁴, ist diese heute zu einer Tradition geworden.⁵ Funktionale und normative Motivationen sind gleichsam auf eine gewisse Existenzangst zurückzuführen: „Österreichische Amtssitzpolitik wurde als Garant dafür gesehen nicht wieder – wie 1938 – ohne nennenswerte Einsprüche seitens der internationalen Gemeinschaft zu ‚verschwinden‘.“⁶ Es handelt sich hierbei um ein, mitunter biografisch begründetes Argument, welches Kreisky immer wieder anführte, wenn es um seine ‚aktive Neutralitätspolitik‘ ging. Die Historikerin Elisabeth

² Jodok Troy, Amtssitzpolitik. In: Martin Senn, Franz Eder, Markus Kornprobst (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreich (Innsbruck/Wien 2022) 241-267: 241.

³ 40 davon in Wien

⁴ Kleinstaaten verfolgen oft eine vergleichsweise aktive Außenpolitik.

⁵ vgl. Troy 2022: 242.

⁶ Troy 2022: 244.

Röhrlich geht sogar so weit zu sagen, dass die Ereignisse des März 1938 Kreisky dazu veranlassten Zeit seines Lebens für die feste Verankerung im internationalen System zu kämpfen.^{7 8}

Troy identifiziert drei Phasen der österreichischen Amtssitzpolitik in der Zweiten Republik, wobei die erste Phase (1945 bis hinein in die 1960er) sicherlich die Dynamischste ist: die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) siedelte sich im selben Jahr ihrer Gründung 1957 in der Hauptstadt an und 1967 wird beschlossen den Vereinten Nationen Wien als dritten Amtssitz anzubieten.⁹ Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) eröffnete sogar bereits vor dem Abschluss des Staatsvertrags – und damit vor der Berufung auf die immerwährende Neutralität – ein Büro in Wien.¹⁰ Den Weg die österreichische Hauptstadt – neben New York und Genf (sowie 1996 Nairobi) – zum dritten UN-Hauptsitz zu machen, bereitete schließlich die Eröffnung der UNIDO (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung) vor.¹¹ In der zweiten Phase der österreichischen Amtssitzpolitik geht die internationale Orientierung über das Festhalten an der Mittlerrolle im Ost-West-Konflikt hinaus und in der dritten Phase globalisiert sich vollends (beispielsweise siedelt sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1995 in Wien an).¹² Amtssitzpolitik wird heute von der österreichischen Bevölkerung als Garant für Sicherheit gesehen und liegt nicht mehr in einer staatlichen Existenzangst begründet.¹³

Eine aktive Amtssitzpolitik zielt unter anderem darauf ab, sich selbst als Vermittler zwischen Parteien sowie Staaten zu inszenieren. Wenn ein Staat seine Solidarität nicht durch den nötigen Beistand im Kriegsfall gewährleisten kann, bleibt der Verweis auf ‚gute, diplomatische Dienste‘. Österreich hat sich – in Zeiten der zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung – vor allem vor dem Hintergrund der Neutralität auf seine Vermittlerrolle berufen. Diese

⁷ vgl. Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik: Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Göttingen 2009): 15.

⁸ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 5.

⁹ vgl. Troy 2022: 247-248.

¹⁰ Elisabeth Röhrlich, Sarah Knoll, Das neutrale Österreich als Sitz internationaler Organisationen: Entstehung und Verselbstständigung politischer Narrative. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 53 (2024) 1-8: 2.

¹¹ Röhrlich, Knoll 2024: 2.

¹² vgl. Troy 2022: 248-249.

¹³ vgl. Troy 2022: 252.

„Trittbrettfahrer“-Mentalität wird von verschiedenen NATO-Mitgliedsstaaten immer wieder kritisiert.¹⁴

In dem aktuellen Band *„Zustand und Zukunft der österreichischen Neutralität: Eine Auseinandersetzung“* der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft setzten sich die Autor*innen sowohl mit der Genese als auch mit der Aktualität der österreichischen Neutralität auseinander. Wolfgang Mueller argumentiert in seinem Beitrag, dass auch Nicht-Neutrale hervorragende Vermittlungsarbeit geleistet haben und leisten und, dass „Genf, Wien und Helsinki beliebte Tagungs- bzw. Sitzungsorte internationaler Treffen, Konferenzen und Organisationen [sind], doch ihr Einfluss auf Verhandlungen [...] – mit Ausnahme der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – gering [war].“¹⁵ Neben dem Argument als neutrale Kommunikationsplattform Friedens- und Vermittlungsarbeit zu leisten, wird die Sicherheit als zentrales Argument für die Neutralität angeführt.¹⁶ So halten es etwa 71 Prozent der befragten Österreicher*innen für die bessere Sicherheitsstrategie die Neutralität zu bewahren, als der NATO beizutreten.¹⁷ War die Neutralität – konkret der Bündnis- und Stützpunktverzicht – 1955 die Voraussetzung um die volle Souveränität wiederzuerlangen, verband insbesondere Kreisky die neutrale Außenpolitik mit dem Konzept der Sicherheit.¹⁸ Hierbei ist anzumerken, dass durch den neutralen Status, Wien als Konferenzort für internationale Gipfeltreffen (Kennedy/Chruschtschow 1961; Carter/Breschnew 1979) sowie als geeigneten dritten UN-Amtssitz zu vermarkten, vereinfacht wurde.¹⁹ Der sicherheitspolitischen Legitimation liegen allerdings durchaus auch parteipolitische sowie ökonomische Motive zugrunde.

Im Zuge der europäischen Integration wurde die österreichische Neutralitätsauslegung stetig ausgeweitet und Mueller sieht die Hauptaufgabe der Neutralität – dem Land die sowjetische

¹⁴ vgl. Wolfgang Mueller, Genese und historischer Wandel der Neutralität Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 53 (2024) 1-10: 6.

¹⁵ vgl. Mueller 2024: 8

¹⁶ vgl. Mueller 2024: 2.

¹⁷ vgl. Gallup Stimmungsbarometer, Zwei-Länder-Umfrage zum Thema Neutralität: Österreich und Schweiz. In: Gallup Institut, 02.06.2022, online unter <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2022/zwei-laender-umfrage-zum-thema-neutralitaet-oesterreich-und-schweiz/> (03.07.2024): 3.

¹⁸ vgl. Mueller 2024: 4-5.

¹⁹ vgl. Mueller 2024: 6.

Zustimmung zum Staatsvertrag zu sichern – als erfüllt an.²⁰ Dennoch wird in der öffentlichen Wahrnehmung die Neutralität auch heute noch als entscheidender Pull-Faktor für die Ansiedlung internationaler Organisationen angesehen, so Röhrlich und Knoll in ihrem Artikel *„Das neutrale Österreich als Sitz internationaler Organisationen: Entstehung und Verselbstständigung politischer Narrative“*.²¹ Ohne der Neutralität ihren Pull-Faktor abzusprechen, sind die großzügigen Angebote der österreichischen Regierung(en) sowie der Wiener Stadtregierung wesentliche Faktoren, weshalb Wien bei internationalen Organisationen wie der IAEO oder der UNIDO von Anfang an hoch im Kurs stand.²² Anzumerken ist hier des Weiteren: Obschon die Amtssitzpolitik im engeren Sinne dem Außenministerium obliegt, verfolgen andere Ministerien und Akteure eine eigene Amtssitzpolitik, wobei die Stadt Wien ein gutes Beispiel hierfür darstellt.²³ Internationale Beziehungen zu pflegen ist schon lange nicht mehr nur die Aufgabe des Nationalstaats, sondern auch der Städte und Metropolen, weshalb Oskar Wawra auch von der ‚Wiener Stadtaußenpolitik‘ spricht.²⁴

Für die Steuerung der Amtssitzpolitik sind nicht nur verschiedene Akteur*innen zuständig, sie wird auch weiterhin von verschiedenen gelagerten Motiven sowie Interessen mitbestimmt. Österreich übernahm die Finanzierung des neuen Hauptsitzes der UNIDO sowie der IAEO im Zuge der Errichtung des UN-Sitzes.²⁵ Im Amtssitzabkommen der IAEO 1958 werden dieser außerdem Steuerbefreiungen und günstige Rahmenbedingungen für Sozialversicherung und Pensionen der Mitarbeitenden zugesichert.²⁶ Das Amtsabkommen der UNIDO, welche den Mitarbeitenden ebenfalls Steuererleichterungen und begünstigte Pensions- und Sozialversicherungsregelungen gewährleistete, entstand nicht etwa in der Kreisky-Ära, sondern zu Zeiten der ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus (1966-1970).²⁷ Gerade im Fall der UNIDO waren wirtschaftliche Interessen auf

²⁰ vgl. Mueller 2024: 7.

²¹ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 2.

²² vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 3-4.

²³ vgl. Troy 2022: 249.

²⁴ vgl. Oskar Wawra, Internationale Aktivitäten der Stadt Wien. In: Melanie Sully (Hg.), *Out of Vienna: international organisations in Vienna* (Wien 2004) 20-27: 20.

²⁵ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁶ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 3.

²⁷ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

beiden Seiten die maßgeblicheren Faktoren bei der Amtssitzerrichtung.²⁸ Die Bedeutung der österreichischen Neutralität bei der Ansiedlung internationaler Organisationen wird, nach Röhrlich und Knoll, in der öffentlichen Wahrnehmung viel größer eingeschätzt, als sie aus der Sicht der anderen mitbestimmenden Staaten eigentlich war.²⁹ Das wirtschaftliche Entgegenkommen des Staates war zentraler Pull-Faktor bei der Niederlassung in Wien. Dass die Neutralität als so zentral bei der Auswahl Österreichs angesehen wird, hat sicher auch mit der gelungenen Identitätsmetapher zu tun: Durch die Neutralität wurde ein Identitätsvakuum gefüllt und die ‚neutrale Sonderrolle Österreichs‘ gab dem Staat nach 1955 wieder einen erlebbaren Inhalt, der ihn gleichzeitig nach außen abgrenzte.³⁰ Anzumerken ist hier, dass seit den Sechzigern der Staatsvertragsabschluss mitsamt des Neutralitätsgesetz im schulischen Unterricht als Staatsgründungsdokumente präsentiert werden.³¹ Auch der österreichische Nationalfeiertag wird seit 1965 am 26. Oktober gefeiert: an jenem Tag, an dem der Nationalrat 1955 das Gesetz zur österreichischen Neutralität beschlossen hatte.

Das zweite weit verbreitete Narrativ – neben der der Neutralität als Pull-Faktor – ist, dass die Anwesenheit internationaler Organisationen für neutrale Kleinstaaten wie Österreich einen wichtigen Sicherheitsfaktor darstellt.³² Es handelt sich dabei um das Lieblingsnarrativ Kreiskys, weshalb er es auch anlässlich der feierlichen Übergabe des Vienna International Centres am 23. August 1979 folgendermaßen veranschaulichte:

„Ohne Zweifel ist der Umstand, daß wichtige Weltorganisationen, in denen alle Völker der Erde vertreten sind, ihren Sitz in Wien haben, für Österreich von besonderer Bedeutung: Aus diesem Umstand kann eine Anerkennung der österreichischen Neutralitätspolitik abgelesen werden. Darüberhinaus wird dieses Haus der Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen nur wenige Monate vor dem 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags übergeben, die den Anfang der Entspannungspolitik in Europa bedeutete. Die Entspannungspolitik hat diesen Kontinent zum ersten Mal in der Geschichte zum friedlichsten der Welt gemacht. So möge dieses Haus ein Symbol für die Entspannung in Europa und für den Frieden in der Welt sein.“³³

²⁸ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁹ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 5.

³⁰ vgl. Oliver Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945 (Innsbruck/Wien/Bozen 2006): 75.

³¹ vgl. Rathkolb 2006: 76.

³² vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 5.

³³ Bruno Kreisky, Rede zur feierlichen Übergabe der UNO-City, 23. August 1979, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 7.

Der Bundeskanzler framt in seiner Ansprache nicht nur die die Neutralitätspolitik als Sicherheitspolitik, sondern bezeichnet den österreichischen Staatsvertrag als den Ursprung der europäischen Entspannungspolitik. Die Überhöhung des Kleinstaates manifestiert sich Wort für Wort in Kreiskys Rede.

Kreisky verglich die sicherheitspolitische Schlagkraft der ‚UNO-City‘ öfters mit der einer Armee oder Panzerdivisionen.³⁴ Obschon die Amtssitzpolitik als Sicherheitspolitik allen voran mit seiner Regierungszeit assoziiert wird, liegen die Anfänge des Narrativs schon in der ÖVP-Alleinregierung unter Klaus.³⁵ Damals herrschte zwischen der ÖVP und der SPÖ noch Einigkeit über die sicherheitspolitische sowie ökonomische Bedeutung der Ansiedlung internationaler Organisationen.³⁶ Nichtsdestotrotz gab es auch Diskussionen um das Sicherheitsrisiko, welches vor allem durch Organisationen wie die OPEC oder IAEO erhöht wurden.³⁷

Ob die Ansiedlung internationaler Organisationen ein Sicherheitsgarant oder -risiko für Österreich ist, wurde erst Ende der Siebziger zu einem parteipolitisch aufgeladenen Thema. Anfang der Achtziger – zur Zeit des Volksbegehrens gegen den Bau des ACV und dreizehn Jahre nach der ÖVP-Alleinregierung unter Klaus, der 1967 der Errichtung zustimmte, – appellierte die ÖVP vehement gegen den Ausbau des Amtssitzes Wien. Das Sicherheitsnarrativ spielte in der Diskussion um den Bau des Austria Center Vienna eine wichtige Rolle, stieg doch gerade in dieser Zeit „das Risiko des internationalen Terrorismus in Europa und auch in Wien.“³⁸ Kreisky, dessen politische Karriere sich dem Ende zuneigte, war in den langen Siebzigern zum Advokat für die Internationalisierung Österreichs geworden. Er argumentierte unentwegt für den Bau des Konferenzzentrums und begründete dies mit sicherheitspolitischen sowie volkswirtschaftlichen Argumenten. Die Debatte um das Konferenzzentrum ist vor allem durch die Opposition zu Kreisky zu einem Politikum geworden: Es war sein letzter, medial breit ausgetragener, politischer Kampf gegen die erstarkende Opposition.

³⁴ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 5.

³⁵ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 5.

³⁶ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 5.

³⁷ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 6.

³⁸ Röhrlich, Knoll 2024: 6.

1.2 Forschungsinteresse

Die ‚UNO-City‘ ist nicht mehr wegzudenken aus dem Wiener Stadtbild. Obschon das UN-Amtssitzzentrum sich heute einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung erfreut und ‚Kaisermühlen‘ in einem Atemzug mit ‚Vienna International Centre‘ bei der Einfahrt in die gleichnamige U-Bahnstation genannt wird, war die Errichtung des riesigen Gebäudekomplexes ein innenpolitisch viel diskutiertes Thema. Die Etablierung eines internationalen Begegnungs- und Konferenzzentrums, welches an das VIC angeschlossen werden sollte, stellte ein Prestigeprojekt Kreiskys da. Kritik an dem Bau richtete sich gegen seine Person selbst, gegen die SPÖ im Allgemeinen, aber auch gegen die Wiener Stadtaußenpolitik und die fortschreitende Internationalisierung des kleinen Alpenstaats, allen voran seiner tiefroten Hauptstadt.

Die ÖVP initiierte im Mai 1982 ein Volksbegehren gegen den Bau des Konferenzzentrums, das von 1,3 Millionen Menschen unterzeichnet wurde³⁹. Als feststand, dass das Konferenzzentrum dennoch gebaut wird, geriet auch das historisch immer schon sehr schwache, politische Instrument ‚Volksbegehren‘ und die Nicht-Beachtung der vergleichsweise hohen Beteiligung an ebenjenem seitens der SPÖ in die Kritik. Während sich Befürworter*innen und Kritiker*innen immer weiter auseinanderbewegten, verflochten sich verschiedene Argumentationslinien zu parteilich klar gefärbten Standpunkten, die kaum dichotomer sein könnten. Der Streit um eine Internationalisierung bzw. Provinzialisierung Österreichs kennzeichnet das Ende der langen Siebziger und der Ära Kreisky.

Vierzig Jahre später scheint die Richtung klar zu sein: Mit dem Amtssitzgesetz von 2021 bekennt sich Österreich dezidiert und bindend zur Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen, sowie zur Ausrichtung von Konferenzen.⁴⁰ Des Weiteren soll Wiens bestehende Rolle als internationaler Amtssitz und als Drehscheibe internationaler Sicherheitspolitik weiter ausgebaut werden.⁴¹ Die Kontinuität der Befürwortung internationaler Organisationen erlebte Anfang der 1980er-Jahre mit dem ÖVP-initiierten Volksbegehren demnach einen Bruch, der heute nicht mehr

³⁹ Bis dato größte Beteiligung an einem Volksbegehren.

⁴⁰ vgl. Troy 2022: 252-253.

⁴¹ vgl. Troy 2022: 242.

wahrnehmbar ist. Wie es zu diesem Bruch kam und weshalb der Bau des ACV zu einem Politikum wurde, soll diese Arbeit beantworten.

Diese Arbeit bringt eine historisch fundierte Chronologie in die Ereignisse um den Bau des ACV und skizziert die Argumentationslinien der verschiedenen Akteur*innen in ihrem diskursivem Miteinander. Die bisherige Forschung richtete ihr Augenmerk auf die Ansiedlung internationaler Organisationen in Österreich, die Amtssitzpolitik Österreichs im Allgemeinen sowie auf die Etablierung Wiens als dritten UN-Amtssitz. Anhand des bisher nicht genauer beforschten Volksbegehrens von 1982 lassen sich innenpolitische Debatten der Zeit nachzeichnen. Der Bau des ACV entfachte eine nationale Debatte, in der es nicht zuletzt auch um Kreiskys Autorität ging.

1.3 Forschungsfragen

- *Warum wurde der Bau des Austria Center Vienna zu einem Politikum Ende der 1970er- bzw. Anfang der 1980er-Jahre?*
- *Welche unmittelbaren Reaktionen gab es auf den Bau des ACV von Seiten der Politik, der Zivilgesellschaft und der Medien?*
 - *Welche Akteur*innen äußerten sich zum Bau des ACV (Bundeskanzler, Opposition, internationale Beamt*innen, Wiener Bevölkerung, etc.)?*
 - *In welcher Form (Stellungnahmen der Parteien, Briefe an den Bundeskanzler, Pressereaktionen, etc.) wurde auf den Bau der ACV reagiert?*
- *Welche Argumentationslinien lassen sich herausarbeiten?*
 - *Können die verschiedenen Argumente allesamt der SPÖ- oder ÖVP-Parteilinie zugeordnet werden?*
 - *Welche Motive und Interessen stehen hinter den Argumenten?*
- *Führten die politischen, zivilgesellschaftlichen und medialen Reaktionen zu Konsequenzen?*
 - *Läutete das Volksbegehren von 1982 – unter der Berücksichtigung des Rücktritts Kreiskys – eine Hinwendung zum Provinzialismus ein?*

1.4 Forschungsthesen

Der Bau des Austria Center Vienna wurde zu einem Politikum, da die ÖVP nach vier Kreisky-Regierungen die Chance erkannte, wieder den Status einer Regierungspartei zu erhalten. Kreiskys politisches Leben neigte sich dem Ende zu und es standen Wahlen (Nationalratswahl 1983) bevor. In den letzten Jahren seiner Regierungszeit wurden, qua wirtschaftlicher Schwierigkeiten und steigender Arbeitslosenzahlen⁴², größere Investitionen – und das Konferenzzentrum war eine solche – immer schwerer zu legitimieren. Zudem sind internationale Organisationen seit dem OPEC-Anschlag vermehrt mit einem Sicherheitsrisiko – und nicht, wie Kreisky dies gerne propagierte, mit einem Sicherheitszugewinn – assoziiert worden. Sowohl die wirtschaftlichen als auch die sicherheitspolitischen Aspekte ließen sich für die ÖVP gut instrumentalisieren, um bei SPÖ-Stammwählenden ein Umdenken anzuregen. Die Debatte um den Bau des ACV ist facettenreich und oft ging es weniger um das Konferenzzentrum an sich, als um innen- und daher parteipolitisches Kalkül.

Obschon meine erste These die Wichtigkeit des ACV-Baus *an sich* relativiert, gab es verschiedenste Argumente für bzw. gegen den Bau. Diese kamen von institutioneller Seite (Politik und Medien), wie auch aus der Zivilgesellschaft. Bemerkenswert ist, dass sich die (Gegen-)Argumente allesamt einer Parteilinie zuordnen lassen – egal ob sie vom Bundeskanzler, aus der Opposition, von internationalen Beamt*innen oder aus der Wiener Bevölkerung kamen. Außerdem finden sich dieselben Diskurse in unterschiedlichsten Medien und Quellentypen (Stellungnahmen der Parteien, Pressereaktionen parteinahestehender Zeitschriften, Briefe an den Bundeskanzler, etc.) wieder. Meine zweite These lautet daher: Die Pro- und Kontra-Argumente lassen sich akteur*innen- und medienübergreifend entweder der SPÖ- oder der ÖVP-Parteilinie zuordnen. Diese zweite These untermauert meine erste These, wonach es bei der Debatte allen voran um innerpolitische Machtkämpfe ging.

Meine dritte These bezieht sich auf die Konsequenzen, die das Volksbegehren, aber auch der öffentliche Diskurs bezüglich des ACVs generell, hatte. Unmittelbar hatte das Volksbegehren,

⁴² Arbeitsmarktpolitik war zeitlebens Kreisky politisches Steckenpferd und Anfang der 1980er-Jahre stieg die Arbeitslosenzahl rapide.

genauso wie der (Nicht-)Umgang mit diesem, insofern Konsequenzen, als dass nun ein Mehr der österreichischen Bevölkerung eine oft sehr einseitige Meinung zum Konferenzzentrum (aber auch zu Konstrukten, wie Internationalisierung bzw. Nationalismus, die damit in Verbindung gebracht wurden) hatte. Dass der politischen Machtwechsel (Regierung Sinowatz 1983-1986) eine Folge des Volksbegehrens ist, wäre eine verkürzte Analyse. Dennoch reiht sich das Politikum ACV in eine Kette historischer Begebenheiten ein, die schlussendlich zum Ende der Kreisky-Ära geführt haben. Dass das Volksbegehren zu längerfristigen Veränderungen in der österreichischen Amtssitzpolitik geführt hätte, kann verneint werden. Die Debatte hat auch keine allgemeine Provinzialisierung der österreichischen Außenpolitik eingeleitet. Mit dem zeitlich naheliegenden Rücktritt Kreiskys kam es allerdings sehr wohl zu einer Neuorientierung der österreichischen Außenpolitik. Wird das Ende der Kanzlerschaft Kreiskys richtigerweise mit seiner letzten außenpolitisch relevanten Entscheidung – dem Bau des Konferenzzentrums – verbunden, hatte die Debatte sehr wohl einen indirekten Einfluss auf die Außenpolitik der Achtziger.

2. Methodik

Zur Bearbeitung meiner Fragestellungen standen mir, neben einschlägiger Sekundärliteratur, vorrangig dreizehn Boxen zum Thema ‚Konferenzzentrum‘ im Kreisky-Archiv zur Verfügung.

Das Kreisky Archiv entstand vor dem österreichischen Bundesarchivgesetz 1999 sowie dem Wiener Archivgesetz 2000 und besteht größtenteils aus Kreiskys Nachlass, das heißt aus Dokumenten, die er selbst selektiert und zugänglich gemacht hat. „Das Archiv gibt es, weil Kreisky es haben wollte, es ist ‚Teil seiner eigenen Erinnerungskultur‘ und größtenteils nach seiner Systematik geordnet.“⁴³, so Röhrlich. Die Gründung des Archivs verdankt Kreisky der finanziellen Unterstützung seines Freundes Karl Kahane.⁴⁴ Kreisky, der eine Stiftung unter seinem Namen gründete, beauftragte Oliver Rathkolb mit der Aufgabe seine aus dem Bundeskanzleramt mitgenommenen Archivalien aufzubewahren bzw. erstmalig zu kategorisieren. Vor den oben genannten Archivgesetzen gab es noch keine Regelungen wie mit den Dokumenten aus den staatlichen Institutionen umgegangen werden sollte. Da sich meine gesamte Quellenarbeit auf den Bestand des Kreisky Archiv stützt, muss diese Einschränkung hier hervorgehoben werden.

Die Boxen zum Thema ‚*Konferenzzentrum und UNO-City*‘ (Bestand VII.11.) des Archivs sind bisher kaum bearbeitet und ich habe den Inhalt entsprechend meines Forschungsinteresses kategorisiert.⁴⁵ In dem genannten Bestand finden sich unter anderem Presseaussendungen der Parteien, Pressereaktionen, Protokolle zu Fernsehdiskussionen, Gutachten, Stellungnahmen sowie diverse persönliche Briefe aus der Bevölkerung zum Bau des ACV.⁴⁶

Meine Recherche hat gezeigt, dass sich insbesondere *Stellungnahmen* (politische Reaktion), *persönliche Briefe* aus der Bevölkerung (zivilgesellschaftliche Reaktion) und *Pressereaktionen* (mediale Reaktion) eignen, um die verschiedenen Akteur*innen zu Wort kommen zu lassen. Es handelt sich bei allen drei Quellentypen um schriftliche Quellen, die sich mit demselben Themenkomplex bzw. Diskurs beschäftigen. Aufgrund der Quellenlage werde ich mich Ansätzen

⁴³ Röhrlich 2009: 37.

⁴⁴ vgl. Röhrlich 2009: 37.

⁴⁵ Siehe Anhang

⁴⁶ Die Namen der Verfasser*innen wurden aufgrund der geltenden Datenschutzbestimmungen anonymisiert.

der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger bedienen.⁴⁷ Die Kritische Diskursanalyse ermöglicht es, die Argumente – trotz Multimedialität und verschiedener sprechender bzw. schreibender Akteur*innen – in ihrem Kern erfassbar zu machen und somit meiner Fragestellung nach den Argumentationslinien zielführend nachzugehen.

Die Arbeit analysiert die politischen, medialen sowie zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf den Bau des ACV und

1. die Stellungnahmen der Parteien geben die Parteilinie in Bezug auf den Bau des ACV wieder,
2. die persönlichen Briefe an den Bundeskanzler erlauben nicht nur einen momentartigen Einblick in die zivilgesellschaftliche Meinung zum Bau des ACV, sondern führen auch die Identifikation des Baus mit der Figur Kreiskys eindrücklich vor Augen
3. und die Pressereaktionen vermitteln zwischen den beiden Großparteien sowie der Bevölkerung.

Die oben genannte Reihenfolge der Bearbeitung ergibt sich einerseits aus dem Faktum, dass sich Zivilgesellschaft und Medien auf einen politischen Diskurs beziehen, andererseits liegt sie im Material selbst begründet: Die Stellungnahmen (allen voran ein Flugblatt der SPÖ zum ÖVP-initiierten Volksbegehren) wurden vielfach als ‚Schreibpapier‘ für persönliche Briefe an den Bundeskanzler verwendet und die Pressereaktionen, die das Mehr der Quellen darstellen, fungieren als zentrales Vermittlungsmedium zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

Die hier genannten Quellentypen zeigen verschiedene Formen der Reaktionen auf den Bau des ACV auf. Des Weiteren werden die unterschiedlichen Kanäle der einzelnen Akteur*innen erkennbar. Die Argumente werden zwar in unterschiedlicher Form – und von diversen Akteur*innen vorgebracht – ihr Inhalt ist allerdings oft derselbe. Mithilfe der Primärquellen wird im Hauptteil der Arbeit herausgearbeitet, warum der Bau des ACV zu einem Politikum wurde und welche Argumentationslinien zusammengefasst werden können.

⁴⁷ Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (Münster 2012).

3. Zeithistorischer Kontext: Kreisky und *sein* Konferenzzentrum

Wie der Titel dieser Arbeit bereits vermuten lässt, spielte Bruno Kreisky eine zentrale Rolle, wenn es um den Bau des Konferenzzentrums geht. Da sowohl positive als auch negative Reaktionen oft und vor allem auf ihn, sowie auf seine Politik Bezug nehmen, gilt es im Zuge einer Kontextualisierung die Persönlichkeit Kreisky vorzustellen. Ich verweise im Folgenden insbesondere auf die von Wolfgang Petritsch verfasste Biographie *„Bruno Kreisky“*. Es sei angemerkt, dass es sich hierbei um keine wissenschaftliche Arbeit handelt, obschon der Autor beim Verfassen der Biografie mit den Kreisky-Historiker*innen Oliver Rathkolb und Elisabeth Röhrlich zusammenarbeitete. Petritsch war selbst (Presse-)Sekretär Kreiskys und kann somit auch als Zeitzeuge gesehen werden.

Kreisky kam am 22. Jänner 1911 im fünften Wiener Gemeindebezirk zur Zeit der k.u.k. Monarchie Österreich-Ungarn zur Welt.⁴⁸ Bei der Monarchie handelte es sich um einen Vielvölkerstaat und Kreisky bezeichnete sich selbst auch als ein Ergebnis aus der Mischung von Ungar*innen, Deutschen, Italiener*innen sowie Juden/Jüdinnen, wobei er den Letzteren den Völkerstatus im klassischen Sinne stets absprach.⁴⁹ Kreiskys Vater war ein bürgerlicher Liberaler, dem der Aufstieg zum Zensor der Österreichischen Nationalbank gelang, seine Mutter kam aus einer mährischen Unternehmerfamilie.⁵⁰

Der Tod Kaiser Franz Josephs, an den sich Kreisky noch erinnern konnte, leitete das Auseinanderbrechen des Habsburgerreiches ein und so wurde aus Wien – der einstigen Hauptstadt eines riesigen Imperiums mit 53 Millionen Einwohner*innen – eine ärmliche Provinzstadt.⁵¹ Es drängt sich der Gedanke auf, Kreiskys Ansinnen, Wien wieder zu einem international bekannten sowie renommierten Platz zu machen, wäre ihm quasi schon in die Wiege gelegt worden.

Nach dem Ersten Weltkrieg suchten die nicht-proletarischen, christlichen Mittel- und Oberschichten einen Sündenbock für ihre wirtschaftlich-sozial schlechter werdende Lage:

⁴⁸ vgl. Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biografie (St. Pölten/Salzburg 2010): 16.

⁴⁹ vgl. Petritsch 2010: 17.

⁵⁰ vgl. Petritsch 2010: 17,20.

⁵¹ vgl. Petritsch 2010: 24.

Während Deutschnationalismus und Nationalsozialismus aufgrund des Antiklerikalismus nicht anschlussfähig waren, breiteten sich antisemitische Vorstellungen über die ‚jüdische Finanzbourgeoisie‘ – welche von der Christlichsozialen Partei Luegers instrumentalisiert wurden – aus.⁵² Lueger schaffte es den wirtschaftlich-sozial motivierten Antisemitismus auszunutzen und das Protestpotenzial in seiner Christlichsozialen Partei zu kanalisieren.⁵³

Trotz all der antimodernen und antisemitischen Vorarbeit wuchs die NSDAP selbst im Krisenjahr 1922/23 nicht über ihren Status als Kleinpartei hinaus.⁵⁴ In den folgenden Jahren kam der Zulauf aus dem Kleinbürgertum und der Unterschicht: Die Partei sprach fortan vor allem junge Arbeitslose, Schüler*innen und Studierende an.⁵⁵

In dieser Zeit politisierte sich der junge Kreisky. Er schloss sich der ‚Vereinigung sozialistischer Mittelschüler‘ an, nahm an Demonstrationen teil und sah Menschen beim Straßenkampf um den Justizpalastbrand sterben.⁵⁶ Kreisky trat der ‚Sozialistischen Arbeiterjugend‘ bei, wurde bald zum Obmann des vierten Wiener Gemeindebezirkes und ging seiner sozialistischen Aufgabe, sich gegen die kommunistische Bewegung abzugrenzen, nach.⁵⁷ Kreisky wuchs konfessionslos auf und trat 1931 aus der jüdischen Gemeinde aus.⁵⁸ Dennoch prägte der Holocaust den späteren Bundeskanzler und seine Familiengeschichte maßgeblich. Fünfundzwanzig seiner engsten Verwandten kamen im Holocaust ums Leben.⁵⁹

Bis der NSDAP ihr Durchbruch gelang, vergingen noch einige Jahre: 1932 wurde sie zur Massenpartei und als sie 1933 41 Prozent der Stimmen in Innsbruck erhielt, verbat der seit März 1933 autoritär regierende Dollfuß weitere Wahlen.⁶⁰ Nach dem Parteiverbot im Juni 1933 setzte erst in Folge des österreichisch-deutschen Juli-Abkommens 1936 wieder ein verstärkter

⁵² vgl. Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien 2008): 17.

⁵³ vgl. Botz 2008: 17.

⁵⁴ vgl. Botz 2008: 18.

⁵⁵ vgl. Botz 2008: 18.

⁵⁶ vgl. Petritsch 2010: 31-33.

⁵⁷ vgl. Petritsch 2010: 34-35.

⁵⁸ vgl. Petritsch 2010: 28-29.

⁵⁹ vgl. Petritsch 2010: 19.

⁶⁰ vgl. Botz 2008: 20-21.

Anhängierzustrom ein: „der Zulauf nahm während der letzten Wochen und Tage vor dem ‚Anschluss‘, den viele bereits seit dem ‚Berchtesgadener Abkommen‘ vom 12. Februar 1938 kommen sahen, schließlich Züge eines Wettlaufs um die Parteimitgliedschaft an.“⁶¹

Vom Frühjahr 1935 bis zum Sommer 1936 war Kreisky politischer Häftling des Ständestaates. In seiner Haftzeit waren seine Mitinsassen Kommunisten sowie Nationalsozialisten.⁶² Dass er sich „kameradschaftlich gegenüber seinen Nazi-Zellengenossen verhalten habe“⁶³, veranlasste die Gestapo dazu, dem späteren sozialdemokratischen Bundeskanzler, die Ausreise (bzw. die Flucht vor den Nazis) im August 1938 zu gewähren.

Kreisky verbrachte zwölf Jahre in Schweden, wo er sich mit seinen sozialdemokratischen Gleichgesinnten über das vormalige ‚rote Wien‘ austauschte und seine Ehefrau Vera Fürth kennlernte.⁶⁴ 1940 wurde er Willy Brandt vorgestellt und eine enge Freundschaft zu dem deutschen Sozialdemokraten entwickelte sich.⁶⁵ Kreisky blieb politisch aktiv, wurde Obmann des ‚Klubs österreichischer Sozialisten in Schweden‘, pflegte Kontakte zu britischen, sowjetischen sowie amerikanischen Diplomaten und gründete die überparteiliche Organisation ‚Österreichische Vereinigung in Schweden‘.⁶⁶

„Der Glaube an die Veränderbarkeit von gesellschaftlichen Zuständen, die Möglichkeit der aktiven Überwindung von Krisen mittels staatlicher Eingriffe in ökonomische Abläufe – im Schweden der 1940er Jahre erlebte Kreisky gewissermaßen die Fortentwicklung des ‚roten Wien‘ auf staatlicher Ebene.“⁶⁷

Wie der Kreisky-Biograph Petritsch hier pointiert, formten die Exiljahre Kreiskys politisches Profil weiter aus und in seiner Karriere als österreichischer Politiker verweist der spätere Bundeskanzler selbst immer wieder auf die Erfahrungen im demokratischen Schweden jener Zeit.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde in Österreich die provisorische Staatsregierung unter dem Vorsitz von Karl Renner eingesetzt. Der Regierung gehörten Vertreter der ÖVP, der SPÖ

⁶¹ Botz 2008: 22.

⁶² vgl. Petritsch 2010: 53.

⁶³ Petritsch 2010: 65.

⁶⁴ vgl. Petritsch 2010: 73, 77.

⁶⁵ vgl. Petritsch 2010: 78-79.

⁶⁶ vgl. Petritsch 2010: 80-82.

⁶⁷ Petritsch 2010: 84.

sowie der KPÖ an. Renner forcierte eine zentralistische Verwaltung, was nicht zuletzt darin begründet lag, dass die Sozialdemokratie in den Bundesländern traditionell schwach war.⁶⁸ Die ersten demokratischen Wahlen nach fünfzehn Jahren gewann die ÖVP unter Leopold Figl. Figl blieb von 1945 bis 1953 Bundeskanzler.

Wie für viele andere Emigrant*innen bedeutete das Kriegsende auch für Kreisky nicht die sofortige Rückkehr nach Österreich, denn die USA verweigerte ihm erst ein Einreisevisum. Im Mai 1946 reiste er dann das erste Mal nach Wien und besuchte alsbald den Bundespräsidenten Karl Renner, den Vorsitzenden der ‚Sozialistischen Partei Österreichs‘ Adolf Schärf und die Redaktion der Arbeiter-Zeitung.⁶⁹ Die Sozialdemokratie wollte vermeiden – wie zur Zeit der Ersten Republik – als ‚Judenpartei‘ zu gelten, weshalb es jüdische Rückkehrer*innen besonders schwer hatten in der Partei wieder Fuß zu fassen.⁷⁰

Kreisky ging als offizieller Vertreter Österreichs nach Schweden zurück und wurde erst Anfang 1951 (mit 39 Jahren) nach Wien in die Sektion für auswärtige Angelegenheiten berufen.⁷¹ Seine Frau Vera und die beiden Kinder zogen bald nach.⁷² Nachdem Renner 1950 starb, wurde Theodor Körner Bundespräsident und Kreisky sein außenpolitischer Berater.⁷³ 1953 wurde er Staatssekretär im Außenamt und damit auch Regierungsmitglied.⁷⁴ Die Große Koalition bestand zu diesem Zeitpunkt bereits acht Jahre. Dass ein Sozialdemokrat im Außenamt Karriere macht, war außergewöhnlich, gab sich die ‚Blutgruppe Null‘⁷⁵ hier doch gern imperial.⁷⁶ Kreisky konnte überzeugend Neues mit Altem und Weltoffenheit mit Habsburg-Nostalgie verbinden.⁷⁷ Der ‚Blutgruppe Null‘ blieb Kreisky auch während seiner Kanzlerschaft treu: Vier Außenpolitiker der Ära Kreisky waren keine

⁶⁸ vgl. Rathkolb 2006: 24.

⁶⁹ vgl. Petritsch 2010: 87-89.

⁷⁰ vgl. Petritsch 2010: 91.

⁷¹ vgl. Petritsch 2010: 93.

⁷² vgl. Petritsch 2010: 97.

⁷³ vgl. Petritsch 2010: 97-98.

⁷⁴ vgl. Petritsch 2010: 101-101.

⁷⁵ Ohne Parteizugehörigkeit

⁷⁶ vgl. Röhrlich 2009: 152.

⁷⁷ vgl. Röhrlich 2009: 152.

Parteimitglieder.⁷⁸ Ein ambitionierter Außenminister, mit klarem politischem Profil, wäre ihm bei seinem Lieblingsressort wohl zu sehr in die Quere gekommen.⁷⁹

Kreisky, der stets seiner antikommunistischen Haltung treu blieb, betonte seine dem Westen zugewandte, demokratische Ideologie, hatte allerdings auch keine Berührungsangst mit der Sowjetunion.⁸⁰ Unter anderem ermöglichte diese neutrale Haltung bei gleichzeitiger ideologischer Färbung, die Unterzeichnung des Moskauer Memorandums am 15. April 1955.⁸¹ Ein Monat später wurde der Staatsvertrag unterschrieben, was den Abzug der Alliierten sowie die volle Souveränität Österreichs bedeutete.⁸²

Entscheidend für die österreichische Neutralität, die sich an der schweizerischen orientieren sollte, war es keiner militärischen oder politischen Organisation beizutreten, weshalb sich Kreisky auch gegen eine volle Integration in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) positionierte.⁸³ Österreich trat im Jänner 1960 der unpolitischen Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) bei.⁸⁴ Ein Jahr zuvor wurde die SPÖ zur stärksten Partei des Landes und Kreisky zum Außenminister.⁸⁵ Mit bzw. durch ihn wurden die außenpolitischen Agenden aus dem Bundeskanzleramt herausgelöst und in einem ‚Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten‘ zusammengefasst, was Kreisky auch bei konservativeren Beamt*innen beliebt machte.⁸⁶ Seine dominante Rolle in der österreichischen Politik institutionalisierte sich stetig.

1961 festigte Wien seine Rolle als Ort der Begegnung zwischen Ost und West durch das Gipfeltreffen zwischen Chruschtschow und Kennedy.⁸⁷ Das nun selbstständig gewordene Außenministerium fokussierte sich auf vormalig kolonialisierte Staaten und lud 1962 zu einer Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft – aus welcher 1964 das ‚Wiener

⁷⁸ vgl. Röhrlich 2009: 156.

⁷⁹ vgl. Röhrlich 2009: 157.

⁸⁰ vgl. Petritsch 2010: 106-107.

⁸¹ vgl. Petritsch 2010: 112.

⁸² vgl. Petritsch 2010: 113.

⁸³ vgl. Petritsch 2010: 117.

⁸⁴ vgl. Petritsch 2010: 119.

⁸⁵ vgl. Petritsch 2010: 121-122.

⁸⁶ vgl. Petritsch 2010: 122.

⁸⁷ vgl. Petritsch 2010: 137.

Institut für Entwicklungsfragen‘ hervorging – ein.⁸⁸ Kreisky wusste, dass der diplomatische Dienst professionalisiert werden musste, um die von ihm konzipierte Außenpolitik effizient umzusetzen, weswegen unter anderem die Diplomatische Akademie sowie das Institut für Internationale Beziehungen gegründet wurden.^{89 90}

1966 erlangte die ÖVP die absolute Mehrheit und war nicht mehr auf ihren Langzeitkoalitionspartner angewiesen. Der ÖVP-Alleinregierung unter Klaus gelang es mehrere UNO-Einrichtungen – darunter die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) – nach Wien zu holen.⁹¹ Klaus strebte eine stärkere internationale Verankerung Österreichs und eine Etablierung eines UN-Amtssitzens in Österreich an.⁹² Seine Amtssitzpolitik war eine logische Folge „der seit 1955 von jeder österreichischen Bundesregierung verfolgten Politik.“⁹³ Währenddessen wurde Kreisky zum neuen Parteivorsitzenden und war somit Oppositionsführer bis die dreizehnjährige ‚Ära Kreisky‘ 1970 begann. Auch er sah in der Institutionalisierung des österreichischen Internationalismus die solidere Garantie der staatlichen Souveränität, denn in der ausschließlich militärischen Eigenverteidigung.⁹⁴

Der Wahlspruch des amtierenden Bundeskanzler Klaus‘ 1970 lautete ‚*Ein echter Österreicher*‘ und war damit der letzte Versuch dem Reformwillen der österreichischen Mehrheit mit tradiertem Antisemitismus und Rassismus entgegenzuhalten. Kreisky, der später auch als Medienkanzler bezeichnet wurde, wusste sich auch im Fernsehen zu inszenieren. Während er in Fernsehduellen den lockeren Gesprächspartner gab, wirkte Klaus nervös und dozierend, so Petritsch.⁹⁵ Am 20. April 1970 stand die SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky fest. Er war damit der erste sozialistische Regierungschef in der Geschichte der Zweiten Republik.⁹⁶ Die neue Regierung legte ein enormes Arbeitstempo vor und Kreisky postulierte die „Durchflutung aller Lebensbereiche mit

⁸⁸ vgl. Petritsch 2010: 125-126.

⁸⁹ vgl. Petritsch 2010: 141.

⁹⁰ vgl. Röhrlich 2009: 152.

⁹¹ vgl. Petritsch 2010: 157.

⁹² vgl. Rathkolb 2006: 44.

⁹³ vgl. Rathkolb 2006: 70.

⁹⁴ vgl. Rathkolb 2006: 44.

⁹⁵ vgl. Petritsch 2010: 176.

⁹⁶ vgl. Röhrlich 2009: 270.

Demokratie.“⁹⁷ Ein vielen Zeitzeug*innen noch heute in Erinnerung gebliebenes Novum war, dass Kreiskys Nummer im Telefonbuch stand. Kreiskys Image als erreichbarer Kanzler hatte zur Folge, dass pro Tag etwa 600 Briefe sein Büro erreichten.⁹⁸ Jene Briefe, die unter anderem wertvolle Quellen für diese Arbeit darstellen, wurden von Kreisky Amtsdirektor Bernthaler aussortiert, beantwortet und wenn nötig weitergeleitet.⁹⁹

Kreisky führte das wöchentliche ‚Pressefoyer‘ nach den Regierungssitzungen ein und war sein eigener bester Pressesprecher.¹⁰⁰ Die Gespräche mit den Journalist*innen wurden in Fernsehen übertragen und hatten teilweise Showcharakter: „Die Beherrschung des politischen Diskurses, die Vorgabe der nächsten Schlagzeile, verschaffte dem Bundeskanzler innerhalb kurzer Zeit eine dominante Stellung im Alltag des Österreicher.“¹⁰¹ Mit den Neuwahlen 1971 gelang der SPÖ ein historischer Durchbruch und sie wurde zur stimm- sowie mandatsstärksten Partei. Petritsch erinnert sich: „Auf einmal wurde klar: Wie kein anderer Parteivorsitzender seit Otto Bauer verkörperte Kreisky allein die SPÖ. Fortan galt nahezu nur sein Wort in Partei und Staat.“¹⁰²

Die zweite SPÖ-Alleinregierung war die wohl intensivste Reformperiode der Ära Kreisky: Zoll- und Handelsvertrag mit der EWG und der EGKS, Gründung der ‚Fact Finding Mission‘¹⁰³, Aufhebung des ‚Homosexuellenparagraphen‘, Arbeitszeitverkürzung, vier Wochen Mindesturlaub, Einführung des Zivildienstes, Verkürzung der Wehrdienstzeit, etc.^{104 105} In Bezug auf den Ost-West-Konflikt sprach sich Kreisky für eine ideologische Konfrontation mit friedlichen Mitteln aus¹⁰⁶. Besonders bedeutend dahingehend war der Beitritt zur KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 1973¹⁰⁷, in welcher europäische Staaten erstmals in koordinierter Form

⁹⁷ vgl. Petritsch 2010: 187.

⁹⁸ vgl. Petritsch 2010: 187.

⁹⁹ vgl. Petritsch 2010: 187-188.

¹⁰⁰ vgl. Petritsch 2010: 194.

¹⁰¹ Petritsch 2010: 195.

¹⁰² Petritsch 2010: 200-201.

¹⁰³ Erschaffen um Bedingungen für den Frieden zwischen Israel und arabischen Staaten auszuforschen.

¹⁰⁴ vgl. Rathkolb 2006: 95.

¹⁰⁵ vgl. Petritsch 2010: 206, 227.

¹⁰⁶ vgl. Rathkolb 2006: 63.

¹⁰⁷ Institutionalisierte sich 1995 mit der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).

Entspannungspolitik mitgestalten konnten.¹⁰⁸ In dieser Zeit wurde das Außenministerium zunehmend zum Exekutivorgan des Bundeskanzleramts und die ÖVP protestierte immer lauter gegen die autokratische Außenpolitik Kreiskys¹⁰⁹.

Was für eine Rolle Kreisky für die SPÖ mittlerweile spielte, lässt sich am Wahlkampfslogan ‚*Kreisky – wer sonst?*‘ für die Nationalratswahl 1975 unschwer erkennen¹¹⁰. Spätestens mit der dritten SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky stand fest: „Die Etablierung einer neuen Staatspartei, das ‚Jahrzehnt sozialistischer Politik in Österreich‘ war Tatsache geworden.“¹¹¹

Ein einschneidendes Momentum war die OPEC-Geiselnahme am 21. Dezember 1975 im Generalsekretariat der Organisation der erdölexportierenden Länder am heutigen Universitätsring. Bei dem Überfall wurden unter anderem elf Minister als Geisel genommen und ein Polizist, ein irakischer OPEC-Sicherheitsbeamter sowie ein libyscher Delegierter erschossen.¹¹² Dass der Terroranschlag ausgerechnet in Österreich – dem Land mit dem einzigen westlichen Bundeskanzler, der aktiv nach einer Lösung des Nahost-Problems suchte – stattfand, machte Schlagzeilen. Insbesondere der reflexartige ‚Handschatz zum Abschied‘ zwischen Innenminister Otto Rösch und ‚Carlos‘¹¹³, dem Anführer des Terrorkommandos, ging um die Welt. Das Attentat wurde von der ÖVP zum Anlass genommen um Kreiskys Außenpolitik zu kritisieren, genauer seine aktive Nahostpolitik, ohne der es, laut ÖVP, nicht zu besagtem Terrorakt gekommen wäre.¹¹⁴

Der, durch die erste Ölpreiskrise ausgelöst, Rezession wurde mit dem Kreisky’schen Mantra der Vollbeschäftigung begegnet. Petritsch schreibt in seiner Biographie: „Dass ihm ‚ein paar Milliarden Schulden mehr weniger Kopfzerbrechen verursachen als ein paar hunderttausend Arbeitslose‘, wurde er in späteren Jahren nicht müde zu betonen.“¹¹⁵ Die Wirtschaftspolitik jener Zeit ließ Österreich vergleichsweise gut durch die Krise kommen.

¹⁰⁸ vgl. Rathkolb 2006: 62.

¹⁰⁹ vgl. Röhrlich 2009: 273.

¹¹⁰ vgl. Petritsch 2010: 235.

¹¹¹ Petritsch 2010: 240.

¹¹² vgl. Petritsch 2010: 256-257.

¹¹³ Der venezolanische Terrorist heißt eigentlich Ilich Ramírez Sánchez.

¹¹⁴ vgl. Petritsch 2010: 259.

¹¹⁵ Petritsch 2010: 270.

Am 5. November 1978 fand die erste fakultative Volksabstimmung in Österreich statt. Diese betraf die Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten Kernkraftwerks Zwentendorf. Bei einer Volksabstimmung ist das Ergebnis bindend, weshalb es ein stärkeres Instrument der direkten Demokratie darstellt, als in etwa die Volksbefragung oder das Volksbegehren. Bedeutend für die Fragestellung dieser Arbeit ist dies insofern, als dass viele Schreiben an Kreisky, bezüglich des Baus des Konferenzzentrums, einen Verweis auf die Volksabstimmung 1978 enthalten. Fand eine Parallelisierung zur Volksabstimmung 1978 statt, beantwortete Kreisky die Briefe disproportional lang. Es scheint ihm ein Anliegen gewesen zu sein, hier keine inadäquaten Vergleiche zu ziehen. Abgesehen von der unterschiedlichen juristischen Ausgangssituation, lassen sich gewisse innenpolitische Parallelen nicht verkennen: Auch bei der Volksabstimmung zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf bildeten sich – den Parteien ideologisch teilweise verquer laufende – Argumentationslinien heraus: Stellte sich die SPÖ nahezu einheitlich hinter die Verwirklichung des, in der zweiten SPÖ-Alleinregierung beschlossenen, ersten Atomkraftwerks Österreichs, positionierte sich die ÖVP klar dagegen – trotz Widerstand der Industrie. Die Wähler*innen entschieden gegen den Bau und die Arbeiter-Zeitung titelte „SPÖ respektiert Volksentscheid“¹¹⁶, wobei auch kein anderer Umgang mit dem Ergebnis möglich gewesen wäre. Petritsch bezeichnet die Volksabstimmung Zwentendorf als die schwerste Niederlage in Kreiskys politischer Karriere.¹¹⁷

Nichtsdestotrotz wurde die Nationalratswahl 1979 die erfolgreichste Wahl der Kreisky-Ära.¹¹⁸ National sowie international erreichte Kreiskys Prestige Ende der Siebziger den Zenit.¹¹⁹ Genauso wie die Popularität des Kanzlers wuchs auch jene Wiens, als Begegnungs- und Konferenzort ersten Ranges.¹²⁰

Doch es waren nicht nur die internationalen Organisationen, welche ihren Sitz in Wien aufschlugen, auch zahlreiche völkerrechtliche Konventionen trugen letztlich den Namen „Wiener

¹¹⁶ Petritsch 2010: 275.

¹¹⁷ vgl. Petritsch 2010: 276.

¹¹⁸ vgl. Petritsch 2010: 277.

¹¹⁹ vgl. Petritsch 2010: 291.

¹²⁰ vgl. Petritsch 2010: 291.

Übereinkommen über ...', da sie in der Bundeshauptstadt unterzeichnet wurden.¹²¹ „Diese in Wien angesiedelten Vertragswerke machten deutlich, dass Österreich und Wien auch nach 1815 noch internationale Konferenzen erfolgreich ausrichten und beherbergen können.“¹²² Dass die internationale Staatengemeinschaft Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der österreichischen Hauptstadt hatte, zeigt sich insbesondere beim Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (1961), dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (1963) sowie dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (1969): Hier wurde – unter der Ägide der Vereinten Nationen – verbindliches Völkerrecht kodifiziert und zwischenstaatlicher Verkehr geregelt.¹²³ Wien ist durch die zielstrebig verfolgte österreichische Außenpolitik der Zweiten Republik in das System der Vereinten Nationen hineingewachsen: „Damit war die Entscheidung, eine dauerhafte und ausdrucksvolle Verbindung mit den Vereinten Nationen einzugehen, nur konsequent.“¹²⁴

Willibald Pahr, Außenminister unter Kreisky, machte 1977 vor der 32. UN-Generalversammlung deutlich, dass Wien beabsichtige die 3. UN-Stadt, nach New York und Genf, zu werden:

„Lassen Sie mich auch auf die Rolle Österreichs als traditionelles Gastland internationaler Konferenzen Bezug nehmen. So wie in den vergangenen Jahren hatte Österreich auch dieses Jahr wieder die Ehre, eine Reihe bedeutender Konferenzen und Tagungen von UN-Komitees zu beherbergen. Darüber hinaus schreiten die Fertigstellungsarbeiten am Donauparkzentrum, welches für die Vereinten Nationen in Wien gebaut und der Organisation mietfrei zur Verfügung gestellt wird, planmäßig voran. Die Amtssitzgebäude werden demnach Ende 1978 bezugsfertig sein.“¹²⁵

Am 23. August 1979 war es schließlich soweit, und das Vienna International Center wurde im Rahmen der ‚Konferenz über Wissenschaft und Technik‘ eröffnet.¹²⁶ Den Feierlichkeiten gegenüber stand die enorme finanzielle Mehrbelastung für den Bau der UNO-City: Zwischen acht und zehn Milliarden österreichische Schilling hatte das Vorhaben gekostet.¹²⁷ Zum Vergleich: Die

¹²¹ vgl. Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik: Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts (Innsbruck/Wien 2005): 458.

¹²² Rathkolb 2006: 69-70.

¹²³ vgl. Rathkolb 2006: 69.

¹²⁴ Rathkolb 2006: 71.

¹²⁵ Pahr zit. n. Gehler 2005: 463.

¹²⁶ vgl. Gehler 2005: 463.

¹²⁷ vgl. Gehler 2005: 463.

Errichtung und Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Zwentendorf hätten 5,2 Milliarden Schilling gekostet.¹²⁸ Nicht nur einige Steuerzahler*innen – die die Internationalisierung Wiens als redundantes Motiv, so viel Geld zu investieren, verstanden – blickten unerfreut auf das neue internationale Zentrum. Auch die Schweiz, die einen Prestigeverlust für die eigene UN-Stadt Genf befürchtete, jubelte nicht mit.¹²⁹ Abgesehen von politischen Überlegungen, hatte die Schweiz auch Sorge um wirtschaftliche Verluste durch die Errichtung des VICs und des ACVs.¹³⁰

Während von Seiten der Zivilbevölkerung und der Medien immer mehr Vorbehalte bezüglich des Baus der UNO-City – und in der Folge des geplanten Baus des ACVs – geäußert wurden, verteidigte Pahr das Vorhaben und sprach sich für Wien, als einen Ort des Dialogs, an welchem solche historischen Ereignisse wie die Gipfeltreffen zwischen Kennedy und Chruschtschow (1961) sowie zwischen Carter und Breschnew (1979) stattfanden, aus.¹³¹ So wurden auch die SALT 1- und SALT 2-Gipfeltreffen zwischen der UdSSR und den USA zu weiten Teilen in Wien abgehalten.¹³² Bei den Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche zur Begrenzung strategischer Rüstung) ging es zur Zeit des Wettrüstens im Kalten Krieg um Verträge zur nuklearen Rüstungsbegrenzung und die Kreisky-Regierungen jener Zeit setzten auf aktive Unterstützung im Ost-West-Konflikt, was sich auch bei der Integration in den KSZE-Prozess zeigt. Internationalisierung war Kreiskys bevorzugtes Mittel zur Absicherung der staatlichen Souveränität im Kalten Krieg.¹³³ Deshalb unterstützte er auch die Kandidatur Kurt Waldheims für den Posten des UNO-Generalsekretärs, die Ansiedlung des IIASA (International Institute for Applied Systems Analysis) – dem einzigen Ost-West-„Think Tank“ jener Zeit – in Laxenburg, und die Gründung des heute noch existierenden Österreichischen Instituts für Internationale Politik.¹³⁴

¹²⁸ vgl. Petritsch 2010: 270.

¹²⁹ vgl. Gehler 2005: 464.

¹³⁰ Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, IAKW; Gespräche mit Untergeneralsekretär George Davidson und Bogdan Lewandowski in Wien, 24.04.1976, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 7.

¹³¹ vgl. Gehler 2005: 464.

¹³² vgl. Gehler 2005: 464.

¹³³ vgl. Petritsch 2010: 292.

¹³⁴ vgl. Petritsch 2010: 292.

In der Tat, die aktive Neutralitätspolitik der Bundesregierung, machte Österreich zunehmend zu einem Ort an dem zahlreiche internationale Treffen abgehalten wurden und Flüchtende vorübergehend Zuflucht fanden:

„Jüdische Emigranten aus dem Osten nutzen Österreich als Transitland auf ihrem Weg nach Israel, Erdbebenopfer aus Süditalien bekamen provisorische Unterkünfte zur Verfügung gestellt, ausgereiste Polen fanden nach Verhängung des Kriegsrechtes in ihrer Heimat 1981 im Lager Traiskirchen eine vorläufige Zuflucht, wenngleich letztere [...] von der Bevölkerung bei weitem nicht so freundlich aufgenommen wurden wie die Ungarn- oder ČSSR-Flüchtlinge der Jahre 1956 und 1968.“¹³⁵

Aus dem Zitat des österreichischen Historikers Michael Gehler geht bereits hervor, dass die österreichische Willkommenskultur in den Achtzigern langsam einer gewissen Fremdenfeindlichkeit wich. Katalysator hierbei war sicherlich die wirtschaftliche Rezession aufgrund der zweiten Ölpreiskrise 1979. Die Zahl der Arbeitslosen stieg und zusätzliche Konkurrenz am Arbeitsmarkt war unerwünscht.¹³⁶ Im April 1975 erhielt Kreisky den Freedom Award für seinen Einsatz für Flüchtende.¹³⁷ Allerdings framte Kreisky Österreich im Kontext der politischen Krisen in Polen als Transitland, nicht jedoch als Einwanderungsland.¹³⁸ Bei dieser Botschaft scheint vor allem die arbeitssuchende Wähler*innenschaft Adressat gewesen zu sein.

Kreisky unterstützte in den Siebzigern unter anderem die linken, sozialistischen (Befreiungs-)Bewegungen in Nikaragua, der Westsahara sowie der Kurd*innen im Nordirak.¹³⁹

„Der Bundeskanzler war als Friedensstifter und Vermittler in internationalen Konflikten immer wieder gefragt [und] [s]einer Meinung wurde sowohl von westlicher wie von östlicher Seite allergrößte Bedeutung beigemessen.“¹⁴⁰

Petritsch hebt besonders Kreiskys Vermittlungstalent hervor, wenn es um internationale Konfliktherde geht. Eindrucksvoll ist dabei in erster Linie sein Engagement im Nahostkonflikt. Für keine andere Volksgruppe setzte sich Kreisky in einem so immensen Ausmaß ein wie für die Palästinenser*innen. Er drückte über die Jahrzehnte hinweg immer wieder seine Solidarität und

¹³⁵ Gehler 2005: 464.

¹³⁶ vgl. Petritsch 2010: 301.

¹³⁷ vgl. Petritsch 2010: 305.

¹³⁸ vgl. Petritsch 2010: 303.

¹³⁹ vgl. Petritsch 2010: 307-309.

¹⁴⁰ Petritsch 2010: 309.

Unterstützung der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) gegenüber aus. 1980 setzte er ein – bald von einigen westeuropäischen Staaten nachgeahmtes – symbolisches Zeichen durch die Anerkennung der PLO.¹⁴¹ Sein Einsatz für die Belange der Palästinenser*innen wurde oft psychologisiert und auf sein ambivalentes Verhältnis zu seiner jüdischen Herkunft zurückgeführt. Kreisky wies diese weit verbreitete Interpretation seines pro-palästinensischen politischen Engagements immer wieder zurück. Wenn ihn etwas an seiner Biographie mit dem palästinensischen Freiheitskampf verband, dann die Verknüpfung der eigenen Identität, als er im politischen Exil als Deutscher – nicht als Österreicher – dokumentiert und geführt wurde, so Kreisky.¹⁴² Auch als der Bundeskanzler 1979 vor der UN-Generalversammlung die PLO als offizielle Vertreterin der Palästinenser*innen anerkannte, verwies er darauf, dass Österreich während des Nationalsozialismus keinen internationalen Fürsprecher gehabt habe.¹⁴³ Im Oktober 1978 erhielt der palästinensische Beobachter der UNIDO Diplomat*innenrechte in Österreich.¹⁴⁴ Den Höhepunkt Kreisky diplomatischer Bemühungen in Bezug auf den Nahostkonflikt stellte allerdings der Besuch des PLO-Führers Jassir Arafat im Juli 1979, also einen Monat vor der feierlichen Eröffnung des VICs, dar.¹⁴⁵ Unter großem Medienecho machte er die palästinensische Befreiungsbewegung damit endgültig hoffähig.¹⁴⁶

1981 wurde erst der Präsident der Österreichisch-Israelitischen-Gesellschaft und Wiener Verkehrsstadtrat Heinz Nittel von einem Terroristen einer Arafat-feindlichen PLO-Abspaltung ermordet und einen Monat darauf wurden schwerbewaffnete Terroristen in Schwechat festgenommen.¹⁴⁷ Die Anschläge wurden von der ÖVP als Anlass genommen Kreiskys aktive Nahostpolitik zu kritisieren.¹⁴⁸ Kreisky-kritische und ÖVP-nahe Medien warfen dem Bundeskanzler vor, die österreichische Neutralität zu schwächen und mit seinen internationalen Initiativen Österreichs Ansehen in der Welt zu gefährden.¹⁴⁹ Als Kreisky im März 1982 den libyschen

¹⁴¹ vgl. Rathkolb 2006: 66.

¹⁴² vgl. Petritsch 2010: 232.

¹⁴³ vgl. Petritsch 2010: 320-321.

¹⁴⁴ vgl. Petritsch 2010: 315.

¹⁴⁵ vgl. Petritsch 2010: 319.

¹⁴⁶ vgl. Petritsch 2010: 319.

¹⁴⁷ vgl. Petritsch 2010: 321-322.

¹⁴⁸ vgl. Petritsch 2010: 323.

¹⁴⁹ vgl. Petritsch 2010: 324.

Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi nach Österreich einlud, reagierte schließlich auch die internationale Presse erschrocken, wurde er doch als ‚Drahtzieher des internationalen Terrorismus‘ gesehen.¹⁵⁰

Im Juni 1979 ist die vierte und letzte SPÖ-Alleinregierung angelobt worden. Diese Legislaturperiode Kreiskys war mitunter von dem Streit zwischen ihm und seinem politischen Ziehsohn, Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch, der unter anderem der Korruption beschuldigt wurde, überschattet worden.¹⁵¹ Abgesehen von innerparteilichen Feindseligkeiten, die immer mehr nach außen getragen wurden, hatte die vierte Kreisky-Regierung auch mit dem neuen ÖVP-Bundesparteiboss Alois Mock, der ein lauter Gegner Kreiskys Politik war, zu kämpfen.¹⁵² Mocks Lieblingskritikthemen der Zeit waren Kreiskys Internationalismus und vor allem seine Pläne bezüglich der UNO-City sowie des Baus des dazugehörigen Konferenzentrums.¹⁵³

1980 hatte die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal seit 1970 die magische Marke von 100 000 überschritten.¹⁵⁴ An der zweiten Ölkrise litt auch die verstaatlichte Industrie und der „Strategie des Durchtauchens drohte der finanzielle Atem auszugehen.“¹⁵⁵ Staatlich finanzierte Wirtschaftskonzepte wurden von der neokonservativen Revolution überrollt und der Mock'sche Anti-Sozialismus wusste dies zu instrumentalisieren.¹⁵⁶

Während des Wahlkampfes 1983 war Kreisky nicht mehr gesund und zunehmend gereizt vom politischen Klima.¹⁵⁷ Der Slogan dieses letzten Wahlkampfes für Kreisky lautete *‚Kreisky muss Kanzler bleiben – Österreich braucht ihn‘*.¹⁵⁸ Das öffentliche Interesse galt allerdings zunehmend dem Medium Fernsehen und der Höhepunkt des Wahlkampfes fand in der TV-Konfrontation

¹⁵⁰ vgl. Petritsch 2010: 326-327.

¹⁵¹ vgl. Petritsch 2010: 353.

¹⁵² vgl. Petritsch 2010: 359.

¹⁵³ vgl. Petritsch 2010: 358.

¹⁵⁴ vgl. Petritsch 2010: 359.

¹⁵⁵ Petritsch 2010: 358.

¹⁵⁶ vgl. Petritsch 2010: 358, 360.

¹⁵⁷ vgl. Petritsch 2010: 363.

¹⁵⁸ vgl. Petritsch 2010: 365.

zwischen Kreisky und Mock in der Sendung ‚Politik am Freitag‘ statt.¹⁵⁹ In ebenjener Sendung fand ein Jahr zuvor die Studiokonfrontation zum Thema Konferenzzentrum statt.¹⁶⁰

Als am Abend des 24. April 1983 feststand, dass die SPÖ die absolute Mehrheit nicht halten konnte, gab Kreisky seinen Rücktritt als Bundeskanzler bekannt.¹⁶¹ Damit ging eine außergewöhnliche Epoche Österreichs zu Ende, erinnert sich Petritsch.¹⁶² Das internationale Medienecho war enorm – in der italienischen *La Stampa* hieß es, Österreich hätte seinen Vater verloren, und die *New York Times* schrieb einen Lobartikel über die nun zu Ende gegangene Ära Kreisky.¹⁶³ Das Ende der absoluten Mehrheit spiegelte die Meinungspluralisierung der österreichischen Bevölkerung wider.¹⁶⁴ Durch den Widerstand gegen das AKW Zwentendorf hatte sich eine grüne Bewegung, die abseits der beiden großen Lagern agierte, entwickelt.

Wie wichtig Kreisky die internationale Öffnung Österreichs war, zeigte sich Jahre später, als Mock 1987 zum Außenminister ernannt wurde: Kreisky legte wegen des ‚Verrats‘ am Internationalismus der SPÖ alle Parteifunktionen zurück.¹⁶⁵ Petritsch bezeichnet die Ernennung des schärfsten Gegners der Internationalisierung Österreichs – jenes Mannes der für ein Volksbegehren gegen den Bau des ACVs 1,3 Millionen Bürger*innen mobilisierte – als einen „Triumph des Provinzialismus.“¹⁶⁶

¹⁵⁹ vgl. *Petritsch* 2010: 366.

¹⁶⁰ vgl. *Petritsch* 2010: 366.

¹⁶¹ vgl. *Petritsch* 2010: 367.

¹⁶² vgl. *Petritsch* 2010: 368.

¹⁶³ vgl. *Petritsch* 2010: 368-369.

¹⁶⁴ vgl. *Petritsch* 2010: 371.

¹⁶⁵ vgl. *Petritsch* 2010: 386-387.

¹⁶⁶ *Petritsch* 2010: 387.

4. Das Politikum ‚ACV‘

Um zu verstehen, wie der Streit um den Bau eines Gebäudes zum größten Volksbegehren der österreichischen Geschichte geführt hat, muss die zentrale Rolle, welche die Außenpolitik des Landes bei der eigenen Identitätsfindung und -bestätigung spielte bzw. spielt, hervorgehoben werden. Der Kleinstaat Österreich hatte nach dem Zweiten Weltkrieg kaum erlebbare Identitätsinhalte und 1955, zehn Jahre nach dem Entstehen der Zweiten Republik, wurde mit der Neutralität ein gewisses Identitätsvakuum gefüllt. Österreich identifizierte sich zunehmend durch seinen Sonderstatus als neutrales Land zwischen den Blöcken. Der österreichische Historiker Ernst Bruckmüller geht sogar soweit, den Begriff ‚Neutralität‘ – in Folge des Staatsvertrages und der politischen Vermarktung des Neutralitätsmythos‘ – als ein Synonym für ‚Österreich‘ zu verwenden.¹⁶⁷ Er markiert allerdings auch, dass die österreichische Neutralität mit dem tatsächlichen Inhalt des Konzepts wenig zu tun hat.¹⁶⁸ Der Neutralitätsmythos ist vielmehr Ausdruck davon, dass die Österreicher*innen sich mit ihrem Kleinstaatdasein abgefunden haben – aber wissen, dass ein Kleinstaat nicht verteidigungsfähig ist.¹⁶⁹ Die Bejahung der Neutralität ist gleichsam die Bejahung der Zweiten Republik.

In den Sechzigern – als die Neutralität zunehmend zum zentralen nationalen Symbol avancierte – erkannte auch die politische Elite, dass eine aktive Außenpolitik ein Mittel der Identitätsfindung darstellt.^{170 171} Sowohl die Große Koalition, als auch die ÖVP-Alleinregierung, hatten diesen Kurs mitzuverantworten: „Eine stärkere Internationalisierung sollte die nach wie vor vorhandenen großdeutschen Tendenzen zurückdrängen, und der national Code für Internationalisierung war eben die ‚Neutralität‘.“¹⁷²

¹⁶⁷ vgl. Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse* (Wien/Köln/Graz 1996): 124.

¹⁶⁸ vgl. Bruckmüller 1996: 124.

¹⁶⁹ vgl. Bruckmüller 1996: 125.

¹⁷⁰ vgl. Rathkolb 2006: 77.

¹⁷¹ vgl. Bruckmüller 1996: 393.

¹⁷² Rathkolb 2006: 77.

Ob die Außenpolitik gut oder schlecht war, wurde zunehmend an ihrem Neutralitätsgehalt gemessen: Der Bundeskanzler rechtfertigte seine außenpolitischen Ambitionen damit, Österreich müsse seine Rolle als neutraler Staat stärken und gleichzeitig warf ihm die Opposition vor, mit seinem überbordenden Engagement die österreichische Neutralität zu gefährden.¹⁷³ Beide Seiten argumentierten mit der Erhaltung bzw. Reaktualisierung der Neutralität, die zentrale Variable des Staatsschutzes.

Österreich orientierte sich schon bald nicht mehr an der zurückhaltenden und passiven Neutralität der Schweiz, sondern bat seine diplomatischen Tätigkeiten offen an.¹⁷⁴ Kreisky wusste, dass Österreich außenpolitisch keine Gestaltungsmöglichkeiten hatte, aber ‚gute Dienste‘ sei das kleine Land mehr als gewillt zu leisten.¹⁷⁵ Vor allem die Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen wurde stets sehr ernst genommen.¹⁷⁶ Schon 1961 bezeichnete Kreisky Wien als Quelle und Heimstätte der diplomatischen Beziehungen und versuchte gleichwohl einen nostalgischen Vergleich zum Wiener Kongress von 1815 herzustellen.¹⁷⁷

Als sich Wien fast zwei Jahrzehnte später als dritter UN-Amtssitz etablierte, war das *das* politische Highlight des Jahres 1979.

„Die Eröffnung des Vienna International Centre im August 1979 – die UNO-City blieb das einzige architektonische grand projet der Ära – stellt einen der wichtigsten Meilensteine von Kreisky Konzept der österreichischen Sicherheitspolitik dar. Neben der aktiven Unterstützung des KSZE-Prozesses sowie der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit der EWG war die von ihm betriebene Etablierung von UNO-Organisationen in Wien die dritte internationale Säule dieses österreichischen Konzepts.“¹⁷⁸

Wie aus dem Petritsch-Zitat hervorgeht, widersetzte sich Kreisky mit der Kürung Wiens zur 3. UN-Hauptstadt nicht nur der Opposition, die den Bau immer wieder als Fehlinvestition bezeichnete, er verwirklichte mit der Errichtung der UNO-City auch seine Vorstellung von gelungener Sicherheitspolitik.

¹⁷³ vgl. Röhrlich 2009: 275.

¹⁷⁴ vgl. Gehler 2005: 425.

¹⁷⁵ vgl. Gehler 2005: 457.

¹⁷⁶ vgl. Gehler 2005: 460.

¹⁷⁷ vgl. Röhrlich 2009: 153.

¹⁷⁸ Petritsch 2010: 291-292.

Die Eröffnung des VICs vervollständigte die österreichische Identitätsmetapher der Neutralität und hat damit nicht nur außenpolitische, sondern allen voran identitätsstiftende Relevanz für den Staat bzw. dessen Hauptstadt. Das VIC beheimatet neben IAEA und UNIDO unter anderem auch die UN-Organisationen UNWRA (Hilfswerk für Palästinenserflüchtlinge im Nahen Osten), CSDHA (Zentrum für Soziale Entwicklung und Humanitäre Angelegenheiten), ITBL (Abteilung für internationales Handelsrecht), eine Drogenabteilung, UNCHR (Büro des Hochkommissars für Flüchtlinge) und UNSCEAR (Ausschuss zur Untersuchung der Auswirkungen radioaktiver Strahlen).¹⁷⁹ Nicht weiter überraschend ist auch, dass seither zahlreiche UNO-Konferenzen (beispielsweise die Weltdrogenkonferenz und die Weltraumkonferenz) in Wien abgehalten wurden.¹⁸⁰

Die Ansiedlung der IAEA fällt in die frühe Phase der österreichischen Amtssitzpolitik und sollte den neutralen Status untermauern sowie Österreich wieder auf die Landkarte der internationalen Gemeinschaft setzen.¹⁸¹ Wien entwickelte sich zu einem Zentrum internationaler Diplomatie und galt als Ort, an dem Konsens möglich war.¹⁸² Als die IAEA sich 1957 in Wien ansiedelte, beherbergte die Hauptstadt lediglich eine internationale Organisation: das UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees).¹⁸³ In den Siebzigern etablierten sich zahlreiche Amtssitze in Österreich, wobei 1979 mit der feierlichen Übergabe des VICs an die Vereinten Nationen den Höhepunkt markiert.¹⁸⁴ Österreich orientierte sich zunehmend global und weitete mit der Installation des Amtssitzes der OPEC 1965 seine Ansiedlungspolitik aus, abseits der bekannten und anerkannten internationalen Organisationen.¹⁸⁵ Als 1973 klar wurde, dass UNIDO und IAEA das VIC nicht füllen können und die Ölpreiskrise das Budget der internationalen Organisationen verringerte, wurde auch eine Verlegung der OPEC in das neue Zentrum angedacht.¹⁸⁶ Diese Idee

¹⁷⁹ vgl. *Gehler* 2005: 463.

¹⁸⁰ vgl. *Gehler* 2005: 463.

¹⁸¹ vgl. *Troy* 2022: 246.

¹⁸² vgl. *Elisabeth Röhrlich*, *Inspectors for Peace: a history of the International Atomic Energy Agency* (Baltimore 2022): 13.

¹⁸³ vgl. *Röhrlich* 2022: 62.

¹⁸⁴ vgl. *Troy* 2022: 247-248.

¹⁸⁵ vgl. *Troy* 2022: 248-249.

¹⁸⁶ vgl. *Erwin Schmidl*, *Wien als internationales Zentrum*. In: Michael Dippelreiter (Hg.), *Wien seit 1945 – die Metamorphose einer Stadt* (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945/9, Wien/Köln/Weimar 2013) 703-730: 714-714.

wurde wegen der Stellung außerhalb des UN-Systems schnell wieder ad acta gelegt.¹⁸⁷ Das Mehr an internationalen Organisationen, welche sich in dieser Hochphase der Amtssitzpolitik ansiedelten, ist im VIC beheimatet und mit den Vereinten Nationen assoziiert.

Wie die obige Aufzählung zeigt, ist die UNO-City nicht nur ein großes, sondern auch kostspieliges Bauprojekt gewesen. Hatte die Schweiz für den Genfer UN-Amtssitz lediglich die Baugründe zur Verfügung gestellt, kam Österreich für die Finanzierung (zirka 8 bis 10 Milliarden Schilling) selbst auf.¹⁸⁸ Das VIC wurde den Vereinten Nationen allerdings nicht geschenkt, sondern ist österreichisches Eigentum: Die UNO zahlt dem Staat seither symbolische 7 Cent (damals genau einen Schilling) Pachtzins.¹⁸⁹ Aufgrund des Amtssitzabkommens zwischen Österreich und UNO muss der Staat für alle Reparaturkosten aufkommen, während die UNO nur Erhaltungskosten zu zahlen hat.¹⁹⁰ Eigentümer des Gebäudekomplexes sind zu zwei Dritteln der Staat und zu einem Drittel die Gemeinde Wien.¹⁹¹

Neben der Neutralität gab es einen weiteren österreichischen Identifikationsmarker, welcher das Land von anderen westlichen Staaten unterschied: die österreichische Wirtschaftspolitik.¹⁹² Mittels antizyklischer Konjunkturpolitik kam Österreich vergleichsweise gut durch die Ölpreiskrisen.¹⁹³ Mitte der 1980er schlitterte allerdings auch Österreich in eine Rezession und der Austro-Keynesianismus galt als gescheitert.¹⁹⁴ Viele Österreicher*innen verloren ihre Arbeit, konnten ihre Miete nicht mehr zahlen und waren von Armut betroffen. Es überrascht wenig, dass die Debatte um den weiteren Ausbau der UNO-City ein gefundenes Fressen für die Opposition darstellte.

Hinzu kam, dass die UNO-City bzw. die allgemeine Amtssitzpolitik der Ära Kreisky „nicht als österreichische, sondern als Kreiskysche Interessenpolitik wahrgenommen wurden.“¹⁹⁵ Obschon

¹⁸⁷ vgl. Schmidl 2013: 715.

¹⁸⁸ vgl. Gehler 2005: 463.

¹⁸⁹ vgl. Gehler 2005: 464.

¹⁹⁰ vgl. Gehler 2005: 464.

¹⁹¹ vgl. Schmidl 2013: 716.

¹⁹² vgl. Röhrlich 2009: 275.

¹⁹³ vgl. Röhrlich 2009: 275.

¹⁹⁴ vgl. Röhrlich 2009: 276.

¹⁹⁵ Röhrlich 2009: 278.

Kreisky in der österreichischen Außenpolitik seit mehr als einem Jahrzehnt den Ton angab, liegen die Anfänge der Diskussion um die UNO-City noch in den Sechzigern und der damalige ÖVP-Außenminister Lujo Tončić-Sorinj betonte die Vorteile eines eigenen Wiener UN-Zentrums etwas außerhalb der Innenstadt.¹⁹⁶ Als die ÖVP-Funktionäre Ende der Sechziger ihr Vorhaben zur UNO-City verlautbarten, war ein Ort zur Abhaltung internationaler Konferenzen stets Teil der Planung gewesen.

Wie zentral das Konferenzzentrum auch für bereits ansässige internationale Organisationen war, geht aus einem Bericht des Staatssekretärs im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Sommer 1967 hervor. Der Staatssekretär Carl Heinz Bobleter (1964-1968) wies den Ministerrat in dem Schreiben darauf hin, dass für die Annahme des österreichischen Angebots seitens der Organisationen IAEO und UNIDO genügend Konferenzräumlichkeiten eine Voraussetzung darstellten.¹⁹⁷ Des Weiteren verweist Bobleter auf den „allgemeinen Bedarf nach einem weiteren Konferenz- und Kongresszentrum neben der Hofburg.“¹⁹⁸ Die geschichtsträchtigen Räumlichkeiten in der Hofburg seien schlicht nicht ausreichend um internationale (Staaten-)Konferenzen abzuhalten.¹⁹⁹ Als die Sozialist*innen 1970 die Regierungsgeschäfte übernahmen, führten sie das ursprüngliche ÖVP-Projekt (UNO-City inklusive Konferenzzentrum) fort.²⁰⁰

In zahlreichen Schreiben des Bundeskanzlers erinnert Kreisky Kritiker*innen Jahre später daran, dass die ÖVP-Alleinregierung 1967 den Bau des Konferenzzentrums beschlossen hatte.²⁰¹ In den vielen Flugblättern und Presseaussendungen, die die SPÖ rund um das ACV-Volksbegehren ausschickte bzw. aufnahm, wurde fast ausnahmslos auf diesen Sachverhalt verwiesen. Die Regierung Klaus hätte, so Kreisky, auch die Möglichkeit gehabt, den beiden Organisationen IAEO und UNIDO getrennte Gebäude als Konferenzräume zur Verfügung zu stellen, sowie die nicht

¹⁹⁶ vgl. Röhrlich 2009: 278.

¹⁹⁷ vgl. *Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten*: IAEO – UNIDO; Endgültige Unterbringung im UNO-Zentrum im Donaupark, 20.06.1967, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

¹⁹⁸ vgl. *Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten* 1967.

¹⁹⁹ vgl. Röhrlich 2009: 278.

²⁰⁰ vgl. Röhrlich 2009: 278-279.

²⁰¹ Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 1.

tauglichen Räumlichkeiten der Hofburg.²⁰² Nicht nur habe der ehemalige ÖVP-Außenminister Tončić-Sorinj IAEO und UNIDO genügend Räumlichkeiten für Konferenzen zugesichert, vielmehr habe die ÖVP 1972 im Nationalrat dem Bau erneut zugestimmt.²⁰³

Anfang der Siebziger institutionalisierte sich das Bauvorhaben und so wurde 1971 vom Ministerkomitee die Gründung der IAKW-AG (Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft) beschlossen.²⁰⁴ Die IAKW-AG kümmert sich seither – und bis heute noch – um alle Belange rund um das VIC und den Betrieb des Konferenzzentrums ACV. Sie war auch maßgeblich bei der Finalisierung der Pläne für den Bau des Konferenzzentrums beteiligt und damit auch in den ersten Skandal rund um den Bau verwickelt.

1969 fand ein internationaler Architekt*innenwettbewerb statt und da ebendieser von einem österreichischen Architekten – und nicht von einem der drei anderen nicht-österreichischen Architekten(teams) – gewonnen wurde, meldeten sich Stimmen aus der Opposition, die Kreisky der Schiebung²⁰⁵ bezichtigten.²⁰⁶

Davor hatte Vinzenz Kotzina, in seiner Rolle als Bundesminister für Bauten und Technik, dem Ministerrat im Winter 1969 die Entscheidung der Jury, die insgesamt 282 Projekte aus 36 Staaten begutachtete, verkündet.²⁰⁷ Die Jury erkor vier Projekte aus, wobei das österreichische Projekt Johann Stabers den vierten – und das amerikanische Cesar Pellis den ersten – Platz erhielt.²⁰⁸ Kotzina hielt in seinem Vortrag fest, sollte eines der drei ausländischen Projekte gewinnen, müssten jene Architekten mit einem österreichischen Wettbewerbsteilnehmer eine Arbeitsgemeinschaft gründen.²⁰⁹ Den Grund für diesen Determinismus nannte er nicht. Allerdings verweist der ÖVP-Bundesminister darauf, dass alle vier Projektanten noch eine echte Chance hätten ihre Entwürfe entsprechend der Empfehlungen zu überarbeiten und den Auftrag zu

²⁰² Bruno Kreisky: Schreiben an alle Landeshauptmänner, 24.06.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 2.

²⁰³ Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 2.

²⁰⁴ vgl. IAKW: Aktenausstellung, 21.04.1972, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 4.

²⁰⁵ ungerechtfertigte Bevorzugung oder Begünstigung

²⁰⁶ vgl. Röhrlich 2009: 279.

²⁰⁷ vgl. Vinzenz Kotzina: Vortrag an den Ministerrat, 04.12.1969, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

²⁰⁸ vgl. Kotzina 1969.

²⁰⁹ vgl. Kotzina 1969.

erhalten.²¹⁰ Die Architekten(teams) machten sich daraufhin an die Überarbeitung ihrer Entwürfe und schickten diese wieder an das Ministerium sowie an das Bundeskanzleramt.

In den darauffolgenden Wochen und Monaten gingen zahlreiche Gutachten sowie Fürsprachen im Bundeskanzleramt ein. Der renommierte österreichische Architekt Roland Rainer trug 1970 dem Ministerkomitee die folgende Reihung als Summe der verschiedenen Gutachten vor²¹¹: An erster Stelle war das Projekt Building Design Partnership (London), an zweiter Staber (Wien), an dritter Novotny und Mähner (Offenbach am Main) und an vierter Pelli (USA).²¹² Neben Gutachten verschiedenster Architekten und Bauingenieure, wurden auch die Meinungen der internationalen Organisationen eingeholt. Die von den IAEO eingesetzten schwedischen Experten sahen genauso wie die Schweizer Experten der UNIDO im Staber-Entwurf die billigste und daher machbarste Alternative.²¹³

Als sich die Situation weiter zuspitzte, wandte sich Rainer in einem Schreiben an Kreisky, um ihm mitzuteilen, die Öffentlichkeit müsse darüber informiert werden, dass das englische Projekt von Seiten der Vereinten Nationen abgelehnt wurde, was der Bundesregierung keine andere Wahl gelassen habe als das zweitgereichte Projekt Stabers, für welches auch IAEO sowie UNIDO appellierten, auszuwählen.²¹⁴

Ende 1970 wurde die Wahl von Staber schließlich fixiert und dieser bedankte sich in einem Schreiben bei Kreisky, dass sein Projekt ausgeführt werden dürfe, mit folgenden Worten:

„Das Vertrauen, das mir von Ihrer Seite und von den Herren des Ministerkomitees entgegengebracht wurde, ist für mich eine große Ehre und Verpflichtung, die mir übertragenen Leistungen gewissenhaft und mit größter Anstrengung zum Wohle der Internationalen Organisationen, der Stadt Wien und der Republik Österreich durchzuführen.“²¹⁵

²¹⁰ vgl. Kotzina 1969.

²¹¹ Rainer, der eine einschlägige nationalsozialistische Vergangenheit vorzuweisen hatte, wurde in seiner Rolle als Architekturprofessor und ehemaliger oberster Wiener Stadtplaner (1958-1962) stark in den Auswahlprozess miteinbezogen.

²¹² *Sitzung des Ministerkomitees*: Amtssitz Internationaler Organisationen und Konferenzzentrum in Wien, 13.07.1970, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

²¹³ vgl. *Information für den Herrn Bundeskanzler*: Donaupark Projekt, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

²¹⁴ vgl. Roland Rainer: UNIDO-Entscheidung, 08.03.1971, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

²¹⁵ Johann Staber: Schreiben an den Bundeskanzler, 21.12.1970, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Der Brief Stabers zeigt, dass der Architekt um die Aufmerksamkeit, welche nun auf ihn gerichtet war, wusste. Kreisky, dem während dieses ersten Skandals rund um das Bauvorhaben von Oppositionsseite Lokalpatriotismus vorgeworfen wurde, verteidigte die Wahl Stabers in Presseaussendungen, im Rundfunk sowie im Fernsehen, in persönlichen Antwortschreiben, in Ausschüssen und im Nationalrat. Wie emotional das Thema war, spiegelt sich auch in der Menge an Dokumenten im Archiv zum Thema der Schiebung wider. In jeder Box finden sich Schreiben, die dem Bundeskanzler die Bevorzugung Stabers vorwerfen. Im Frühjahr 1972 gab es sogar eine Aktenausstellung im Parlament, um alle Dokumente, die es bezüglich des Wettbewerbs und der Schiebung gab, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.²¹⁶ Letzten Endes legte der Rechnungshof einen 300 Seiten umfassenden Bericht, aus welchem hervorgeht, dass der Vorwurf der Schiebung nicht gerechtfertigt war, vor.²¹⁷

Neben der Anklage der Bevorzugung Stabers, wurden am laufenden Band neue Zahlen bzw. geschätzte Kosten des Bauvorhabens veröffentlicht. Es gab zig Presseaussendungen und Interviews mit den beiden Großparteien, die sich gegenseitig beschuldigten für die hohen Kosten verantwortlich zu sein. Die ÖVP betonte dabei immer wieder, dass ihre damalige Initiative zum Bau eines neuen, größeren Konferenzentrums unter völlig anderen (welt-)wirtschaftlichen Bedingungen entstanden war.²¹⁸

Kreisky bemühte sich, die Steuerzahler*innen davon zu überzeugen, dass sie den Bau nicht mittragen müssten. Er beschwichtigte die Bevölkerung damit, dass arabische Geldgeber für das Projekt aufkommen würden.²¹⁹ Bald wusste die breite Öffentlichkeit, dass die Finanzierung des Projekts regierungsintern diskutiert wird. Aus einem Interview, welches der damalige Bürgermeister Wiens, Leopold Gratz, dem ORF gegeben hatte, ging hervor, dass es zwischen dem Bund und der Stadt Wien Gespräche um die Möglichkeiten von Einsparungen beim Bau des Konferenzentrums gab.²²⁰ Gratz nannte vor allem Hotels und Einkaufszentren – also Institutionen,

²¹⁶ vgl. Röhrlich 2009: 279.

²¹⁷ *Bundespressedienst*: Rechnungshofbericht zur UNO-City vorgelegt, ÖVP-Vorwürfe der Willkür und Schiebung widerlegt, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 2.

²¹⁸ vgl. Röhrlich 2009: 280.

²¹⁹ vgl. Röhrlich 2009: 281.

²²⁰ vgl. Leopold Gratz: Interview mit dem ORF, 22.05.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

die vom Konferenzzentrum profitieren würden – als mögliche Geldgeber.²²¹ Kreisky bemühte sich darum, die Diskussion über die Finanzierung so zu gestalten, dass sie als übertriebene und instrumentalisierte Kampagne der ÖVP wahrgenommen wurde, welche primär das Ziel verfolgte, die Regierungspartei zu diskreditieren. Die Finanzierung stelle kein größeres Problem, welches die nationale Wirtschaft gefährden könnte, dar, so der SPÖ-Tenor. Im Gegenteil – die heimische Wirtschaft würde vom ACV-Bau nur profitieren.

Denn Eines war sicher, und das wurde Kreisky auch nicht müde zu betonen: Die UNO-City, mitsamt dem riesigen Konferenzzentrum, bringt Leute nach Wien. Sowohl Konferenztourist*innen, als auch internationale Beamt*innen und Angestellte internationaler Organisationen. Vor allem jene, die Wien zu ihren neuen Lebensmittelpunkt machten, wurden schnell zum Diskussionssubjekt.²²²

Um das (Ein-)Leben der internationalen Beamt*innen in Wien zu vereinfachen bzw. niederschwelliger zu gestalten, befasste sich die IAKW-AG bald mit dem Ausbau einer eigens für sie zu etablierenden Infrastruktur. Zentrale Themen waren der Wohnungsmarkt für die Zuziehenden, eine eigene, vielsprachige UN-Bibliothek, ein internationaler Kindergarten sowie eine internationale Schule für das Personal der verschiedenen Organisationen, neue Verkehrsanbindungen, besondere Sicherheitsvorkehrungen, ein eigenes Postamt und verbesserte Konditionen bei der Kreditaufnahme.^{223 224} Außerdem wurde der Verein ‚Wien International‘ ins Leben gerufen. Dieser erhielt unter der Leitung des Vereinspräsidenten und Wiener Stadtrates Heinz Nittel²²⁵ eigene Klubräumlichkeiten im 9. Wiener Gemeindebezirk und lud österreichische Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben sowie internationale Beamt*innen und Angehörige internationaler Organisationen zu Communityevents ein.²²⁶ Interessant ist, wie die Lokalität angeworben wird:

²²¹ vgl. Leopold Gratz: Interview mit dem ORF, 22.05.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

²²² Wie einige rassistische Schreiben aus der Bevölkerung zeigen, für einige auch zum Hassobjekt.

²²³ vgl. Roland Jiresch: Information an den Bundeskanzler, 25.02.1977, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

²²⁴ vgl. Thomas Klestil: Information für den Bundeskanzler, 20.05.1977, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

²²⁵ Nittel wurde am Weg zu den Feierlichkeiten des 1. Mai 1981 zum Opfer eines terroristischen Attentats. Sein Mörder war Angehöriger der Abu-Nidal-Organisation (eine Abspaltung der PLO). Nittel war unter anderem Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft und kritisierte Kreiskys Haltung zur PLO und Arafat zeitlebens.

²²⁶ vgl. *Rathaus Korrespondenz*: Neues Heim für „Wien International“, 14.04.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

„Die neuen Räume – insgesamt 400 Quadratmeter – verbinden wienerische Atmosphäre mit den modernen Anforderungen, die die Besucher eines internationalen Klus für einen angenehmen Aufenthalt voraussetzen. Der Verein, der sich die Betreuung der in Wien Ansässigen und auch der neu ankommenden Ausländer – vor allem der bei internationalen Organisationen tätigen – zur Aufgabe stellte, will das übliche Wien-Klischee durch ein umfangreiches Erholungs- und Bildungsprogramm abbauen und die Kontakte zwischen der Stadt Wien und ihren Bewohnern und der ‚international community‘ verstärken. Das Veranstaltungsprogramm steht heuer im Zeichen des Schubertjahres.“²²⁷

Der Verein bedient sich hier eines klassischen Narrativs Kreiskys, wenn Tradition und Moderne, Nationales und Internationales sowie Nostalgie und Aufbruchsstimmung geschickt miteinander verbunden werden. Wien wird als prächtige, uralte, aber aufgeschlossene und kosmopolitische Metropole inszeniert.

Um Diplomaten*innen und Angehörige internationaler Organisationen über aktuelle Entwicklungen, aber auch über regionale Veranstaltungen zu informieren, wurde des Weiteren die Halbmonatszeitschrift ‚*Vienna News*‘ gegründet. In der Zeitschrift wurde auf Deutsch, Englisch, Russisch und Französisch alles ‚Internationale‘, das die Stadt zu bieten hatte, angepriesen. Das inflationär verwendete Adjektiv machte aus jeder städtischen Institution ein kosmopolitisches Moment: So gab es in Wien von ‚internationaler Küche‘ bis hin zu ‚internationalem Striptease im Nachtclub direkt auf der Kärntnerstraße‘ Alles, was *der* internationale Beamte vermeintlich brauchte.²²⁸

Waren es für Kreisky und die Sympathisant*innen des Bauprojekts gute Nachrichten, dass – heute würden wir sagen – zahlreiche Expats in Wien erwartet würden, goss die Tatsache, dass für nicht-österreichische internationale Beamt*innen eine eigene Infrastruktur etabliert wurde, für Kritiker*innen nur noch mehr Öl ins Feuer.

Die ÖVP initiierte schließlich 1982 – zwei Jahre nach der feierlichen Übergabe des VICs an die Vereinten Nationen – das Volksbegehren unter dem Motto ‚*Für 12.000 Wohnungen, für sichere Arbeitsplätze in ganz Österreich und gegen den unnötigen Konferenzplatz*‘, welches vom 12. bis 17. Mai 1982 von 1,3 Millionen Österreicher*innen unterzeichnet wurde. Die direkte Konsequenz war,

²²⁷ *Rathaus Korrespondenz*: Neues Heim für „Wien International“, 14.04.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²²⁸ vgl. *Vienna News*: Vienna News, viersprachige Halbmonatszeitschrift für Diplomaten und Angehörige Internationaler Organisationen, 28.01.1977, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

dass das Thema im Nationalrat behandelt wurde – genauso wie dies im Artikel 41 des Bundes-Verfassungsgesetzes festgeschrieben steht. Da es sich beim Volksbegehren, im Gegensatz zur Volksabstimmung, um kein verbindliches Instrument handelt, ist weder der Nationalrat noch die Regierung dazu gezwungen gewesen, dem Wunsch des Baustopps der Unterzeichnenden nachzugehen.

Die Assoziierung Kreiskys mit dem Konferenzzentrum verschärfte sich nach dem Volksbegehren erneut, da der Weiterbau des ACVs für viele politische, zivilgesellschaftliche und mediale Akteur*innen als Desinteresse an der öffentlichen Meinung interpretiert wurde. Der Bundeskanzler stand zu dieser Zeit der vierten SPÖ-Alleinregierung vor und laut verschiedener Beobachter*innen wuchs ihm seine Autorität über den Kopf. Obschon Kreisky immer wieder auf die immanente Schwäche des Instruments ‚Volksbegehren‘ aufmerksam machte, sah so Manche*r vermeintliche diktatorische Tendenzen im Festhalten am ACV-Bau. Bemerkenswert ist hierbei, dass auch SPÖ-Funktionäre (und sich als SPÖ-nahe identifizierende Bürger*innen) besorgte Briefe an den Bundeskanzler schickten, um ihn an diktatorische Regime und die österreichische demokratiefeindliche Tradition zu erinnern:

„1,3 Millionen Unterschriften in einer Demokratie sollten gerade Sie mit Ihrer Erfahrung in Diktaturen nicht so leichtfertig vom Tisch wischen. Es wäre schade[,] wenn Ihr Lebenswerk mit einer solchen Einstellung zu Ende geht.“²²⁹

Solche Briefe an Kreisky zeigen welchen Stellenwert der Bau des Konferenzzentrums am Ende seiner Kanzlerschaft einnahm. Von ÖVP-Seite wurde das ACV auch als ‚Kreisky-Denkmal‘ bezeichnet und so fordert die ÖVP-Fraktion des Gemeinderates der Stadt Knittelfeld den Bundeskanzler zynisch dazu auf „den Bau des Konferenzzentrums einzustellen und dadurch der Demokratie wirklich ein Denkmal zu setzen.“²³⁰

Kreisky antwortete auf zahlreiche Presseaussendungen und persönliche Briefe – allen voran, wenn ihm Demokratiefeindlichkeit vorgeworfen wurde. In einem sechsseitigen Schreiben, wobei er betont, dass die Regierung verfassungsgemäß mit dem Volksbegehren umgegangen sei, da es im

²²⁹ E.H.: Schreiben an Kreisky, 4.06.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

²³⁰ ÖVP-Fraktion des Gemeinderates der Stadt Knittelfeld: Offener Brief an den Bundeskanzler, 07.10.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Plenum des Nationalrates debattiert wurde, schreibt er beispielsweise an den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg: „Alle Vorwürfe, wonach unsere Demokratie durch das Verhalten der Regierungspartei an Glaubwürdigkeit verlieren, entbehren [...] jeder Grundlage.“²³¹

Das Konferenzzentrum wurde schließlich innerhalb von fünf Jahren (1982-1987) erbaut. Die Bauzeit ist von der SPÖ übrigens 1982 schon richtig eingeschätzt worden, was bei Bauvorhaben dieser Größe nicht selbstverständlich war.²³² Im Februar 1989 meldet das ACV 147 000 Besucher*innen, 28 internationale und insgesamt 110 Veranstaltungen im Jahr 1988.²³³ Damit war es statistisch gesehen an jedem dritten Tag ausgebucht.²³⁴ Kreisky gelang in seiner Regierungszeit allerdings nicht, „glaubhaft zu vermitteln, dass das Bauvorhaben Österreichs Reputation in den internationalen Beziehungen erhöhen werde und daher auch hohe Kosten gerechtfertigt seien.“²³⁵

Im Folgenden werden die politischen, zivilgesellschaftlichen und medialen Reaktionen auf den Bau des ACVs genauer betrachtet. Im Zuge meiner Recherche konnte ich drei Argumentationslinien ausmachen. Alle drei Argumentationslinien finden sich – wenn auch unterschiedlich gewichtet – in den politischen, zivilgesellschaftlichen und medialen Reaktionen wieder. Sie sind allesamt stark dichotomisiert, das heißt einerseits, dass die schreibenden Akteur*innen sich stets genau einer Seite zuordnen lassen, und andererseits, dass die Argumente stringent und ohne Interpretationsspielräume vorgebracht wurden. (Wenn es vereinzelt vorkommt, dass ein*e Sympathisant*in oder Kritiker*in sich nicht zweifelsfrei und parteilich präsentiert, dann nur bei persönlichen Briefen aus der Bevölkerung.) Der erste Block an (Gegen-)Argumenten arbeitet sich an den wirtschaftlichen Fragestellungen rund um das ACV ab. Die zweite Argumentationslinie problematisiert das Verhältnis der Hauptstadt zu den anderen Bundesländern in Bezug auf das ACV. Hier kommen unter anderem Fragen bezüglich Zentralismus/Föderalismus sowie des regionalen Arbeitsmarktes auf. Die dritte und letzte Argumentationslinie hat die sicherheitspolitische Bedeutung des ACVs zum Thema. Hierbei geht es nicht nur um Sicherheit im

²³¹ Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, In: Kreisky-Archiv, 19.04.1983, VII.11., Box 1: 1.

²³² vgl. *Sozialistische Korrespondenz*: SK-Dokumentation Konferenzzentrum, 04.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²³³ vgl. *Austria Center Vienna*: News, 1989, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

²³⁴ vgl. *Austria Center Vienna*: News, 1989, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

²³⁵ *Röhrlich* 2006: 281.

engeren Sinne, sondern auch um internationales Prestige und die (Fremd-)Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft.

Wie sehr die politischen, zivilgesellschaftlichen und medialen Reaktionen auf den Bau zusammenhängen und sphärenübergreifend Diskurse (re-)produzierten, zeigte sich, wenn die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter in einem Telegramm an Kreisky das Volksbegehren der ÖVP abwertend als ‚Probegalopp‘ in Hinblick auf die Nationalratswahlen bezeichnete.²³⁶ Die ÖVP nannte kurz davor in einer Presseaussendung den Aufruf zum Volksbegehren tatsächlich Probegalopp und wollte ihre Wähler*innenschaft damit zum ‚Sturz Kreiskys‘ motivieren. Gewisse Schlagwörter wie *Probegalopp*, *Demokratiefeindlichkeit*, *Konferenzpalast* sowie *Kreisky-Denkmal* finden sich in den verschiedensten Medien und auch bei Aussagen bzw. Schreiben von beiden Parteien wieder.

4.1 Politische Reaktionen

Sowohl die SPÖ, die während der Debatte um den Bau des ACVs die alleinregierende Partei war, als auch die ÖVP, welche zur Opposition gehörte, gaben zahlreiche Presseaussendungen sowie Stellungnahmen zum Bau, Verwendung sowie Auslastung der Räumlichkeiten, Finanzierung, etc. ab. Abgesehen von den politischen Parteien, meldeten sich auch staatliche Institutionen (wie der Rechnungshof, die diversen Bundesministerien, etc.) sowie internationale Organisationen (wie die IAEO sowie die UNIDO) bezüglich des ACVs zu Wort. Primärquellen, welche im Folgenden herangezogen werden, sind Presseaussendungen der Parteien, Briefe von politischen Akteur*innen, Gutachten und Stellungnahmen.

Eine zentrale Quelle, welche hervorzuheben ist, stellt das Flugblatt (siehe **Abb. 1: SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum**), welches mehrfach in den diversen Boxen zum Konferenzzentrum aufzufinden ist, dar. Es handelt sich dabei um eine SPÖ-Stellungnahme, die begründet, weshalb das Konferenzzentrum, trotz jeder Kritik, gebaut werden muss. Das Flugblatt findet sich nicht nur im Kapitel zu *politischen Reaktionen*, sondern auch in jenem zu *zivilgesellschaftlichen Reaktionen*,

²³⁶ vgl. *Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter*: Telegramm an Kreisky, 18.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

da es von diversen Schreibenden zum Briefpapier, auf dem sie ihre Meinung zum Bau des ACVs kundtaten, umfunktioniert wurde.

Warum das Konferenzzentrum gebaut wird:

In der Fernsehdiskussion am Freitag vor dem Beginn des ÖVP-Volksbegehrens gegen das Konferenzzentrum hat Bundeskanzler Kreisky gesagt:

Das ist für die ÖVP ein Probeglopp für die Wahlen, wer die ÖVP unterstützen will, der soll hingehen. Wir aber sagen: Das Klügste ist, gar nicht hinzugehen. Wir werden ja sehen, wer die Mehrheit hat!

Das Ergebnis des Volksbegehrens:

74,26% sind NICHT hingegangen, 25,74% sind hingegangen.

	NICHT hingegangen		hingegangen	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Burgenland	155.641	79,31	40.936	20,69
Kärnten	120.133	85,37	20.845	14,63
Niederösterreich	721.257	71,35	290.916	28,74
Oberösterreich	170.127	75,81	55.457	24,19
Salzburg	212.054	73,75	76.660	26,25
Steiermark	172.383	73,82	61.720	26,18
Tirol	237.319	87,23	34.398	12,77
Vorarlberg	104.891	78,58	28.652	21,42
Wien	854.871	87,42	121.672	12,58

Was bedeutet nun das Ergebnis dieses „Probeglopps“?

Den Oppositionsparteien – denn auch die FPÖ hat in einigen Bundesländern das ÖVP-Volksbegehren unterstützt – ist es gelungen, eine beachtliche Zahl ihrer Wähler zu einer Unterschrift zu bewegen. Das Ergebnis eines Volksbegehrens kann aber nur darin bestehen, daß dieses Thema noch einmal im Parlament diskutiert wird.

Österreich kann auf den Bau des Konferenzzentrums nicht verzichten. Denn er bringt Tausende Arbeitsplätze und Sicherheit für unser Land.

Warum das Konferenzzentrum gebaut wird:

- Sollen wir auf Tausende Bauplätze verzichten?**
Der Bau des Konferenzzentrums schafft auf Jahre hinaus Tausende Arbeitsplätze in ganz Österreich. Bauwesen, die Elektroindustrie und Hunderte Klein- und Mittelbetriebe werden durch den Bau Aufträge erhalten.
- Soll Österreich internationale Zusagen missachen?**
Nach einer der ÖVP-Abstimmungen hat Österreich sich zum Bau des internationalen Konferenzzentrums bei der UNO-City verpflichtet. Den Bau aufzugeben heißt, daß die Republik Österreich international wortbrüchig wird.
- Sollen 840 Millionen Schilling zum Fenster hinausgeworfen werden?**
Durch einen Bauplopp würden Millionenkosten anfallen. Für Planungsarbeiten, für die Infrastruktur, für ein bereits fertiggestelltes Parkdeck, für Heizungs- und für Ventilationssysteme würden dann insgesamt 840 Millionen Schilling sinnlos ausgegeben werden sein.
- Soll man tatenlos zusehen, wie die Arbeitslosenzahlen in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland steigen?**
Derzeit gibt es in Wien um 30.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Auch in Niederösterreich und im Burgenland sind die Arbeitslosenzahlen stark angestiegen. Der Bau des Konferenzzentrums wird Tausende Menschen direkt und indirekt in allen Bundesländern beschäftigen.
- Soll ein Bundesland gegen ein anderes ausgespielt werden?**
Die ÖVP treibt in ihrer großen Propagandaschicht die Bundesländer gegen Wien auf. Dabei hat die SPÖ-Regierung in den letzten zwölf Jahren sehr viel für die Bundesländer getan. Mehr als hundert Millionen Schilling wurden in den Bundesländern – ohne Wien – investiert. In ganz Österreich wurden Großprojekte, wie Tunnel, Bahnhöfe, Schulen und Hochschulen, Kraftwerke, Autobahnen und Schnellstraßen, Kanalsanierungen, Krankenhäuser, Festungsbauwerke und Kasernen, mit Milliardenbeträgen errichtet.
- Soll Österreich seinen Ruf als internationaler Ort der Begegnung aufgeben?**
Wien gilt international als Ort der Begegnung und des Gesprächs. Haben New York und Genf ist Wien die dritte UNO-Stadt. Von Ost und West wird das kleine neutrale Österreich anerkannt und respektiert. Ein Ort der Begegnung braucht aber auch ein entsprechendes Konferenzzentrum.
- Soll Österreich Einnahmen aus dem Kongressarismus aufs Spiel setzen?**
Österreich ist ein bekanntes Fremdenverkehrsland. Die Kongressreisen zählen zu den einkaufstheuernden Gästen, sie geben viermal soviel aus wie Urlauber. Nur zum Vergleich: Das Konferenzzentrum Berlin – in einer ungünstigen Lage als Wien – hat allein im letzten Jahr 174.000 Gäste empfangen. Der Berliner CDU-Bürgermeister Weisacker: „Wir sind froh über unser Konferenzzentrum, die Ausbeute ist erheblich.“
- Soll Österreich auf einen Teil seiner Sicherheit verzichten?**
Ohne Bedenken würde die ÖVP sechs Millionen Schilling für Abfänger ausgeben. Ein österreichisches Konferenzzentrum kann aber viel mehr zur Stärkung unserer Sicherheit beitragen als teure Abfänger.
- Soll ein „Probeglopp“ der ÖVP Arbeitsplätze und das internationale Ansehen Österreichs in der Welt gefährden?**
Für das Volksbegehren rüht die ÖVP um 20 Millionen Schilling alle Werbemaßnahmen und vergabte ihre Funktionäre zu vollem Einsatz. Sie deklarierte das Volksbegehren offen als „Probeglopp“ der ÖVP für die kommenden Nationalratswahlen und wollte alle ihre Wähler mobilisieren. Selbst das ist ihr aber nur zum Teil gelungen.

Die ÖVP ist durch ihre Politik der Arbeitsplatzverhinderung unglaubwürdig geworden. Für die ÖVP war diese Generalabstimmung vielleicht notwendig, damit – wie sich ihr Generalsekretär selbst äußerte – die Stimmung für unsere Partei nicht noch schlechter wird. Sollen aber wegen eines „Probeglopps“ der ÖVP Sicherheit und Tausende neue Arbeitsplätze für unser Land gefährdet werden?

Abb. 1: SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum

Das Flugblatt beginnt mit einer Referenz auf die Sendung ‚Politik am Freitag‘ vom 7. Mai 1982 – also drei Tage vor dem Beginn des Volksbegehrens, welches vom 10. bis zum 17. Mai 1982 unterzeichnet werden konnte – in der Kreisky dazu aufrief, erst gar nicht zum Volksbegehren zu gehen.²³⁷ Danach wird darauf verwiesen, dass 74,26 Prozent tatsächlich nicht teilnahmen.²³⁸ In der Folge wird auf die (geringe) politische Handlungsmacht, die ein Volksbegehren, welches genügend Stimmen erreicht hat, eingegangen und eine ernsthafte Debatte im Parlament in Aussicht gestellt.²³⁹ Mit dem klaren Statement „Österreich kann auf den Bau des Konferenzzentrums nicht verzichten, denn er bringt tausende Arbeitsplätze und Sicherheit für

²³⁷ vgl. *Politik am Freitag*: Studiokonfrontation BK Kreisky und Parteiohmann Mock über das UNO-Konferenzzentrum und d. Volksbegehren d. ÖVP dagegen, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

²³⁸ vgl. *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

²³⁹ vgl. *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

unser Land“²⁴⁰, wird den 1,3 Millionen Unterzeichner*innen allerdings die Hoffnung auf einen Baustopp gleich im nächsten Satz genommen. Gleichzeitig wird versucht die ÖVP mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, wenn die Arbeitsplätze und damit die wirtschaftlichen Vorteile, die die ÖVP vehement bestritt, als mitunter wichtigstes Argument für den Bau des ACVs angeführt wurden.

4.1.1 Wirtschaftliche Fragestellungen

Die dritte UN-Stadt zu werden und zahlreiche internationale Organisationen, im Zuge einer aktiven Amtssitzpolitik, anzuwerben, hat auch volkswirtschaftliche Relevanz. Troy beziffert den jährlichen Wertschöpfungseffekt, der auf die anwesenden internationalen Organisationen zurückgeht, mit 1,3 Milliarden Euro.²⁴¹ Es ist daher kaum verwunderlich, dass sich sowohl politische, als auch zivilgesellschaftliche und mediale Reaktionen mit der wirtschaftlichen Bedeutung des ACV-Baus beschäftigen. Es geht dabei um die Finanzierungspläne sowie um die direkte sowie indirekte Wertschöpfung durch (Lang-)Zeitarbeitsplätze und (Konferenz-)Tourismus.

Als 1981 eine Debatte über die Anhebung der Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes bei Spitzeneinkommen ausbricht, bringt Mock, der als Oppositionsführer bezeichnet werden kann, das Konferenzzentrum ins Spiel: Eine Lösung könne nur sein, die Steuergelder effektiver (also nicht für den ACV-Bau) einzusetzen, nicht sie weiter zu erhöhen.²⁴² Die Steuerdebatte wurde herangezogen, um für eine Volksabstimmung – *gegen* den Bau des Konferenzentrums und *für* den U-Bahn-Ausbau sowie eine gesteuerte Arbeitsplatzsicherung – Werbung zu machen.²⁴³ Bereits ein Jahr vor dem Volksbegehren wurde also versucht mit einem Instrument der direkten Demokratie gegen den ACV-Bau vorzugehen.²⁴⁴

²⁴⁰ *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

²⁴¹ vgl. Troy 2022: 242.

²⁴² vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Bundesparteivorstand Mock: Steuermittel richtig einsetzen, 03.05.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁴³ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Prestigeprojekt aus Steuermittel aller Österreicher, 30.03.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁴⁴ Es kam nicht zur Volksabstimmung. Die einzigen Volksabstimmungen die es in der Zweiten Republik bis dato gab waren jene über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf und über den EU-Beitritt Österreichs.

1982, als das Volksbegehren feststand und die Parteien zahlreiche Presseaussendungen und Stellungnahmen verschickten, kam es zu einer regelrechten Flut an Flugblättern, wobei die wirtschaftlichen Argumente stets am meisten hervorgehoben wurden.

In einem Flugblatt der Sozialistischen Gewerkschafter werden alle, die das Flugblatt erhalten (das heißt alle Mitglieder der Gewerkschaft), dazu aufgerufen, nicht zum Volksbegehren zu gehen, denn:

„Wer das ÖVP-Volksbegehren unterschreibt ist gegen Tausende neue Arbeitsplätze, schwächt die österreichische Sicherheitspolitik, verringert das internationale Ansehen Österreichs, läßt sich von der ÖVP für einen ‚Probewahlkampf‘ mißbrauchen.“²⁴⁵

Obschon das Flugblatt, wie in dem Zitat veranschaulicht, diverse Pro-Argumente aufzählt, bezieht es sich vor allem auf die arbeitsökonomischen Vorteile und erkennt im Bau des Konferenzzentrums den Kampf um die Erhaltung der Vollbeschäftigung.²⁴⁶ Um die Zustimmung aus der Arbeiter*innenklasse zu untermauern, werden ein Bauarbeiter aus Hartmannsdorf, eine Arbeiterin aus Wien und ein Stahlarbeiter aus Linz zitiert, die allesamt vom Bau des Konferenzzentrums profitieren würden.²⁴⁷ Diese Emotionalisierung der Thematik ist typisch für die Parteistellungnahmen der Zeit.

Neben den Argumenten rund um die Arbeitsplatzsicherung, stand vor allem auch die Finanzierung des riesigen Baus zur Debatte. Hierbei darf nicht darauf vergessen werden, dass das Bauvorhaben schon in den Sechzigern vertraglich geregelt wurde. Auch wenn zu jener Zeit noch nicht feststand, wie das Konferenzzentrum aussehen soll und wie viel es kosten würde, war es stets in der UNO-City Planung inkludiert.

Die damalige Regierung war bereit, so Röhrlisch und Knoll, auch viel Geld dafür zu investieren, internationale Organisationen nach Wien zu holen: „Dass die Ansiedlung einer VN-Organisation nicht kostengünstig sein werde, war allen beteiligten Regierungsmitgliedern von Beginn an klar.“²⁴⁸ Die Amtsabkommen der internationalen Organisationen, die sich in den Sechzigern in Wien

²⁴⁵ *Sozialistische Gewerkschafter*: Flugblatt zum Volksbegehren, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²⁴⁶ vgl. *Sozialistische Gewerkschafter*: Flugblatt zum Volksbegehren, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²⁴⁷ vgl. *Sozialistische Gewerkschafter*: Flugblatt zum Volksbegehren, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²⁴⁸ Röhrlisch, Knoll 2024: 4.

niederließen, waren durchaus generös.²⁴⁹ So gewährleistet das Amtsabkommen der UNIDO 1966 den Mitarbeitenden der Organisation beispielsweise weitreichende Sozial- und Pensionsversicherungserleichterungen.²⁵⁰ Die Ansiedlung der UNIDO wurde als Möglichkeit zur wirtschaftlichen Wertschöpfung und zur Vermarktung Österreichs als Industriestandort angesehen.²⁵¹ Auch der allgemeine Fremdenverkehr im Land sollte durch die Niederlassung gefördert werden.²⁵² Dass auch die ÖVP-Regierung einen wirtschaftlichen Vorteil in der aktiven Amtssitzpolitik erkannte, wurde spätestens dann klar, als im Juni 1966 im Ministerrat die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe, um die Abhaltung internationaler Konferenzen in Österreich zu fördern, beschlossen wurde.²⁵³ Die SPÖ erinnert in der Zeit um das Volksbegehren die ÖVP beständig an ihre einstige Befürwortung des Ausbaus des international anerkannten Konferenzstandortes Wien, wenn diese erläutert, dass der ACV-Bau wirtschaftliche Nachteile für Österreich hütte. Kreisky verweist schon 1974 darauf, dass die Regierung unter Klaus 1967 die Errichtung eines UN-Zentrums (inklusive Konferenzzentrum) auf österreichischen Kosten beschlossen und zugesichert hatte.²⁵⁴ 1982 wird der ÖVP daher ‚Kindesweglegung‘ vorgehalten.²⁵⁵ Kreisky zählt Stahlindustrie, Elektroindustrie, Tischler, Fliesenleger, Maler und Schlosser als wirtschaftliche Profiteure des Projekts auf.²⁵⁶ In den Antwortschreiben an ÖVP-Funktionär*innen untermauert er seine Argumente stets mit dem Verweis auf diverse Aufträge an österreichische Unternehmen, die während des UNO-City Baus vergeben wurden und werden.²⁵⁷ Neben dem Bau selbst, würde auch die Infrastruktur, welche für die neuankommenden internationalen Beamt*innen und Angestellte internationaler Organisationen etabliert wurde, neue Arbeitsplätze schaffen. Internationale Schulen sowie Kindergärten brauchen Pädagog*innen und auch die

²⁴⁹ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁵⁰ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁵¹ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁵² vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁵³ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 4.

²⁵⁴ Bruno Kreisky: Schreiben an alle Landeshauptmänner, 24.06.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 1.

²⁵⁵ vgl. Sozialistische Partei Österreichs, Tatsachen & Argumente – Konferenzzentrum, April 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²⁵⁶ vgl. Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 2.

²⁵⁷ vgl. Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 3.

Exekutive würde neue Polizei- und Sicherheitsbeamt*innen einstellen müssen. Vor allem in den neu zu schaffenden Ausbildungsplätze bei der Polizei sah Kreisky einen Weg, jungen Menschen eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten.²⁵⁸ Würde ein Baustopp veranlasst werden, wäre außerdem das Geld (das obige SPÖ-Flugblatt nennt 840 Millionen Schilling), welches für bisherige Honorare, Planungsarbeiten, infrastrukturelle Vorbereitungen sowie das bereits fertiggestellte Parkdeck ausgegeben wurde, zum Fenster rausgeschmissen worden.²⁵⁹ Ein Baustopp würde Milliardenkosten nach sich ziehen und wäre ein ökonomisches Minusgeschäft, so die SPÖ-Argumentation.²⁶⁰

Außerdem erwarteten die Sozialist*innen einen (Anschluss-)Tourismus, der Dauerarbeitsplätze in Hotels erschaffen und durch den Konsum der Konferenzbesuchenden Geld ins Land bringen würde.²⁶¹ Die Konferenztourist*innen werden dabei als die ausgabefreudigsten Gäste vorgestellt, „sie geben viermal soviel aus wie Urlauber.“²⁶²

Auf Anfrage des Bundesministeriums für Finanzen wurde 1982 vom Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Universität Wien eine Untersuchung über die Beschäftigungsauswirkungen des Konferenzzentrums erstellt.²⁶³ Auch die ÖVP gab eine Studie in Auftrag, allerdings beim Institut für Höhere Studien.²⁶⁴ Die Studie des Instituts für Volkswirtschaftslehre nahm auf jene des IHS Bezug und stellte einige Mängel bei der Berechnung fest. Wenn die ÖVP in Pressekonferenzen von lediglich 400 Arbeitsplätzen sprach, die durch den ACV-Bau geschaffen wurden, dann geht dies aus einer – möglicherweise bewussten –

²⁵⁸ vgl. *Sozialistische Korrespondenz*: SK-Dokumentation Konferenzzentrum, 04.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²⁵⁹ vgl. *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

²⁶⁰ vgl. *Sozialistische Korrespondenz*: SK-Dokumentation Konferenzzentrum, 04.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

²⁶¹ vgl. Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 5.

²⁶² *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

²⁶³ vgl. Helmut Frisch, Andreas Wörgötter: Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

²⁶⁴ vgl. Gerhard Munduch, Ingo Schmoranz, Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen in Österreich, Februar 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 10.

Fehlinterpretation der IHS-Studie hervor. Die Kernaussage ebenjener Studie lautet nämlich lediglich, dass Hoch- und Wohnhausbau – wobei die ÖVP den Bau von Wohnungen stets gegen jenen des ‚Konferenzpalastes‘ ins Treffen führte – in etwa die gleichen Beschäftigungseffekte auslösen.²⁶⁵ Das heißt: Wenn das gleiche Kapital, welches in den ACV-Bau investiert wird, in den Wohnungsbau investiert werden würde, würde dies in etwa gleich viele Arbeitsplätze schaffen. Die IHS-Studie hat damit kaum Aussagekraft für die ÖVP-Argumentation. Die von der SPÖ in Auftrag gegebene Studie kam hingegen zu dem vielversprechenden Ergebnis, dass der Bau des Konferenzentrums über den Zeitraum von 1982 bis 1986 insgesamt 9 347 Jahresarbeitsplätze schaffen wird.²⁶⁶ In dem Kontext, dass sich im Jahr 1982 die Arbeitslosenzahlen in der Bauwirtschaft gegenüber dem Vorjahr verdoppelt haben, schien das ein gutes Argument für das Bauvorhaben zu sein.²⁶⁷

Sehr wichtig für Kreisky festzuhalten ist, dass durch das Projekt „dem Wohnungsbau kein einziger Schilling entzogen wird.“²⁶⁸ Im Gegenteil habe die Regierung ein Sonderwohnbauprogramm für ganz Österreich, welches den Bau von 5 000 neuen und die Sanierung alter Wohnungen ermöglicht, geschaffen.²⁶⁹ „Beide Maßnahmen wurden allerdings von der ÖVP im Bundesrat beansprucht, wodurch es zu wesentlichen Verzögerungen des Anlaufens der Programme gekommen ist.“, so Kreisky.²⁷⁰

Im Jahr nach dem Volksbegehren legte die ÖVP bei ihrer Kritik den Fokus vermehrt auf die geplanten Finanzierungspläne, als auf die erwartete (oder eben nicht erwartete) direkte bzw. indirekte wirtschaftliche Wertschöpfung. Bald war klar, dass der Bau des Konferenzentrums durch eine Aktiengesellschaft, an welcher das Königreich Saudiarabien, Kuwait, die Vereinigten

²⁶⁵ vgl. Herbert *Ostleitner*, Schreiben an Kreisky, 17.02.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 10.

²⁶⁶ vgl. Helmut *Frisch*, Andreas *Wörgötter*: Beschäftigungswirkungen des Konferenzentrums, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

²⁶⁷ vgl. *Sozialistische Korrespondenz*: Bau des Konferenzentrums schafft insgesamt 9.347 Jahresarbeitsplätze, 12.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 10.

²⁶⁸ Bruno *Kreisky*: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 3.

²⁶⁹ vgl. Bruno *Kreisky*: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 4-5.

²⁷⁰ Bruno *Kreisky*: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 5.

Arabischen Emirate, die Republik Österreich und die Gemeinde Wien beteiligt waren, finanziert werden soll.²⁷¹ 1983 schätzt Kreisky die anfallenden Kosten auf 4,5 Milliarden Schilling, wobei der größte Teil durch das Aktienkapital aufgebracht werden sollte.²⁷² Als Reaktion auf die ÖVP-Kritik, Österreich würde sich damit zur Marionette der arabischen Staaten machen, stellte der Bundeskanzler immer wieder klar in Abrede, dass sich aus den Verträgen mit den arabischen Finanzierungsgesellschaften irgendwelche politischen Verpflichtungen ableiten lassen würden.²⁷³ Außerdem könne Österreich die arabischen Länder nach 14 Jahren sowieso ausbezahlen und hätte durch das ausländische Investment gleichzeitig etwas für die eigene Volkswirtschaft getan, so Kreiskys Argumentation.²⁷⁴ Ob die ÖVP tatsächlich Bedanken hatte, dass die Aktiengesellschaft die österreichische Amtssitzpolitik beeinflussen könne, oder in dem arabischen Geld lediglich eine Möglichkeit sah, den tradierten Rassismus für die eigene Sache zu instrumentalisieren, kann heute nicht mehr festgestellt werden. Die Antwort des ÖVP-Generalsekretärs Michael Graff auf Kreiskys Finanzierungsplan ist jedenfalls durchwachsen von rassistischem Orientalismus und Othering:

„Was die Scheichs nicht schon durch die Vorzugsdividende bekommen, das holen sie sich über den Rückkaufpreis [...]. Seit Aladdin mit der Wunderlampe bauen die Dschinnis die Paläste nicht mehr umsonst.“²⁷⁵

Fest steht: Durch kein anderes Thema rund um den ACV-Bau fühlten sich die politischen Akteur*innen zu solch offen-rassistischen Tiraden bemüßigt als durch die arabische Mitfinanzierung. In verschiedenen ÖVP-Presseaussendungen wurde die Finanzierung abwertend als ein ‚Traum von 1001 Nacht‘ sowie als ‚Fata Morgana‘ bezeichnet.²⁷⁶

Als klar war, dass die SPÖ dem Volksbegehren keine weitere Beachtung mehr schenken würde, deckte die Zeitung *Wochenpresse* einen Steuerhinterziehungsskandal bei Firmen, die mit dem Bau

²⁷¹ vgl. Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 4.

²⁷² vgl. Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 4.

²⁷³ vgl. *Sozialistische Korrespondenz*, Kreisky: Einigung über neue Konferenzzentrum-Finanzierung, 01.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁷⁴ vgl. *Sozialistische Korrespondenz*, Kreisky: Einigung über neue Konferenzzentrum-Finanzierung, 01.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁷⁵ *ÖVP-Pressedienst*, Graff zum Konferenzzentrum, 03.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁷⁶ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Wiener Volkspartei kritisiert Finanzierung des Konferenzzentrums und verlangt Aufklärung über dabei verschleuderte Millionen, 14.02.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

des Konferenzentrums beauftragt wurden, auf.²⁷⁷ Die ÖVP forderte im März 1983 erneut einen Baustopp.²⁷⁸ SPÖ-Finanzminister Salcher ließ in der Folge die Verdachtsmomente überprüfen und versicherte der Bevölkerung, dass trotz ‚steuerlicher Unregelmäßigkeiten‘ keine Mehrkosten für den österreichischen Steuerzahler entstehen würden.²⁷⁹ Das Thema wurde relativ schnell unter den Teppich gekehrt und auch die Opposition sah das Bemühen um die Verhinderung des Baus wohl endgültig als gescheitert an.

Eine Debatte, welche auch nach Kreiskys Regierungsausscheidung, von der Opposition immer wieder aufgemacht wurde, ist jene, um die Finanzierung des ACVs. Ließ sich aus dem Für und Wider bezüglich des Konferenzzentrumbaus nichts Weiteres politisch, lieferte die Aktiengesellschaft unter arabischer Beteiligung noch Diskussionsstoff. Beide Partei-Pressedienste gaben im Juli 1984 Stellungnahmen zur Finanzierung durch arabische Staaten ab. Während der ÖVP-Pressedienst weiter versteckte politische Verpflichtungen durch die Mitfinanzierung vermutete, verwies die Sozialistische Korrespondenz²⁸⁰ auf das für Österreich überaus großzügige Finanzierungsabkommen, welches auf Kreiskys enge Zusammenarbeit mit arabischen Politikern zurückzuführen gewesen sei.²⁸¹ ²⁸² Nicht nur die durch Kreiskys Kontakte ermöglichte, geringe Verzinsung des Kredits, sondern auch die effizienten Einsparungen, hätten dazu geführt, dass Österreich das ACV besonders kostengünstig errichten lassen könne: Die Kosten würden von 5 auf 3,6 Milliarden Schilling gesenkt werden und nach der Fertigstellung würde es 3 000 Dauerarbeitsplätze geben, so der SPÖ-Abgeordnete Nowotny.²⁸³

²⁷⁷ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Graff fordert Baustopp beim Konferenzzentrum, 15.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁷⁸ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Graff fordert Baustopp beim Konferenzzentrum, 15.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁷⁹ vgl. *Sozialistische Korrespondenz*, Kreisky: Salcher: Bau des Konferenzentrums durch Steuerhinterziehung nicht verteuert, 15.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁸⁰ damaliger Name des SPÖ-Pressediensts

²⁸¹ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Mock warnt SPÖ vor neuerlicher Fehlentscheidung, 07.10.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁸² *Sozialistische Korrespondenz*: Prof. Nowotny: Überaus günstige Finanzierung für österreichisches Konferenzzentrum gelungen, 28.06.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

²⁸³ *Sozialistische Korrespondenz*: Prof. Nowotny: Überaus günstige Finanzierung für österreichisches Konferenzzentrum gelungen, 28.06.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

Auch 1984 – als Kreisky nicht mehr Kanzler war und eine Regierung aus SPÖ und FPÖ entstanden ist – beharrte die ÖVP darauf, dass das Konferenzzentrum österreichische Steuergelder verschleudern würde und somit eine Fehlinvestition wäre.²⁸⁴ Lieblingssorge der ÖVP bleiben die ‚ausländischen Geldgeber‘, die nun vermeintlich mitbestimmen können, welche Konferenzen in Wien stattfinden dürfen.²⁸⁵

4.1.2 Wien vs. ‚die Bundesländer‘

Der Konflikt zwischen Wien und ‚den Bundesländern‘ ist uralte. Österreich ist ein föderalistischer Staat und die Gesetzgebung sowie deren Vollziehung sind nicht zentralistisch geregelt. Die einzelnen Bundesländer verfügen qua föderaler Organisation also über eine gewisse Autonomie, dennoch hat Wien als Bundeshauptstadt und Metropole eine gewisse Sonderrolle. Werden die anderen acht Bundesländer als ‚die (Bundes-)Länder‘ bezeichnet, heißt Wien einfach Wien. Oder eben ‚Wasserkopf‘²⁸⁶, weil sich die Verwaltung und Bevölkerung hier übermäßig stark konzentriert. Oder ‚rotes Wien‘²⁸⁷, da die SPÖ hier bekanntlich die Vorherrschaft hat.

Die ÖVP wusste, dass die Suche nach ACV-Gegenstimmen außerhalb Wiens ein Einfaches werden würde, denn: Wenn in der Hauptstadt ein riesiges, vom SPÖ-Kanzler in Auftrag gegebenes Konferenzzentrum entstehen soll, dann wird der Wasserkopf noch größer und die Bundesländer noch unbedeutender. Außerdem wird in ländlichen Gegenden traditionell konservativer gewählt und die ÖVP verkündete ihre Argumente hier tendenziell Sympathisant*innen der eigenen Partei, die für das ‚Heimische‘ – statt für die Internationalisierung – eintrat.

Da auch die SPÖ-Politiker*innen um die Spannung zwischen Wien und ‚den Bundesländern‘ wussten, gab es seit Dezember 1980 die Aktion *‚Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt*

²⁸⁴ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Wiener Volkspartei kritisiert Finanzierung des Konferenzzentrums und verlangt Aufklärung über dabei verschleuderte Millionen, 14.02.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

²⁸⁵ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Mock warnt SPÖ vor neuerlicher Fehlentscheidung, 07.10.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁸⁶ In der Medizin bezeichnet ein ‚Wasserkopf‘ die krankhafte Ansammlung von Wasser im Kopf.

²⁸⁷ Referenz auf die historische Periode als die SDAP von 1919 bis 1934 die absolute Mehrheit hielt und die Stadt sozialistisch reformierte.

kennen' in deren Rahmen Schüler*innengruppen aus allen Teilen Österreichs die UNO-City besuchten.²⁸⁸ Der damalige Minister für Unterricht und Kunst schrieb an Kreisky im Frühjahr 1982:

„Die sogenannte Wien-Aktion, an der junge Menschen aus allen Bundesländern teilnehmen und die sich größter Beliebtheit erfreut, stellt meines Erachtens eine große Hilfe im Bemühen dar, Vorurteile gegen die Bundeshauptstadt in den Bundesländern abzubauen.“²⁸⁹

Während die SPÖ mit solchen Aktionen die anderen Bundesländer von der Internationalisierung Österreichs auf dem Boden der Hauptstadt überzeugen wollte, bemühte sich die ÖVP auch die Wiener Wähler*innenschaft anzusprechen. Hierbei brachte sie vor allem ihr Argument *„Für viele Wohnungen statt einen Konferenzpalast“* vor. Die Wiener ÖVP betonte im Zuge der Debatte, dass auch ihnen der soziale Wohnbau – ein Steckenpferd der Sozialist*innen – ein wichtiges Anliegen sei.²⁹⁰ Wenn sie gegen Gemeindewohnungen stimmten, dann nur wenn Grünflächen oder Kleingärten ebendiesen weichen müssten.²⁹¹

Tatsächlich initiierte die ÖVP 1981 eine ‚Wiener Volksbefragung‘²⁹² zum Konferenzzentrum.²⁹³ In der Volksbefragung wurde eine Stadtsanierung anstelle des ACV-Baus gefordert und auch hier hielt die SPÖ – wie ein Jahr später beim Volksbegehren auf nationaler Ebene – die Bevölkerung zum Boykott an.

Die ÖVP versuchte im ‚roten Wien‘ die eigene Position zu stärken, tat dies auch die SPÖ in den ‚schwarzen Bundesländern‘. Dabei sprach sie insbesondere die Binnen- und Arbeitsmigrant*innen an und verwies auf die beschäftigungspolitische Bedeutung des ACV-Baus.²⁹⁴

„Die ÖVP hetzt in ihrer großen Propagandaschlacht die Bundesländer gegen Wien auf. Dabei hat die SPÖ-Regierung in den letzten zwölf Jahren sehr viel für die Bundesländer getan. Mehr als hundert Milliarden Schilling wurden in den Bundesländern – ohne Wien – investiert.“²⁹⁵

²⁸⁸ vgl. Fred Sinowatz: Schreiben an Kreisky, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

²⁸⁹ Fred Sinowatz: Schreiben an Kreisky, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

²⁹⁰ vgl. ÖVP-Pressedienst, Wiener ÖVP für Wohnbau in Wien, 07.11.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁹¹ vgl. ÖVP-Pressedienst, Wiener ÖVP für Wohnbau in Wien, 07.11.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁹² konsultatives Instrument der direkten Demokratie

²⁹³ vgl. ÖVP-Pressedienst, Wiener Volksbefragung: Vorrang für Hofburgkonferenzzentrum und Standerneuerung, 12.11.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁹⁴ vgl. Sozialistische Korrespondenz, SP-NÖ: Ja zum Konferenzzentrum, 23.04.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

²⁹⁵ Sozialistische Partei Österreichs: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

In einem Schreiben an alle Landeshauptmänner betonte Kreisky, dass von den Bauarbeitern für die UNO-City „nur rund 20% aus Wien, während 35% aus dem Burgenland, 15% aus der Steiermark, je 10% aus Niederösterreich und Oberösterreich und der Rest aus den übrigen Bundesländern stammen.“²⁹⁶ Diese Prozentangaben bestätigte die Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information.²⁹⁷ Auch von den vergebenen Aufträgen für Firmen – im Umfang von 1,7 Milliarden Schilling – würden je die Hälfte auf die Bundeshauptstadt und die anderen Bundesländer entfallen.²⁹⁸ Allenfalls handelte es sich zu 95 Prozent um österreichische Unternehmen.²⁹⁹ Die Dauerarbeitsplätze würden somit in allen Bundesländern die steigenden Arbeitslosenzahlen senken.³⁰⁰ Beim bundesweiten Kampf um die Vollbeschäftigung, handelte es sich um ein zentrales Argument, das auch von der Sozialistischen Gewerkschaft aufgegriffen und auf Flugblättern verbreitet wurde.³⁰¹

Die Bundesländer fühlten sich nicht nur arbeitsmarkttechnisch benachteiligt, auch dass Wien erneut eine prestigeträchtige Institution erhielt, wurde als unfair empfunden. Kreisky argumentierte gegen die Aussage, es würden nur selten Bundeszuschüsse für Großprojekte außerhalb Wiens gewährt werden und nannte als Beispiele unter anderem den allgemeinen Straßenbau, Arlbergtunnel, Pfändertunnel, Mozarteum sowie Festspielhäuser.³⁰² Überhaupt habe der Bund schließlich auch die Salzburger Festspiele und die Innsbrucker Olympiastätten mitfinanziert, hielt Kreisky dagegen, wenn die Bundesländer sich über das Wiener Konferenzzentrum zu echauffieren versuchten.³⁰³

²⁹⁶ Bruno Kreisky: Schreiben an alle Landeshauptmänner, 24.06.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 4.

²⁹⁷ *Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information*: 7 Tatsachen über die UNO-City, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

²⁹⁸ vgl. Bruno Kreisky: Schreiben an alle Landeshauptmänner, 24.06.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 4.

²⁹⁹ *Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information*: 7 Tatsachen über die UNO-City, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

³⁰⁰ vgl. *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³⁰¹ vgl. *Sozialistische Gewerkschafter*: Flugblatt zum Volksbegehren, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁰² vgl. Bruno Kreisky: Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1, 3.

³⁰³ vgl. *Röhrlich* 2006: 281.

Dass einem internationalen Konferenzzentrum mehr Bedeutung als dem Pfändertunnel oder dem Mozarteum zukam, ignorierte der Bundeskanzler, wenn er versuchte die Bauprojekte gegeneinander aufzuwiegen. Auch das Geld, welches durch den Konferenz- und Anschlusstourismus ins Bundesland kam – und Bundesländern mit kleineren Konferenzzentren entzogen wurde – erwähnte er nicht. Nicht verwunderlich war es daher, dass die Stadtparteileitung der ÖVP Bad Ischl sich mit einem offenen Brief an Kreisky wandte, da sie, sollte das Konferenzzentrum in Wien errichtet werden, Sorge um den regionalen Kongresstourismus hatte.³⁰⁴ Ihre Bedenken begründete die Stadtparteileitung damit, dass das Wiener Konferenzzentrum sicher nicht durch internationale Konferenzen ausgelastet werden würde und somit Tagungen, die sonst in den anderen Bundesländern stattgefunden hätte, nach Wien ausgelagert werden würden.³⁰⁵ (Die Frage, ob das ACV ausgelastet sein würde, wurde insbesondere in den Medien breit diskutiert und wird im Kapitel 4.3.1. behandelt.)

Der ÖVP-Bundesratsabgeordnete Schambeck fusionierte die den Föderalismus betreffenden Argumentationslinien, wenn er sagt:

„Auch aus föderalistischer Sicht [ist] dieser Bau nicht begrüßenswert, weil anstelle des Konferenzzentrums, das nur selten benötigt wird, eine Vielzahl an Projekten in den österreichischen Bundesländern, die arbeitsplatzfördernd wären und allen zugute kämen, gebaut werden könnten, für deren Finanzierung aber das Geld fehle.“³⁰⁶

In derselben Aussendung des ÖVP-Pressediensts wurde der SPÖ, ob des Umgangs mit dem Volksbegehren, mangelndes Demokratiebewusstsein vorgeworfen.³⁰⁷ Das oft aufkommende Argument des falschen Demokratieverständnisses in der Debatte um das ACV schmiegte sich gut in jenes der Bundeshauptstadtbevorzugung ein.

³⁰⁴ vgl. *Stadtparteileitung der ÖVP Bad Ischl*: Offener Brief an Kreisky, 18.03.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³⁰⁵ vgl. *Stadtparteileitung der ÖVP Bad Ischl*: Offener Brief an Kreisky, 18.03.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³⁰⁶ *ÖVP-Pressedienst*: Schambeck: SPÖ mangelt es an demokratischen Verständnis, 11.07.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

³⁰⁷ vgl. *ÖVP-Pressedienst*: Schambeck: SPÖ mangelt es an demokratischen Verständnis, 11.07.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

4.1.3. Sicherheitsgarant vs. Sicherheitsrisiko

In den langen Siebzigern wurde die aktive Amtssitzpolitik als Sicherheitspolitik vermarktet:

„Interessanterweise wurde das Narrativ, dass die Ansiedlung internationaler Organisationen der Sicherheit Österreichs diene, damit vor allem in jener Zeit groß, als das Risiko des internationalen Terrorismus in Europa und auch in Wien stieg.“³⁰⁸

So kam es 1975 zur OPEC-Geiselnahme, bei der drei Menschen ums Leben kamen und 1981 wurde Nittel – einstiger Wiener Stadtrat, Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft und des Vereins Wien International – ermordet. Diese Terrorakte trugen zum Negativdiskurs um die Internationalisierung des Landes bei und forderten gleichzeitig die vermehrte Kritik an Kreiskys Nahostpolitik zutage.³⁰⁹

Die gezielte Verfestigung bzw. Reproduktion des Sicherheitsnarrativs stellte für Kreisky zunehmend weniger eine außenpolitische, als vielmehr eine innenpolitische Notwendigkeit dar.³¹⁰ In einem Schreiben an alle Landeshauptmänner erinnerte Kreisky daran, dass es seit dem Staatsvertrag 1955 „die kontinuierliche Politik aller Bundesregierungen gewesen ist, die Niederlassung internationaler Organisationen in Österreich zu fördern.“³¹¹ Ebendiese Ansiedlungspolitik würde nicht nur das Ansehen Österreichs und die Anerkennung der Neutralität erhöhen, sondern auch für verstärkte Sicherheit im Land sorgen, bestätigte die Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information.³¹² Das Konferenzzentrum als Ort der internationalen Begegnung würde eine effizientere und nicht unbedingt teurerer Investition in die Sicherheit des Landes darstellen, so die SPÖ-Argumentation wie sie im folgenden Zitat des Flugblatts (siehe **SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum**) nochmals pointiert wurde:

³⁰⁸ Röhrlich, Knoll 2024: 6.

³⁰⁹ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 6.

³¹⁰ vgl. Röhrlich, Knoll 2024: 6.

³¹¹ Bruno Kreisky: Schreiben an alle Landeshauptmänner, 24.06.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1: 1.

³¹² vgl. *Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information*: 7 Tatsachen über die UNO-City, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

„Ohne Bedenken wollte die ÖVP sechs Milliarden Schilling für Abfangjäger ausgeben. Ein österreichisches Konferenzzentrum kann aber viel mehr zur Stärkung unserer Sicherheit beitragen als teure Abfangjäger.“³¹³

Abgesehen von dem Vergleich der Abfangjäger und/oder Panzerdivisionen mit der Institution des ACVs, verweist die SPÖ auf die internationalen Verpflichtungen, denen sich der Kleinstaat zu stellen hatte, wenn er der Kritik, Österreich sei in Bezug auf den europäischen Staatenschutz ein Trittbrettfahrer, etwas entgegenhalten wolle. Im Zuge dessen findet sich in mehreren SPÖ-Presseaussendungen und Stellungnahmen immer wieder das Argument, Österreich würde sein Versprechen gegenüber der internationalen Gemeinschaft brechen, wenn die Zusicherungen der ÖVP-Alleinregierung nicht eingehalten werden.³¹⁴

Die SPÖ verfasste in der Zeit um das Volksbegehren ganze Zusammenstellungen von alten ÖVP-Zitaten, in welcher Funktionäre der Kreisky-Opposition ein Jahrzehnt zuvor von der sicherheitspolitischen Relevanz der aktiven Amtssitzpolitik und der Wichtigkeit des Einhaltens von internationalen Versprechen berichteten. Beispielsweise zitierte die Sozialistische Korrespondenz 1982 den ÖVP-Pressedienst aus dem Jahr 1975 und erinnerte die Partei an deren Standpunkt „Konferenzzentrum ist Bundesverpflichtung.“³¹⁵

Auch drei Jahre später rühmte Mock die ÖVP dafür, immer für die Ansiedlung internationaler Organisationen aufgrund von sicherheitspolitischen Überlegungen plädiert zu haben.³¹⁶ Die Etablierung Wiens als dritter UN-Stadt entspreche den außenpolitischen Zielsetzungen der ÖVP – die Öffentlichkeit solle die sicherheitspolitische Bedeutung hierbei allerdings auch nicht überschätzen.³¹⁷ Mock argumentierte dabei, mit der Unfähigkeit der Vereinten Nationen, die Souveränität kleiner und mittlerer Länder zu garantieren:

³¹³ *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³¹⁴ vgl. *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³¹⁵ *Sozialistische Korrespondenz*: „Dieses Zentrum sollte gebaut werden“, 08.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³¹⁶ *ÖVP-Pressedienst*, Mock besucht UNO: Volkspartei bekennt sich zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien, 06.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

³¹⁷ *ÖVP-Pressedienst*, Mock besucht UNO: Volkspartei bekennt sich zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien, 06.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

„Es wäre ein schlechter Dienst an der so wichtigen Institution der Vereinten Nationen und eine Verkennung der Realitäten der derzeitigen internationalen Beziehungen, solchen Illusionen nachzulaufen. Die Unabhängigkeit und Souveränität eines Landes muss noch immer primär durch die eigene Sicherheitspolitik gewährleistet werden.“³¹⁸

Der letzte Satz zeigt sehr eindrücklich, wie diametral verschieden die ÖVP- und SPÖ-Perspektivierung auf eine gelungene Außenpolitik ausfiel. Während Kreisky die aktive Amtssitzpolitik als wichtigen Pfeiler effizienter Sicherheitspolitik erachtete, stellte die Etablierung des internationalen Konferenzstandorts für Mock keine österreichische Sicherheitspolitik dar.

In einer Aussendung betonte die SPÖ im April 1982 nochmals eindringlich das Sicherheitsrisiko, welches Österreich qua seiner geopolitischen Lage ausgesetzt wäre:

„Österreich liegt an der Demarkationslinie Europas. Von einer Auseinandersetzung der Supermächte wären wir auf jeden Fall betroffen. Als kleines Land können wir der Kriegsgefahr nur eine Waffe entgegensetzen, die Entspannungspolitik.“³¹⁹

Ebenjene Entspannungspolitik könnte nur fortgeführt werden, wenn das Konferenzzentrum gebaut werden und die UNO-City ihr volles sicherheitspolitisches Potential entfalten könne.³²⁰

4.2 Zivilgesellschaftliche Reaktionen

In einigen Boxen des Kreisky Archivs finden sich persönliche Briefe an das Bundeskanzleramt, die meist direkt an den Bundeskanzler adressiert wurden. Vereinzelt wurde Kreisky als ‚Genosse‘, ‚Freund‘ oder ‚Bruno‘ angesprochen. Das Bundeskanzleramt antwortete auf viele persönliche Briefe im Namen von Kreisky, wobei die Länge der Antworten sich nicht nach der Länge des Briefes, sondern nach dessen Gesinnung richtete: War der*die Verfasser*in für den Bau des ACVs, gab es meist eine kurze, standardisierte Antwort, die sich für den Zuspruch bedankte; kritisierte der*die Verfasser*in den Bau des ACVs, wurde meist eine längere Antwort – die nicht selten mit Studienergebnissen, die den Mehrwert des Vorhabens unterstrichen, versehen war – verfasst.

³¹⁸ *ÖVP-Pressedienst*, Mock besucht UNO: Volkspartei bekennt sich zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien, 06.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

³¹⁹ Sozialistische Partei Österreichs, Tatsachen & Argumente – Konferenzzentrum, April 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³²⁰ vgl. Sozialistische Partei Österreichs, Tatsachen & Argumente – Konferenzzentrum, April 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Wie bereits erwähnt, diente in einigen Fällen das von der SPÖ versandte Flugblatt als Briefpapier, wenn sich Gegner*innen des ACVs an das Bundeskanzleramt richteten. Die meisten der Flugblattbriefe wehrten sich vor allem gegen das Argument, dass 74,26 Prozent nicht am Volksbegehren teilnahmen:

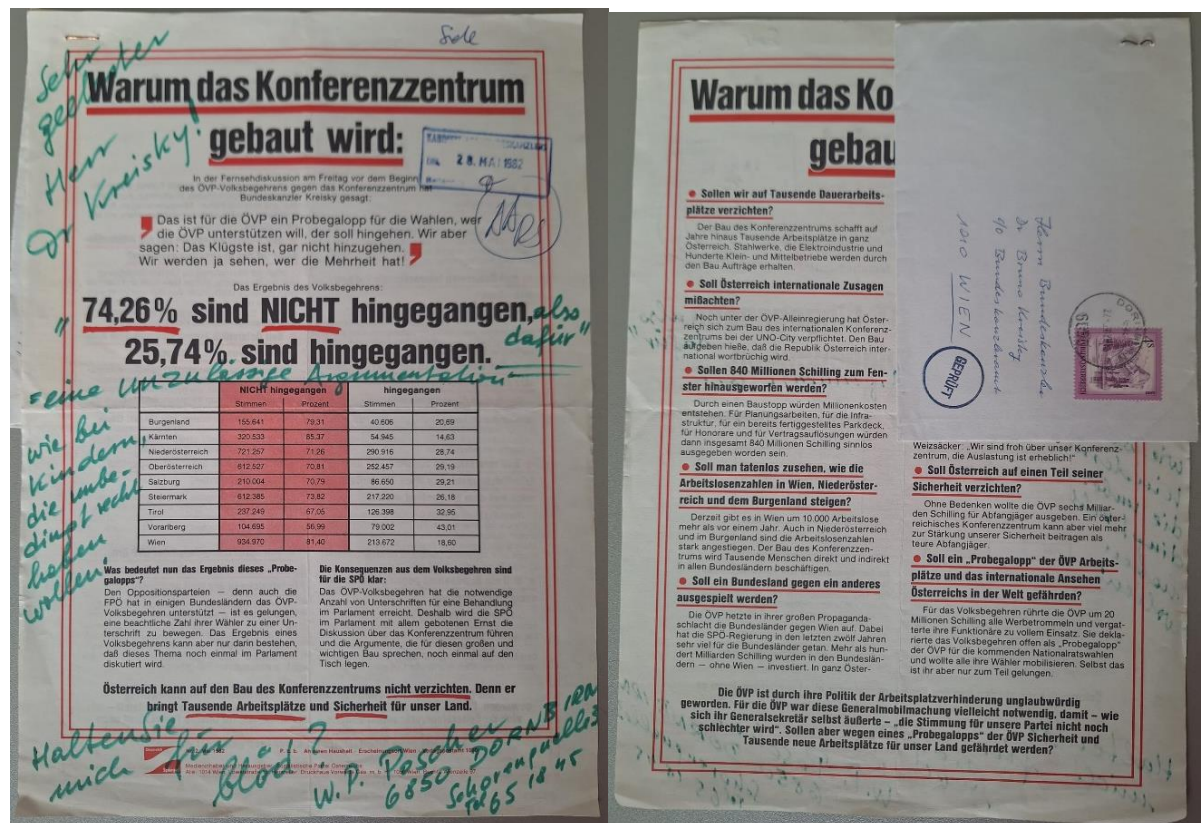


Abb. 2: Persönlicher Brief auf SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum

Der Absender dieses Briefes schreibt, dass 74,26 Prozent das Volksbegehren nicht unterschrieben haben, sei eine „unzulässige Argumentation – wie bei Kindern die unbedingt recht haben wollen“.³²¹ Einige der Flugblätter, die an das Bundeskanzleramt geschickt wurden, hatten lediglich die ‚25,74%‘ unterstrichen, gehighlightet oder eingekreist.

³²¹ W.P.P., Persönlicher Brief, 28.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Während der Verfasser des Briefes (siehe Abb. 2: Persönlicher Brief auf SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum) Name sowie Anschrift preisgibt, finden sich auch zahlreiche anonyme Schreiben in den Boxen des Kreisky Archivs:

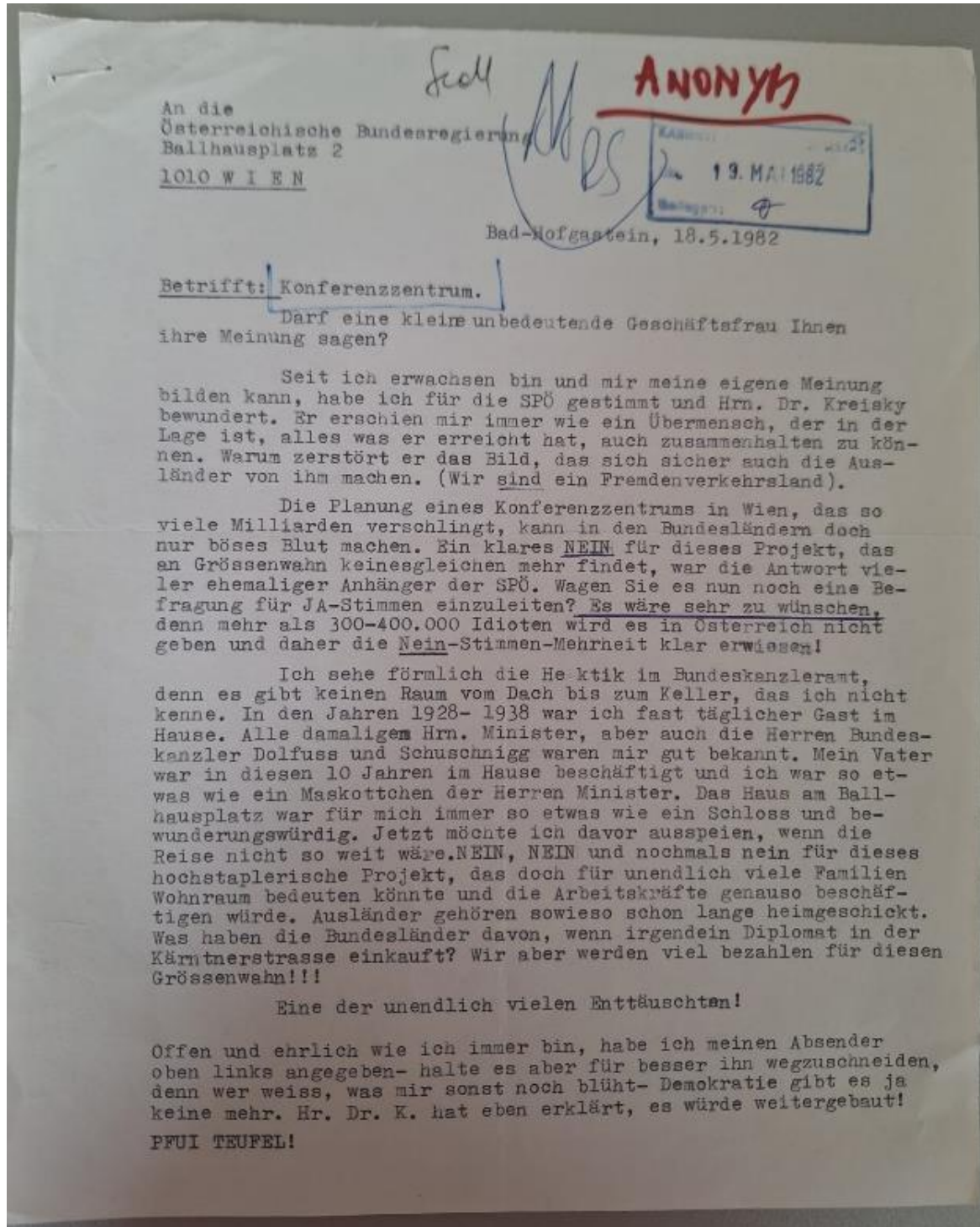


Abb. 3: Anonymer Brief an Kreisky

In diesen Schreiben werden wirtschaftliche sowie sicherheitspolitische Bedenken geäußert und auf die Benachteiligung der Bundesländer verwiesen, weshalb es auch in allen folgenden Unterkapiteln Erwähnung findet.

Die Absenderin dieses Briefes verweist auf sich selbst als ‚kleine unbedeutende Geschäftsfrau‘, die lange Zeit SPÖ-Anhängerin gewesen wäre und der das Bundeskanzleramt – aufgrund der Arbeit ihres Vaters unter Dollfuß und Schuschnigg zwischen 1928 und 1938 – durchaus von innen bekannt gewesen wäre.³²² Obwohl sie einige Details über sich preisgibt, zieht sie es – wie viele andere Kritiker*innen, die einen schärferen Ton wählten, – vor anonym zu bleiben. Dabei begründet sie ihre Anonymität mit Angst vor Konsequenzen, denn „Demokratie gibt es ja keine mehr.“³²³

Generell kann gesagt werden, dass in den zivilgesellschaftlichen Reaktionen das Konferenzzentrum vermehrt als Prestigeprojekt Kreiskys wahrgenommen wird. Dem Bundeskanzler wird Selbstinszenierung bzw. -glorifizierung vorgeworfen, wie es sich beispielsweise in diesem Ausschnitt eines Briefes an ihn zeigt:

„Es entsteht nicht ein notwendiges Konferenzzentrum, sondern ein ganz und gar unnötiges Denkmal für den Bundeskanzler Dr. Kreisky. Ebenso gut könnte man der Bauwirtschaft den Auftrag erteilen, an einem gut sichtbaren Platz eine Kreisky-büste aus Stahlbeton zu errichten, in ähnlicher Größe, wie die New-Yorker Freiheitsstatue. Vielleicht um das Ganze noch einen Park, wo Kinder ‚im Schatten Kreiskys‘ spielen können“.³²⁴

Kreisky wird ein autoritärer Regierungsstil und eine, dazu gut passende, allgemeine Demokratiefeindlichkeit ob des Umgangs mit dem Volksbegehren vorgeworfen.

Der Umgang mit dem Volksbegehren und die Kritik am schwachen politischen Instrument wird logischerweise allen voran in den zivilgesellschaftlichen verlautbart, da die Unterzeichnenden sich nicht gehört bzw. ernst genommen fühlen. In zahlreichen Briefen spiegelt sich der Frust über die selbstempfundene Unmündigkeit wider. Kreisky wird als autoritärer Herrscher über ein

³²² vgl. *Anonym*, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³²³ *Anonym*, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³²⁴ C.N.: Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

handlungsunfähiges Volk imaginiert.^{325 326} Hierbei wird des Öfteren auf Kreisky Starrsinn, welcher mitunter mit seinem zunehmenden Alter assoziiert wird, eingegangen.³²⁷

Eindrucksvoll erscheint, dass zahlreiche Briefschreibende sich als ehemalige SPÖ-Wählende zu erkennen geben. Einen Monat nach dem Volksbegehren erhält Kreisky eine Postkarte von einem solchen „alten, ehrlichen Sozialisten“³²⁸, der sein Vorgehen in der Causa Konferenzzentrum mit dem Hitlers 1938 vergleicht und ihm vorwirft damit „Ausländer die züchten wie die Hasen“³²⁹ ins Land zu holen. Solche rassistischen Ausschreitungen sind nicht selten und finden sich vor allem in der Rubrik der zivilgesellschaftlichen Reaktionen.

4.2.1 Wirtschaftliche Fragestellungen

Wenn auf ökonomische Fragestellungen eingegangen wird, dann wird der Bau des Konferenzzentrums oft mit der Ermangelung an Wohnraum verbunden. Die Schreibenden sprechen sich – à la ÖVP-Argumentation – für eine Aussetzung des ACV-Baus und einen vermehrten Wohnungsbau aus.³³⁰ „NEIN, NEIN und nochmals nein für dieses hochstaplerische Projekt, das doch für unendlich viele Familien Wohnraum bedeuten könnte und die Arbeitskräfte genauso beschäftigen würde.“³³¹, schreibt die anonyme Ex-SPÖ-Wählende in dem persönlichen Schreiben an Kreisky (siehe **Abb. 3: Anonymer Brief an Kreisky**). Sie schneidet in ihrem Ärger auch ein Thema an, das in den Achtzigern immer breiter debattiert wurde: jenes der internationalen Beamt*innen, denn ihrer Meinung nach gehören „Ausländer [...] schon lange heimgeschickt.“³³²

Dass sich die Meinung zu Migrant*innen im Laufe der Achtziger zuspitze, zeigt eine Telefonumfrage der SWS (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft) in Wien aus dem Jahr 1990.³³³ Abgesehen von den internationalen Beamt*innen und den Angestellten internationaler Organisationen, fürchtete sich die immer größer werdende arbeitssuchende Bevölkerung vor den

³²⁵ vgl. C.N.: Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

³²⁶ vgl. Anonym: Postkarte an Kreisky, 03.06.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

³²⁷ vgl. Anonym: Brief an Kreisky, 14.09.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³²⁸ Anonym: Postkarte an Kreisky, 03.06.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

³²⁹ Anonym: Postkarte an Kreisky, 03.06.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

³³⁰ vgl. C.H.: Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³³¹ Anonym, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³³² Anonym, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³³³ Die SWS Rundschau Ausgabe aus dem Jahr 1991 ist auch in den Boxen zum Konferenzzentrum und wurde damit von Kreisky und/oder Mitarbeitenden als relevant im Diskus betrachtet.

Arbeitsmigrant*innen.³³⁴ Interessant ist, dass in der Umfrage 1990 ‚Gastarbeiter‘ und ‚Zuwanderer‘ unterschieden wurden, wobei die ersteren für die befragten Wiener*innen, über alle Fragen hinweg, eine geringere Bedrohung darstellten.³³⁵ Somit spielte bei der Beantwortung der Fragen nicht nur die Angst um den eigenen Arbeitsplatz, sondern auch eine generelle Fremdenfeindlichkeit eine Rolle.

Grundsätzlich ist aus den persönlichen Briefen an den Bundeskanzler eine Vereinheitlichungstendenz in Bezug auf die Zuwandernden zu erkennen. Wenn es um Arbeitsplätze geht, dann haben einige Schreiber*innen sowohl Sorge vor *Gastarbeitern* (die am Bau angestellt wurden), als auch vor Angestellten internationaler Organisationen. Ein sich mit vollem Namen vorstellender Kritiker schreibt beispielsweise, dass die internationalen Organisationen kein Personal mitbringen sollen, „denn der österreichische Arbeiter war immer ein guter Arbeiter.“³³⁶ In seinen Erläuterungen dazu, dass Österreich mit seinen Hilfeleistungen zu weit gehe, vermischt er – mit einer Referenz auf die Genfer Flüchtlingskonvention und die Polenkrise – schließlich Geflüchtete, Gastarbeiter*innen und Angestellte internationaler Organisationen.³³⁷ Dem Schreiben ist eine Antwort aus dem Bundeskanzleramt beigelegt, das sich auf die positiven, wirtschaftlichen Auswirkungen sowie auf die vielen Arbeitsplätze bezieht, die für zahlreiche ostösterreichische Tischler, Elektriker, etc. durch den ACV-Bau geschaffen wurden.³³⁸

Auch die Angst vor Steuererhöhungen ist ein sich wiederholendes Thema in den persönlichen Briefen an den Bundeskanzler.³³⁹ Eine Kritikerin des ACV-Baus bittet Kreisky sogar um einen Kredit für ihr Haus: „Vielleicht könnten Sie einmal einem Österreichischen Staatsbürger helfen, denn Sie haben wiederholt betont, daß Ihnen das Schicksal einzelner Österreicher genauso am Herzen liegt, wie das der gesamten Nation.“³⁴⁰

³³⁴ vgl. *Petritsch* 2010: 301.

³³⁵ vgl. Christian *Haerper*, Der kulturelle Schmelztiegel Wien aus Sicht der Wiener. In: SWS Rundschau 1 (1991) 146.

³³⁶ *F.H.H.*, Persönlicher Brief, 09.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³³⁷ vgl. *F.H.H.*, Persönlicher Brief, 09.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³³⁸ vgl. *F.H.H.*, Persönlicher Brief, 09.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³³⁹ vgl. *C.H.*: Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³⁴⁰ *C.H.*: Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Aus den zivilgesellschaftlichen Reaktionen mit ökonomischem Bezug lässt sich eine Verzweiflung der Unter- und Mittelschicht jener Zeit herauslesen. Die Ölpreiskrise des Jahres 1979 traf auch Österreich, und die Investition in ein Zentrum von und für internationales Publikum stieß der prekären Bevölkerungsschicht, die sich Jahre lang auf Kreiskys Mantra der Vollbeschäftigung verlassen hatte, übel auf. Wenn Kreisky, der 1975 noch den Freedom Award für sein Engagement für Flüchtende erhalten hat, Anfang der Achtziger Österreich im Kontext der polnischen Geflüchteten öffentlich und explizit lediglich als Transitland bezeichnete, dann wird klar, dass er um die zunehmende Fremdenfeindlichkeit wusste und wahrscheinlich auch Angst vor dem Verlust der proletarischen Wähler*innenschicht hatte.³⁴¹

4.2.2 Wien vs. ‚die Bundesländer‘

Briefe von ACV-Kritiker*innen kommen vermehrt aus den anderen acht Bundesländern, nicht aus Wien. Der Brief (siehe **Abb. 3: Anonymer Brief an Kreisky**) der anonymen Ex-SPÖ- Sympathisantin erreichte das Kanzleramt aus Bad Hofgastein (Salzburg). Die Frau schrieb:

„Die Planung eines Konferenzzentrums in Wien, das so viele Milliarden verschlingt, kann in den Bundesländern doch nur böses Blut machen. Ein klares NEIN für dieses Projekt das an Größenwahn keinesgleichen mehr findet, war die Antwort vieler ehemaliger Anhänger der SPÖ.“³⁴²

Wenn die Verfasserin Wörter wie ‚Größenwahn‘ verwendet, so spiegelt sich in ihrer Meinung klar die ÖVP-Argumentationslinie wider. ‚Größenwahn‘, ‚Konferenzpalast‘ sowie ‚Kreisky’sche Gigantonomie‘ waren beliebte Begrifflichkeiten in den regionalen ÖVP-Presseaussendungen und ließen sich gut mit dem Wasserkopfnarrativ Wiens verbinden: In der pompösen Metropole werden Paläste gebaut, während *die Politiker* im zentralistisch-orientierten Wien auf *die kleinen Leut‘* am Land vergessen. Passend dazu fragt die Salzburgerin Kreisky: „Was haben die Bundesländer davon, wenn irgendein Diplomat in der Kärntnerstraße einkauft?“³⁴³

³⁴¹ vgl. *Petritsch* 2010: 303.

³⁴² *Anonym*, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁴³ *Anonym*, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Die Briefe aus der Bevölkerung erwähnen die Vermutung der Bevorzugung Wiens nur rudimentär. Wenn die eigene Benachteiligung thematisiert wird³⁴⁴, dann aber stets in Übereinstimmung mit den politischen Reaktionen der Opposition.

4.2.3 Sicherheitsgarant vs. Sicherheitsrisiko

Sicherheit und Sicherheitspolitik werden in den Reaktionen aus der Zivilgesellschaft nur indirekt angesprochen. In Briefen der Befürworter*innen des ACV-Baus geht es beispielsweise um die österreichische Stellung in der Welt und wie wichtig es ist, prestigeträchtige Monumente in einer Stadt, die internationale Anerkennung erlangen möchte, zu errichten.^{345 346}

Ein Thema, welches allerdings immer mehr Beachtung fand, sind die Migrant*innen (wobei Arbeitsmigrant*innen des Billiglohnsektors und internationale Beamt*innen in den Briefen aus der Bevölkerung kaum differenziert wahrgenommen wurden), welche einige Österreicher*innen als Sicherheitsrisiko einstufen. Aus der Telefonumfrage der SWS 1990 geht unter anderem hervor, dass:

- 25 Prozent der Befragten Zuwandernde als Bedrohung wahrnehmen,
- 36 Prozent der ÖVP-Sympathisant*innen sich vor Zuwandernden fürchten und
- 15 Prozent eine vollständige Assimilation der Migrant*innen befürworten.³⁴⁷

Migrant*innen und kulturelle Attribute, die diesen zugeschrieben werden, wurden demnach von vielen Wiener*innen als bedrohlich empfunden. Die Briefe aus den anderen Bundesländern lassen vermuten, dass es sich bei dieser zunehmenden Fremdenfeindlichkeit um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt(e).

Interessanterweise finden die terroristischen Attentate – welche von der Opposition mit Kreiskys aktiver Neutralitäts- bzw. Sicherheitspolitik in Verbindung gebracht wurden – keinerlei Erwähnung in den Briefen aus der Zivilgesellschaft.

³⁴⁴ Briefe von Wiener*innen, die den Konflikt aufmachen, gibt es keine im Archivbestand.

³⁴⁵ vgl. L.M.: Brief an Kreisky, 13.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

³⁴⁶ vgl. H.W., Brief an Kreisky, 12.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁴⁷ vgl. Christian Haerpfer, Der kulturelle Schmelztiegel Wien aus Sicht der Wiener. In: SWS Rundschau 1 (1991): 146-147.

Im Großen und Ganzen gibt es über die drei ausgewählten Argumentationslinien hinweg vergleichsweise wenige Schreiben von Befürworter*innen. Diese sind eher kurz gehalten und sprechen lediglich Anerkennung und/oder Dank aus.

Die von mir angeführten persönlichen Briefe stammen alle aus dem Frühjahr 1982 und damit aus der Zeit um das Volksbegehren. Genauso wie die medialen, nehmen die zivilgesellschaftlichen Reaktionen auch auf die internationalen Beamt*innen Bezug und bestätigen deren Sorgen um rassistische Ressentiments in der österreichischen Bevölkerung.

4.3. Mediale Reaktionen

Pressereaktionen machen das Groß der Archivalien, in den von mir betrachteten Boxen, aus. In den verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften kommen diverse Journalist*innen mit genauso diversen Argumentationen zu Wort. Der allgemeine Tenor ändert sich abhängig von Zeitung und Zeit.

Auch die Themen, über die berichtet wurde, sind sehr vielfältig: Beispielsweise finden sich zahlreiche Pressereaktionen zur UNO-City sowie zum Leben der internationalen Beamt*innen im Allgemeinen, aber auch zur Debatte um den Vorwurf der ‚Schiebung‘ bzw. Bevorzugung des Architekten Staber und zu den Diskrepanzen zwischen Mock und Kreisky.

Zeitungen und Zeitschriften stellen in der Zeit der hitzigen Debatte zentrale Institutionen – mit denen politische Akteur*innen umzugehen haben – dar. Sie reproduzieren und bilden Meinungen, welche das Wahlverhalten beeinflussen und damit ist ihnen in einer Demokratie damit eine gewisse Macht inhärent. Um diese Macht wissen sie auch, wenn Kreisky 1974 beispielsweise darüber informiert wurde, dass der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Friedrich König dem Profil „alle negativen Passagen der Rechnungshofprüfung [bezüglich des ACV-Baus] zugespielt hat.“³⁴⁸ Die Zeitschrift wolle nächste Woche damit herauskommen, wäre allerdings um objektive Darstellung bemüht und hätte daher gerne Einblick in die positiven Passagen.³⁴⁹ Solche Briefe zwangen die

³⁴⁸ *Anonymous*: Information an den Bundeskanzler, 30.01.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

³⁴⁹ vgl. *Anonymous*: Information an den Bundeskanzler, 30.01.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

Adressierten zum Handeln und Kreisky – der nicht umsonst als der Medienkanzler betitelt wurde – reagierte schnell.

Gehen die Stellungnahmen und Presseaussendungen – und allgemein jene Quellen, die ich dem Spektrum ‚Politik‘ zugeordnet habe – wenig bis kaum auf die Menschen, die das ACV nach Wien bringen werde, ein, haben die Pressereaktionen diese ganz klar als Thema, über das es sich zu berichten lohnt, erkannt.

Über VIC und ACV wurde national und international berichtet. Da es sich diese Arbeit allerdings zur Aufgabe gemacht hat, die Argumentationslinien zum Bau des Konferenzentrums im Kontext der damaligen politischen und wirtschaftlichen Situation herauszuarbeiten, wird der Diskurs, wie er in den zwei bedeutendsten Tageszeitungen, welche als Sprachrohre der Regierungs- bzw. Oppositionsparteien verstanden werden können, stattgefunden hat, analysiert:

1. Die *AZ (Arbeiter-Zeitung)* gibt es heute nicht mehr, war aber von 1889 bis 1991 (mit Unterbrechung von 1938 bis 1945) das mediale Sprachrohr der österreichischen Sozialdemokratie.
2. Die *Presse*³⁵⁰ hat eine traditionell bürgerliche sowie christlich-konservative Leser*innenschaft und steht der ÖVP nahe.

Beide Tageszeitungen schrieben häufig über den Konflikt rund um den ACV-Bau, wobei die AZ der UNO-City auch eine Sonderausgabe widmete.³⁵¹ Die AZ steht der SPÖ eindeutig näher, als die Presse der ÖVP, allerdings hat(te) die ÖVP keine Parteizeitung in der Art wie die AZ eine war. Dass die AZ eine klassische Parteizeitung war, wird beispielsweise klar, wenn die Zeitung das von der Partei abgelehnte Rundfunkvolksbegehren im Jahr 1964 – mit rund 830 000 Unterzeichner*innen – und damit das erste Volksbegehren in der Geschichte der Zweiten Republik, mit keinem Wort erwähnt.³⁵² Die Presse stand der ÖVP zwar nahe, veröffentlicht aber durchaus auch den Bau unterstützende – und damit dem ÖVP-initiierten Volkbegehren eventuell schadende – Artikel.

³⁵⁰ Von nun an wird die Zeitschrift ‚die Presse‘ nur ‚Presse‘ genannt.

³⁵¹ vgl. AZ, UNO-City: Unser Tor zur Welt steht jetzt offen, 23.08.1979, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

³⁵² vgl. Petritsch 2010: 152-153.

Im Folgenden werden die Pressereaktionen der beiden Zeitungen aus dem Jahr 1978 (Jahr vor der feierlichen Übergabe der UNO-City) sowie aus dem Jahr 1982 (dem Jahr des Volksbegehrens) untersucht, da es in beiden Jahren vermehrt zu medialen Reaktionen gekommen ist, die für zugrundeliegende Fragestellungen der Arbeit relevant sind.

4.3.1 Wirtschaftliche Fragestellungen

Die AZ schrieb – den politischen Reaktionen aus derselben Zeit entsprechend – über Finanzierungspläne sowie Auslastung und arbeitsökonomische Vorteile durch den weiteren Ausbau der UNO-City. Jede Einsparung und jeder neu geschaffene Arbeitsplatz wird als Erfolg gefeiert. Anfang des Jahres 1978 titelte die AZ ‚UNO-City billiger als geplant‘ und der IAKW-Direktor Gerhard Puschmann sprach von einer Einsparung von 900 Millionen.³⁵³ Die Presse zitierte ebenfalls Puschmann, wenn sie schrieb, dass das internationale Konferenzgebäude – nicht zu verwechseln mit dem damals noch in der Planung befindlichen ACV, das nicht zum VIC zählt, – noch 1979 fertiggestellt wird.³⁵⁴ Die Einsparung von 900 Millionen wurde in der ÖVP-nahen Presse, ob der Tatsache, dass der österreichische Steuerzahler „nur“ etwa 12 Milliarden Schilling auf den Altar der UN legen müsse“³⁵⁵ als kleiner Erfolg betrachtet.

Um sich gegen das Argument, die internationalen Unternehmen würden ihre Angestellten alle mitbringen und daher gäbe es keine Arbeitsplätze für die ansässige Bevölkerung, zu wehren, verweist die AZ auf Aussagen des UNO-Botschafters Jankowitsch, der meinte die Hälfte der Einzustellenden würden Österreicher*innen sein.³⁵⁶ Verwaltungspersonal sowie technisches Personal würde sowieso in der Wiener Bevölkerung rekrutiert werden und die Angestellten, welche von den einzelnen Organisationen mitgebracht werden, würden für die heimische Ökonomie einen wirtschaftlichen Mehrwert generieren, da sie den Großteil ihres Gehalts in

³⁵³ vgl. AZ, UNO-City billiger als geplant. Kreisky: Bedeutung auch für Österreichs Zahlungsbilanz, 12.02.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁵⁴ vgl. *Die Presse*, Mit der UNO-City am Puls der Vereinten Nationen, 31.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁵⁵ *Die Presse*, UN-City etwas billiger als zuerst befürchtet, 13.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁵⁶ vgl. AZ, UNO-City billiger als geplant. Kreisky: Bedeutung auch für Österreichs Zahlungsbilanz, 12.02.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Österreich ausgehen werden würden.^{357 358} Es scheint der AZ von Beginn an ein Anliegen gewesen zu sein, die österreichische Bevölkerung mit der internationalen Gemeinschaft zu versöhnen. Dabei war wichtig zu betonen, dass niemand einem Österreicher bzw. einer Österreicherin Arbeitsplätze wegnehmen würde und die Neuankommenden die regionale Wirtschaft ankurbeln.

Hatte die Bevölkerung teilweise Angst, der UNO-City Ausbau würde zu viele Menschen ins Land bringen, stellte die Nichtauslastung der Gebäudekomplexe eine Sorge dar, auf welche sowohl Presse als auch AZ beschwichtigend reagierten. Die AZ versicherte in mehreren Artikeln, dass die UNO-City voll ausgelastet sein werde.^{359 360} Konträr zum ÖVP-Tenor veröffentlichte die Presse im Frühjahr 1978 einen Artikel, in welchem sie Thomas Klestil, der von einer vielversprechenden jährlichen Wachstumsrate von drei bis fünf Prozent ausging, zitierte.³⁶¹ Die Prognose der Vollausslastung stellte, laut Presseartikel, für Klestil und den ebenfalls interviewten Wiener Bürgermeister Gratz einen weiteren Grund dar, das österreichische Konferenzzentrum zu bauen.³⁶² Überraschend ist, dass AZ und Presse beim Thema der (Nicht-)Auslastung mit den SPÖ-Presseaussendungen, -Gutachten und -Stellungnahmen d'accord gingen.

Zwei Monate vor dem Volksbegehren, am 24. Mai 1982, titelte die AZ *„Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze“*. In dem Artikel explizierte die SPÖ-Parteizeitung den Lesenden die arbeitsmarktpolitischen Effekte, welche durch eine Milliarden Schilling aus der öffentlichen Hand generiert werden würden im Detail.³⁶³ Der Vorstand des volkswirtschaftlichen Büros der Nationalbank Herbert Danzinger, der für den AZ-Artikel interviewt wurde, erklärte, dass die Bauwirtschaft einen Anteil von 7,3 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hatte und 8,9 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich in der Bauwirtschaft arbeiteten.³⁶⁴ Die

³⁵⁷ vgl. AZ, Ausnutzung der UNO-City gesichert, 17.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁵⁸ vgl. AZ, UNO-City billiger als geplant. Kreisky: Bedeutung auch für Österreichs Zahlungsbilanz, 12.02.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁵⁹ vgl. AZ, UNO-City füllt sich: UNRWA-Zentrale nach Wien, 14.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁶⁰ vgl. AZ, Ausnutzung der UNO-City gesichert, 17.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁶¹ vgl. *Die Presse*, UN errichten Zentralbüro in Wien. „City ist spätestens 1983 voll besetzt“, 10.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁶² vgl. *Die Presse*, UN errichten Zentralbüro in Wien. „City ist spätestens 1983 voll besetzt“, 10.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁶³ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁶⁴ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

österreichische Ökonomie profitierte dementsprechend von Investitionen, die der Bauindustrie zu Gute würden. Der ACV-Bau würde keine sofortige, aber eine kontinuierliche Beschäftigungswirkung haben und einen beachtlichen Beitrag für die Vollbeschäftigung in Österreich leisten, so Danzinger zur AZ.³⁶⁵ Ein weiterer positiver Effekt auf die nationale Ökonomie war die Tatsache, dass es sich beim Konferenzzentrum – im Gegensatz zum Bau einer staatlichen Institution, wie beispielsweise einer Schule, – um ein devisenproduktives Projekt handelte: Österreich verdiene mit dem ACV Fremdwährung, mit welcher Importe bezahlt werden können, führt Danzinger weiter aus.³⁶⁶ Zudem könne Österreich zur Zeit auch nicht auf den, durch das Konferenzzentrum generierten, Kongresstourismus verzichten.³⁶⁷ Die nationale – und nicht nur die regionale – Fremdenverkehrswirtschaft würde davon profitieren, dass durch den Anschlusstourismus einige Konferenzteilnehmende auf das Urlaubsland Österreich aufmerksam werden würden.³⁶⁸

Die AZ verwies auf Angaben des Außenministeriums und des Statistischen Amtes der Stadt Wien, die im Jahr 1980 einen Zufluss von 1,6 Milliarden Schilling für die Wiener Wirtschaft aufgrund Tätigkeiten internationaler Organisationen berechneten.³⁶⁹ Pro internationaler Beamt*in oder Angestellte*r sei mit einer jährlichen Ausgabenquote von 401 000 Schilling zu rechnen.³⁷⁰ Die internationale Strukturveränderung (internationales, konsumfreudiges Personal, Ausbau der Infrastruktur, etc.) ließ – der Arbeiter-Zeitung zufolge – die Wiener Wirtschaft kontinuierlich wachsen.³⁷¹ Wenn ÖVP und Presse dieses Wachstum abstritten, dann nur um der SPÖ als Regierungspartei zu schaden, so die AZ-Meinung.³⁷² Der Artikel konkludiert mit dem folgenden Apell zum Weiterbauen:

„Kein noch so demagogisches Volksbegehren enthebt die Regierenden dem Auftrag, zu regieren. Die Wähler wählen eine Regierung, damit sie in ihrem Interesse Entscheidungen trifft. Das ÖVP-Volksbegehren mit seiner Desinformation der Bevölkerung, ist keine Erweiterung, sondern eine

³⁶⁵ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁶⁶ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁶⁷ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁶⁸ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁶⁹ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁰ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷¹ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷² vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Einschränkung der Demokratie. Wir sollten daher dieses ÖVP-Spektakel weiters nicht beachten und das weitertun, das notwendig ist – das Konferenzzentrum bauen.“³⁷³

Etwa zur selben Zeit veröffentlichte die Presse einen Artikel, in dem die Finanzierung des Konferenzzentrums in Frage gestellt wurde.³⁷⁴ Obschon die Einsparung von 900 Millionen Schilling Erwähnung fand, seien vor allem die Betriebskosten – die im Gegensatz zu den internationalen Teilen der UNO-City von Österreich selbst zu zahlen wären – eine große Unbekannte.³⁷⁵ Besonders die arabische Mitfinanzierung wurde kritisiert, denn die Staaten würden nicht aus bloßer Liebe zum neutralen Staat Österreich besseren Konditionen als sonst zustimmen.³⁷⁶ Die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des ACVs waren für die Presse groß genug, als dass die Forderung des Baustopps gerechtfertigt sei.³⁷⁷ Die Redaktion merkte gleichzeitig an, dass nur ein sofortiger Baustopp einen riesigen Verlust à la Zwentendorf verhindern könnte.³⁷⁸ Hauptargumente gegen den ACV-Bau waren laut Presse:

1. Der Bau trage nichts zu eine Strukturverbesserung der nationalen Wirtschaft bei,
2. Mittel- und Kleingewerbe würden wenig von dem Bau profitieren,
3. genauso wie wirtschaftliche Problemregionen (wozu Wien nicht zähle)
4. und zudem sei die Beschäftigungsauswirkung verschwindend gering.³⁷⁹

In derselben Presse-Ausgabe wurde die politische Inszenierung der Konferenzzentrumsdebatte thematisiert.³⁸⁰ Sowohl SPÖ-Funktionäre als auch ÖVP-Funktionäre wurden zitiert, wobei erstere hinter dem Volksbegehren nichts weiter als einen Probegalopp für die Nationalratswahlen

³⁷³ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁴ vgl. *Die Presse*, Die große Unbekannte jenseits der Donau. Das Konferenzzentrum zwischen bewegter Geschichte und umstrittener Finanzierung, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁵ vgl. *Die Presse*, Die große Unbekannte jenseits der Donau. Das Konferenzzentrum zwischen bewegter Geschichte und umstrittener Finanzierung, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁶ vgl. *Die Presse*, Die große Unbekannte jenseits der Donau. Das Konferenzzentrum zwischen bewegter Geschichte und umstrittener Finanzierung, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁷ vgl. *Die Presse*, Die große Unbekannte jenseits der Donau. Das Konferenzzentrum zwischen bewegter Geschichte und umstrittener Finanzierung, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁸ vgl. *Die Presse*, Die große Unbekannte jenseits der Donau. Das Konferenzzentrum zwischen bewegter Geschichte und umstrittener Finanzierung, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁷⁹ vgl. *Die Presse*, Schlüssel-Argumente gegen UN-Zentrum. „Kleine kommen nicht zum Zug“, 04.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁸⁰ vgl. *Die Presse*, Konferenzzentrum: Immer härterer Schlagabtausch der Großparteien, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

vermuteten und zweitens negierten, dass es sich um eine Parteiaktion handle.³⁸¹ Die ÖVP betonte die Überparteilichkeit des Volksbegehrens: Jede Stimme sei eine Stimme *gegen* Fehlinvestitionen und nicht *für* die Volkspartei.³⁸² Bei positivem Ausgang des Volksbegehrens wäre, laut Mock, auch eine Meinungsänderung der SPÖ nicht auszuschließen.³⁸³

Dass es sich bei dieser Aussage um reines Wunschdenken handelte, war wohl auch Mock klar. Die ÖVP-Spitze konnte das Thema allerdings auch nach Kreiskys wiederholten Zusagen zum Weiterbau nicht loslassen. 1983, ein Jahr nach dem Volksbegehren, vermutete ÖVP-Landeshauptmann Josef Ratzenböck hinter einer geplanten SpARBuchsteuer gar eine verdeckte Finanzierung des Konferenzzentrums.³⁸⁴ Nach den Nationalratswahlen am 24. April 1983 wurde das Thema schließlich auch von der ÖVP von der politischen Agenda gestrichen.

4.3.2 Wien vs. ‚die Bundesländer‘

Obwohl auch die Presse regelmäßig über wichtige regionale Entwicklungen in den verschiedenen Bundesländern berichtete, gab es keine spezifische Lokalausgaben für einzelne Bundesländer, wie sie zum Beispiel bei der Arbeiter-Zeitung existierten. Obwohl die Berichterstattung zentral aus Wien gesteuert wurde, war es die Presse, die sich im Hinblick auf den ACV-Bau für die anderen acht Bundesländer einsetzte und der SPÖ – allen voran Kreisky – indirekt Lokalpatriotismus unterstellte. Dass die AZ auf den Vorwurf, der der SPÖ gemacht wurde, reagieren wollte, wird ersichtlich, wenn sie berichtete, dass fast alle größeren Baufirmen Österreichs Aufträge für den weiteren Ausbau der UNO-City erhalten hatten.³⁸⁵

Wie sehr der SPÖ vorgeworfen wurde, nur für Wiener*innen Politik zu machen, zeigte sich, als der ÖVP-Politiker Günther Goller das Rathaus – im Zuge der Landtags- und Gemeinderatswahl 1978 –

³⁸¹ vgl. *Die Presse*, Konferenzzentrum: Immer härterer Schlagabtausch der Großparteien, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁸² vgl. *Die Presse*, Konferenzzentrum: Immer härterer Schlagabtausch der Großparteien, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁸³ vgl. *Die Presse*, Konferenzzentrum: Immer härterer Schlagabtausch der Großparteien, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁸⁴ *ÖVP-Pressedienst*: SpARBuchsteuer für den Bau des Konferenzzentrums in Wien, 11. Jänner 1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

³⁸⁵ vgl. *AZ*, UNO-City billiger als geplant. Kreisky: Bedeutung auch für Österreichs Zahlungsbilanz, 12.02.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

als eine Geschäftsstelle der Löwelstraße (SPÖ-Bundesgeschäftsstelle) bezeichnete und der SPÖ damit indirekt ein Demokratiedefizit vorwarf.³⁸⁶

Obschon die Sozialist*innen ihre ländliche, proletarische Wähler*innenschaft mit diversen AZ-Artikel von ihrer föderalistischen Haltung überzeugen wollten, war ihnen die Relevanz der Wiener Wählenden durchaus bewusst. Die Thematisierung des Wiener sozialen Wohnbaus von Seiten der ÖVP brachte die AZ 1978 dazu zu titeln: „Den Wohnbau gibt’s bei der VP nicht.“³⁸⁷ Der Artikel war eine Reaktion auf die Wiener ÖVP, welche – wenn es um den Ausbau der UNO-City ging – gerne die Wohnungen, die mit demselben Geld finanziert werden könnten, anführte.³⁸⁸

Kurz vor dem Volksbegehren ging die Presse nochmals auf den Bundesländerkonflikt ein. Der Grazer SPÖ-Politiker Stoiser hatte in seiner Rede vor dem Bundesrat seine Befürchtung bezüglich steigender Rivalitäten zwischen Wien und den restlichen Bundesländern mitgeteilt.³⁸⁹ Das Konferenzzentrum würde, entgegen mancher Stimmen aus ‚den Ländern‘, nicht nur für Wien, sondern für ganz Österreich von Vorteil sein.³⁹⁰ Auch von Seiten der Wiener SPÖ wurde der gesamtgesellschaftliche Nutzen des ACV-Projekts hervorgehoben: „Wer den Abstimmungslokalen fernbleibe, zeige damit auch daß ihm ein Konferenzzentrum für Österreichs Sicherheit lieber sei als Abfangjäger für das Bundesheer.“³⁹¹ Diesem pazifistischen Argument hielt die steirische ÖVP-Kollegin Stoisers Kalnoky – die Sorge der Bundesländer zuspitzend – entgegen: „Wir wenden uns gegen den Wiener Imperialismus, wir Länder sind keine Kolonien Wiens, die nur Tribut zahlen können.“³⁹²

Um der Wiener SPÖ aufzuzeigen, dass nicht nur ‚die Länder‘ gegen das Bauprojekt in Kagran waren, veröffentlichte die Presse Ergebnisse einer repräsentativen Wien-Umfrage, aus welcher

³⁸⁶ vgl. AZ, Den Wohnbau gibt’s bei der VP nicht, 27.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁸⁷ AZ, Den Wohnbau gibt’s bei der VP nicht, 27.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁸⁸ vgl. AZ, Den Wohnbau gibt’s bei der VP nicht, 27.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁸⁹ vgl. *Die Presse*, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁹⁰ vgl. *Die Presse*, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁹¹ *Die Presse*, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁹² *Die Presse*, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

hervorging, dass 59 Prozent der Wiener*innen gegen den ACV-Bau waren.³⁹³ Die Zahlen seien als ‚extreme Ablehnung‘ zu deuten, da die SPÖ in der Bundeshauptstadt über eine starke Mehrheit von 58 Prozent verfügte.³⁹⁴ Die übliche Parteipolarisierung war dennoch eindeutig: „Klar gegen den Bau sind alle Nichtsozialisten – allen voran die VP-Anhänger (95 Prozent).“³⁹⁵

Interessant ist, dass sich die FPÖ bundeslandübergreifend nicht einig war.³⁹⁶ Der Grund dafür war aber kein inhaltliches Problem mit dem Volksbegehren oder dem ACV-Bau, sondern dass die oberösterreichische FPÖ durch das Volksbegehren eine verbesserte Ausgangsposition für die Volkspartei bei den Nationalratswahlen mutmaßte.³⁹⁷ Diese Überlegung zeigt eindrücklich, wie wenig es um das Konferenzzentrum beim Volksbegehren gegen ebenjenes tatsächlich ging. In sämtlichen Argumentationslinien, wie der der oberösterreichischen ÖVP, finden sich Anhaltspunkte die auf die machpolitische Basis des Konflikts hindeuten.

4.3.3 Sicherheitsgarant vs. Sicherheitsrisiko

In der AZ verteidigte der österreichische UNO-Botschafter Jankowitsch den Ausbau der UNO-City mit der damit generierten geopolitischen Macht.³⁹⁸ Auch die Presse verwies auf die besondere geographische Lage Wiens und die damit einhergehende Vermittlerinnenrolle, die der Stadt zukam.³⁹⁹ Österreich würde sowohl in Bezug auf die internationale Abrüstung, als auch bei Menschenrechtsfragen eine zentrale Rolle spielen.⁴⁰⁰

³⁹³ vgl. *Die Presse*, 59 Prozent gegen UN-Zentrum. Wiener verärgert über Kreisky, 16.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁹⁴ vgl. *Die Presse*, 59 Prozent gegen UN-Zentrum. Wiener verärgert über Kreisky, 16.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁹⁵ *Die Presse*, 59 Prozent gegen UN-Zentrum. Wiener verärgert über Kreisky, 16.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

³⁹⁶ vgl. *Die Presse*, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁹⁷ vgl. *Die Presse*, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

³⁹⁸ vgl. AZ, UNO-City billiger als geplant. Kreisky: Bedeutung auch für Österreichs Zahlungsbilanz, 12.02.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

³⁹⁹ vgl. *Die Presse*, UN errichten Zentralbüro in Wien. „City ist spätestens 1983 voll besetzt“, 10.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴⁰⁰ vgl. *Die Presse*, Einzug in die UN-City erst ab Sommer 1979, 04.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

Ging die Presse ohne Umschweife auf den sicherheitspolitischen Faktor des Konferenzentrums ein, schrieb die AZ über die Fremdwahrnehmung Wiens und wie wichtig es sei, das eigene Ansehen weiter auszubauen. Die internationale Gemeinschaft habe ein positives, gemütliches und sozialen-engagiertes Bild von der österreichischen Hauptstadt.⁴⁰¹ „In einer oft gefühlkalten, rationalisierten Welt sind viele Menschen auf der Suche nach Wärme und Geborgenheit.“⁴⁰² – und diese finden ebenjene Menschen in Wien, so der Tenor eines 1978 erschienenen AZ-Artikels, welcher es sich zum Ziel gesetzt hatte, die Wiener Stadtaußenpolitik zu loben. Auch dass Wien zur Weltkongressstadt 1973 ernannt wurde, sollte ein Ansporn sein die Internationalisierung der österreichischen Hauptstadt voranzutreiben, so die zitierte Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner.⁴⁰³ Wien würde „das Zentrum aller wissenschaftlich-technischen Aktivitäten der Vereinten Nationen werden“⁴⁰⁴, womit der Bundeshauptstadt eine zentrale Aufgabe in der internationalen Politik zuteilwürde, so Botschafter Jankowitsch.⁴⁰⁵

Der Sorge um die vermehrte Zuwanderung durch internationale Beamt*innen und Angestellte, entgegnete der Direktor des UN-Koordinationsbüro, dass Wien groß genug sei, um eine Vielzahl an internationalen Beamt*innen und Angestellte zu beherbergen.⁴⁰⁶ Erstens hätte sich das schon durch die Ansiedlung der IAEO und UNIDO gezeigt, zweitens sah er keinen Qualitätsunterschied in der Infrastruktur im Vergleich zu anderen Städten wie Rom oder Brüssel.⁴⁰⁷ Die Tageszeitung *Presse* sorgte sich dennoch um die Unterbringung der Neuankömmlinge – und deren „UNO-Gschrappen.“⁴⁰⁸ Von den SPÖ-Versprechungen eigener Kindergärten, Friseure, Schulen und Geschäften sei nur die internationale Schule umgesetzt worden.⁴⁰⁹ Die Etablierung einer eigenen

⁴⁰¹ vgl. AZ, Die Welt sieht Wien positiv. Als Kongreßstadt an der Spitze, 31.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

⁴⁰² AZ, Die Welt sieht Wien positiv. Als Kongreßstadt an der Spitze, 31.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

⁴⁰³ vgl. AZ, Die Welt sieht Wien positiv. Als Kongreßstadt an der Spitze, 31.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

⁴⁰⁴ vgl. *Die Presse*, Mit der UNO-City am Puls der Vereinten Nationen, 31.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴⁰⁵ vgl. *Die Presse*, Mit der UNO-City am Puls der Vereinten Nationen, 31.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴⁰⁶ vgl. *Die Presse*, Countdown für die UN-City. Uebersiedlung nach Generalstabsplan, 07.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴⁰⁷ vgl. *Die Presse*, Countdown für die UN-City. Uebersiedlung nach Generalstabsplan, 07.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴⁰⁸ *Die Presse*, UNO-City öffnet, der Kindergarten schließt. Kein Platz für Diplomatenprüflinge?, 28.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴⁰⁹ vgl. *Die Presse*, UNO-City öffnet, der Kindergarten schließt. Kein Platz für Diplomatenprüflinge?, 28.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Infrastruktur für die Beamt*innen und Angestellten der internationalen Organisationen sei notwendig, aber teuer, so der Tenor des Presseartikels aus dem Winter 1978 – ein paar Monate vor der feierlichen Übergabe der UNO-City.⁴¹⁰

Das Thema der Integration der internationalen Gemeinschaft riss bis 1982 nicht ab. Kurz vor dem Volksbegehren widmete sich ein Artikel in der AZ dem Potential, welches die Zusammenkunft von „ausländischen Eliten und dem Kulturleben Wiens“⁴¹¹ mit sich bringen würde. Die Anwesenheit internationaler Eliten hätte laut Arbeiter-Zeitung für Wien einen politischen, ökonomischen sowie kulturellen Mehrwert.⁴¹² An die SPÖ-Wähler*innenschaft appellierte die Zeitung: „Trösten wir uns damit, daß noch nie etwas wirklich Großes geschaffen wurde, worüber nicht die politischen und medialen Spießbürger mit größter Erbitterung hergefallen wären.“⁴¹³ Die internationale Community sei, entgegen der ÖVP- und Presse-Meinung, jeden Schilling wert.⁴¹⁴

Exkurs: Vorwurf der ‚Kindesweglegung‘:

Ein Diskurs der 1978 in beiden Zeitungen viel Platz einnahm, war jener der ‚Kindesweglegung‘. In mehreren AZ-Artikeln wurde der ÖVP immer wieder ‚Kindesweglegung‘ nachgesagt, da die Alleinregierung unter Klaus das Großprojekt UNO-City – mit dem Wissen welche sicherheitspolitische Relevanz es haben werde – startete, um es dann während der SPÖ-Alleinregierung zu verteufeln.⁴¹⁵ Die AZ warf der ÖVP mit folgenden Worten absichtliche Demagogie vor: „[W]enn sich das Kind gemausert hat, entdecken ÖVP-Politiker ihre später Liebe, was bei der UNO-City [...] der Fall war.“⁴¹⁶

Viel Aufsehen erregte daher auch das offizielle Bekenntnis Mocks zur UNO-City kurz vor deren Eröffnung. Obschon den AZ-Autor*innen zuzustimmen ist, dass die ÖVP mit der Anerkennung eine späte Wendung – wohl auch aufgrund der naheliegenden UNO-City

⁴¹⁰ vgl. *Die Presse*, UNO-City öffnet, der Kindergarten schließt. Kein Platz für Diplomatenstäbchen?, 28.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴¹¹ AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

⁴¹² vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

⁴¹³ AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

⁴¹⁴ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

⁴¹⁵ vgl. AZ, UNO-City: Der Kindesweglegung folgt später Liebe der ÖVP, 11.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴¹⁶ AZ, UNO-City: Der Kindesweglegung folgt später Liebe der ÖVP, 11.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Eröffnung – vollzogen hatte, ließ sie Mocks weitere Ablehnung des Narrativs ‚Amtssitzpolitik wäre Sicherheitspolitik‘ außen vor.^{417 418}

In dem Kontext interessant ist ein in der Presse erschienener Artikel mit dem Titel ‚*Mocks Versöhnungsversuch*‘, in welchem der erste Besuch, des wohl am lautesten gegen das ACV argumentierenden ÖVP-Politikers dokumentiert wurde:

„Am Mittwoch besuchte der neue Klubchef Alois Mock die Superbaustelle als erster VP-Mandatar seit dem Jahre 1974 [...]. Nach dem jahrelangen Geschimpfe der Opposition, den antisemitischen Zwischenrufen von Anno dazumal, dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß und einer kurzfristigen ‚Eiszeit‘ zwischen den Großparteien wahrlich ein Gang in die ‚Höhle des Löwen.‘ [...] Die Regie hätte gar nicht besser klappen können als der Zufall: Im fast fertiggestellten Konferenzzentrum nähert sich dem Klubchef ein weißbehelmter Trupp von Ingenieuren, voran ein Mann mit schwarzer Kopfbedeckung: Johann Staber, Architekt der UN-City, Buhmann der Volkspartei seit Jahr und Tag.“⁴¹⁹

Der in der Presse beschriebene Besuch Mocks machte deutlich, dass sich die ÖVP-Elite immer wieder – und vor allem kurz vor der Fertigstellung der einzelnen Komplexe (hier VIC, später ACV) – zum Bau *an sich* bekannte.⁴²⁰ Mock versicherte bei der Zusammenkunft die ÖVP hätte sich immer für den Bau ausgesprochen, dass dieser billiger sein hätte können – davon würde die ÖVP nicht abrücken. Jetzt wo die UNO-City langsam fertig werde, sei es unsinnig geworden weiter darüber zu streiten, so Mock.⁴²¹ Als die AZ die späte Versöhnung der ÖVP mit der UNO-City zynisch kommentierte, konterte ÖVP-Chef Taus in der Presse, die Volkspartei hätte die UNO-City nicht wiederentdeckt, sondern wäre für deren allgemeine Existenz verantwortlich.⁴²²

Kurz vor dem Volksbegehren 1982 ging die AZ nochmals auf den stabilisierenden politischen Effekt, den das ACV haben würde, ein.⁴²³ Die Vereinten Nationen wären in der Lage politische, militärische

⁴¹⁷ vgl. *ÖVP-Pressedienst*, Mock besucht UNO: Volkspartei bekennt sich zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien, 06.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

⁴¹⁸ vgl. AZ, Plötzlich bekennt sich die ÖVP „Auch in Zukunft“ zur UNO-City, 18.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴¹⁹ *Die Presse*, Mocks Versöhnungsversuch, 08.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴²⁰ vgl. *Die Presse*, Mocks Versöhnungsversuch, 08.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴²¹ vgl. *Die Presse*, Mocks Versöhnungsversuch, 08.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴²² vgl. *Die Presse*, UN-City etwas billiger als zuerst befürchtet, 13.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

⁴²³ vgl. AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

und soziale Krisensituationen in allen Teilen der Welt zu entschärfen und der Ausbau der UNO-City sei daher ein Friedenskatalysator auf österreichischem Boden.⁴²⁴ Außerdem würde durch die Stärkung des internationalen Ansehens die österreichische Souveränität aufs Neue legitimiert.⁴²⁵

⁴²⁴ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

⁴²⁵ vgl. AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

5. Fazit

Der Bau des Austria Center Vienna (ACV) bzw. des größten Konferenzzentrums Österreichs war ein zentraler Streitpunkt zwischen der SPÖ und der ÖVP, der letztlich zum größten Volksbegehren der österreichischen Geschichte führte. Die Debatte kündigte die Abberufung der dreizehnjährigen SPÖ-Alleinregierung und das Ende Kreiskys politischer Karriere an.

Kreiskys vierte und letzte Regierungsperiode hatte sich schwierig gestaltet. Nicht nur, dass sich sein Gesundheitszustand stetig verschlechterte, auch die ausufernden Kosten bei gleich zwei Bauprojekten – dem Allgemeinen Krankenhaus und dem Konferenzzentrum – führten zu Unmut in der Bevölkerung. Die ÖVP nutze den gesellschaftlichen Widerstand zur eigenen Wahlwerbung und initiierte das meist unterschriebene Volksbegehren der österreichischen Geschichte gegen den ACV-Bau.

Der Langzeitkanzler, welchem seine autoritäre Rolle in Partei und Staat schon länger nicht mehr nur positiv ausgelegt wurde, machte sich mit dem Weiterbau – trotz 1,3 Millionen Unterschriften – bei den Unterzeichnenden unbeliebt. Auch SPÖ-Wählende und -Sympathisant*innen kritisierten Kreisky für sein fehlendes Demokratiebewusstsein.

Die Kritik am (Weiter-)Bau war politischer, zivilgesellschaftlicher und medialer Natur. Obschon diese Einteilung zu Analysezwecken sinnvoll ist, beziehen sich die Sphären aufeinander. Insbesondere durch die politische Inszenierung der ÖVP – aber auch der SPÖ, welche auf die Kritik der Opposition zu reagieren hatte, – ziehen sich klar differenzierbare und parteilich gefärbte Argumentationslinien durch alle Reaktionen hindurch.

Um zu verstehen, wie der Bau des Konferenzzentrums zu einem Politikum wurde, ist es zentral innen- sowie außenpolitische Diskurse der langen Siebziger mitzubedenken. Das Konferenzzentrum wurde als Teil der UNO-City geplant, um die internationale Bedeutung Wiens zu stärken und dem Land als neutralem Staat in der internationalen Diplomatie mehr Gewicht zu verleihen. Das Projekt wurde bereits in den 1960er Jahren von der ÖVP unter Klaus angestoßen, um Wien als internationalen Konferenzstandort zu etablieren.

Als die SPÖ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky in den 1970er Jahren den Regierungsauftrag bekam, wurde das Bauvorhaben in die Tat umgesetzt und das Konferenzzentrum als Teil des Gesamtprojekts UNO-City weitergeplant. Schon in der ursprünglichen Planung, die auf die Regierungszeit Klaus' (ÖVP) zurückgeht, war das ACV ein elementarer Bestandteil, um genügend Konferenzräume für internationale Organisationen wie die IAEO und UNIDO, bereitzustellen. Dennoch kritisierte die ÖVP den nun von der SPÖ übernommenen ACV-Bau von Anfang an.

Als der österreichische Architekt Johann Staber den Architekturwettbewerb gewann, wurde dies zum Skandal. Die ÖVP warf Kreisky Schiebung vor. Dieser verteidigte die Wahl Stabers vehement und betonte, dass der Architekt – aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen – auch von den internationalen Organisationen bevorzugt worden sei. Ein Rechnungshofbericht bestätigte später, dass die Vorwürfe der Schiebung unbegründet waren.

Für erhebliche Unzufriedenheit sorgten die Kosten des Baus, insbesondere da Österreich in den 1980er Jahren eine ökonomische Krise zu verkraften hatte. Die Opposition nutzte diese Stimmung, um 1982 das Volksbegehren gegen den Bau zu initiieren.

Die Entscheidung, das ACV trotz Volksbegehren zu bauen, wurde von vielen als Missachtung der öffentlichen Meinung interpretiert. Die Opposition warf Kreisky vor sich mit dem Konferenzzentrum ein eigenes Denkmal zu bauen. Kreisky verteidigte das Projekt jedoch als Teil einer langfristigen Strategie, Wien als internationales Konferenzzentrum zu etablieren.

Der Graben zwischen den Befürworter*innen des ACV-Baus und denen, die Widerstand dagegen ausdrückten, ist bei den politischen Reaktionen am tiefsten. Die SPÖ argumentierte mit tausenden (Dauer-)Arbeitsplätzen (insbesondere in der Bauindustrie, der Stahlindustrie) und durch den Konferenztourismus, der zahlende Gäste nach Österreich holen würde. Die Sozialist*innen betonten weiters die langfristige wirtschaftliche Bedeutung des Projekts, da Wien als internationale Konferenzstadt gestärkt und jährlich zusätzliche Einnahmen durch den Tourismus generiert werden würden. Auch internationale Organisationen, die nach Wien kämen, würden das Land insgesamt wirtschaftlich aufwerten. Nicht nur, dass für die ansässige Bevölkerung Arbeitsplätze erschaffen würden, auch das mitgebrachte Personal stelle qua Kaufkraft einen wesentlichen ökonomischen Faktor dar. Eine von der SPÖ in Auftrag gegebene Studie

prognostizierte rund 9 000 Jahresarbeitsplätze durch den Bau des Konferenzzentrums. Zudem wurde die Finanzierung durch arabische Staaten als wirtschaftlich vorteilhaft dargestellt, da billiges Geld und Devisen der österreichischen Wirtschaft zu Gute kämen.

Die ÖVP betrachtete den ACV-Bau stets als Fehlinvestition. Sie argumentierte, dass die eingesetzten Steuergelder besser für andere Projekte, wie den Wohnungsbau, welcher ähnliche Beschäftigungseffekte hätte, verwendet werden sollten. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen stellte die ÖVP infrage und bezifferte diese zeitweise mit lediglich 400 neuen Stellen. Durch die Finanzierung mithilfe arabischer Staaten sah die Volkspartei des Weiteren die österreichische Souveränität gefährdet. Sie fürchtete ein Mitbestimmungsrecht der arabischen Regierungen bei der Festlegung der abzuhaltenden Konferenzen. Abgesehen von den politischen Risiken sei die Mitfinanzierung durch arabische Finanzgesellschaften wirtschaftlich unsicher. Bei der Kritik an der Finanzierung ließen sich ÖVP-Funktionäre immer wieder zu rassistischen Aussagen, wie sie sonst nur bei den zivilgesellschaftlichen Reaktionen vorzufinden sind, hinreißen. Während die SPÖ den ACV-Bau als wirtschaftlich notwendig verteidigte, sah die ÖVP darin eine teure Fehlinvestition mit ungewissen Vorteilen.

Die Sozialist*innen versuchten, den Bau des ACVs als national bedeutend zu verkaufen, indem sie betonten, dass der Bau Arbeitsplätze in allen Bundesländern schaffen würde. Kam Kritik aus ‚den Bundesländern‘ erinnerte Kreisky immer wieder an andere große Projekte, die aus dem Bundesbudget (mit-)finanziert wurden. Die ÖVP hingegen sah im ACV-Bau eine unfaire Bevorzugung Wiens und betonte, dass die Mittel besser in Projekte außerhalb der Hauptstadt investiert werden sollten, da Wien nicht zu den ökonomischen Problemregionen gehöre. Die Volkspartei argumentierte, dass der Bau den Föderalismus untergrabe und Ressourcen von regionalen Projekten abziehe. Die ÖVP bezichtigte die SPÖ in mehrere Aussendungen des Zentralismus.

Auch im Hinblick auf die sicherheitspolitische Relevanz des Konferenzzentrums hatten die beiden Parteien diametrale Meinungen. Angesichts wachsender Terrorismusgefahr, wie der OPEC-Geiselnahme 1975 und dem Mord an Nittel 1981, sah die SPÖ den Bau des ACV als Schlüssel zur Sicherheit und internationalen Anerkennung Österreichs. Kreisky argumentierte, dass das Konferenzzentrum die Neutralität stärke und außerdem kostengünstiger als teure

Rüstungsausgaben sei. Im Gegensatz dazu betrachtete die ÖVP den ACV-Bau skeptisch und argumentierte, dass die österreichische Sicherheit primär durch nationale Maßnahmen, anstatt durch internationale Konferenzen, gewährleistet werden müsse. Mock wies darauf hin, dass die UN die Souveränität kleiner Staaten nicht garantieren könne und warf der SPÖ vor, die sicherheitspolitische Bedeutung des Projekts zu überschätzen. Die SPÖ hingegen betonte, dass Österreich, an der geopolitischen Demarkationslinie gelegen, seine Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit und aktive Entspannungspolitik wahren müsse.

In den zivilgesellschaftlichen Reaktionen wird das Projekt vermehrt als Prestigevorhaben Kreiskys kritisiert. Die Schreibenden werfen dem Bundeskanzler autoritäres Verhalten sowie Demokratiefeindlichkeit vor. Die Verfasser*innen fühlen sich nicht gesehen bzw. gehört, wobei auffällig ist, wie viele Zivilist*innen sich als enttäuschte SPÖ-Wähler*innen deklarieren.

Aus den persönlichen Briefen lassen sich oft die wirtschaftlichen Sorgen der Unter- und Mittelschicht herauslesen. Der Bau des ACVs wird als zynisch, ob der prekären wirtschaftlichen Situation Vieler, wahrgenommen. Die Kritik mischt sich hier mit Fremdenfeindlichkeit und offenem Rassismus gegenüber Arbeitsmigrant*innen und internationalen Beamt*innen.

Briefe von Kritiker*innen des ACVs stammen eher aus ‚den Bundesländern‘, nicht aus Wien. Wenn die Schreiben das Bundeskanzleramt aus der Hauptstadt erreichten, dann standen sie dem Konferenzzentrum durchwegs positiv gegenüber. Die Stimmen aus den anderen acht Bundesländern übernehmen in ihrer Kritik oft das Wording der Volkspartei („Größenwahn“, „Konferenzpalast“, etc.).

Auf die Sicherheitspolitik, und ob das Konferenzzentrum ein Sicherheitsgarant oder ein Sicherheitsrisiko darstellt, wird in den persönlichen Briefen nur indirekt eingegangen. Wenn das ACV als mögliches Sicherheitsrisiko erkannt wird, dann qua Pull-Faktor für Migrant*innen, welchen in jener Zeit zunehmend mit Ablehnung begegnet wird.

In Bezug auf die sicherheitspolitischen Sorgen der Zivilbevölkerung ist des Weiteren interessant, dass Terroranschläge, welche des Öfteren Kreiskys Außenpolitik angelastet wurden, in den Briefen nicht thematisiert werden.

Die Medien – als Vermittlerinnen zwischen Politik und Zivilbevölkerung – berichteten national und international über die Debatte zum Konferenzzentrum, war es schließlich auch ein Thema, das die internationale Gemeinschaft betraf. National publizierte vor allem die Arbeiter-Zeitung, als SPÖ-Parteizeitung, und die Presse, als Sprachrohr der ÖVP-Sympathisant*innen zum ACV-Diskurs. In den Jahren 1978 und 1982 wurden die meisten Artikel zum Thema veröffentlicht, weshalb sich diese Arbeit auch auf diese beiden Jahre – das Jahr vor der Eröffnung des VIC und das Jahr des Volksbegehrens – beschränkt.

Wie bei den politischen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen, überwiegen auch in AZ und Presse jene Argumentationslinien, welche sich mit wirtschaftlichen Fragestellungen beschäftigen. Insbesondere bei der arbeitsmarktpolitischen Relevanz des ACVs widersprechen sich die Zeitungen. Dies liegt mitunter daran, dass sie unterschiedliche Studien (die AZ jene des Instituts für Volkswirtschaftslehre, die Presse jene des Instituts für Höhere Studien) rezensieren. Aus meiner Recherche geht hervor, dass die IHS-Studie vom ÖVP-Pressedienst falsch interpretiert wurde. In der Tat übernahm die Tageszeitung Presse die ÖVP-Falschinformationen unhinterfragt, weshalb die prognostizierten Beschäftigungseffekte bei der ÖVP-nahen Zeitung verschwindend gering ausfallen. In Bezug auf die Auslastung stimmt die Presse allerdings der SPÖ-Prognose – das Konferenzzentrum würde voll ausgelastet werden – zu. Hier zeigt sich, dass die Presse, im Gegensatz zur AZ, keine Parteizeitung war.

Im Hinblick auf den Bundesländerkonflikt verschärfte sich der Ton bei den Zeitungen. Die Presse warf der SPÖ vor lokalpatriotisch zu handeln, während die AZ die gesamtösterreichischen Vorteile des Wiener Konferenzzentrums verteidigte. Zu keinem anderen Diskurs fand die Presse so harte Worte, wie zu jenem, um die Bevorzugung Wien. Wenige Tage vor dem Volksbegehren zitiert sie eine steirische ÖVP-Politikerin, die vom ‚Wiener Imperialismus‘ spricht und rezensiert eine Studie nach welcher auch die Wiener*innen gegen den ACV-Bau wären.

Nicht so viel Gewicht legte die Tageszeitung Presse auf den sicherheitspolitischen Diskurs um das ACV. Einzig den Zuzug internationaler Beamt*innen sah die Zeitung als Herausforderung an. Die AZ betonte den guten Ruf, welchen Wien als Kongressstadt hätte und verwies gleichsam auf die stabilisierende Wirkung des Projekts, wobei UNO-Botschafter Jankowitsch, der in der UNO-City einen Friedenskatalysator erkannte, mehrfach paraphrasiert wurde.

Die vorliegende Arbeit hat in vier Kapiteln erforscht, analysiert und kontextualisiert wie der Bau eines Gebäudes zu einem Politikum wurde. Im Zuge dessen bot sich ein Einblick in eine innenpolitische Debatte, die viel mit Parteipolitik und wenig mit dem Konferenzzentrum an sich zu tun hatte. Dass der Diskurs heute in Vergessenheit geraten ist, bestätigt nur wie eng das Thema mit tagespolitischen Agenden assoziiert war.

6. Primärquellen

Anonym, Information an den Bundeskanzler, 30.01.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

Anonym, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Anonym, Postkarte an Kreisky, 03.06.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Anonym, Brief an Kreisky, 14.09.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information, 7 Tatsachen über die UNO-City, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 2.

AZ, UNO-City billiger als geplant. Kreisky: Bedeutung auch für Österreichs Zahlungsbilanz, 12.02.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

AZ, UNO-City: Der Kindesweglegung folgt später Liebe der ÖVP, 11.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

AZ, UNO-City füllt sich: UNRWA-Zentrale nach Wien, 14.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

AZ, Plötzlich bekennt sich die ÖVP „Auch in Zukunft“ zur UNO-City, 18.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

AZ, Den Wohnbau gibt's bei der VP nicht, 27.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

AZ, Die Welt sieht Wien positiv. Als Kongreßstadt an der Spitze, 31.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

AZ, Ausnutzung der UNO-City gesichert, 17.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

AZ, UNO-City: Unser Tor zur Welt steht jetzt offen, 23.08.1979, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

AZ, Eine Baumilliarde schafft 2200 Arbeitsplätze, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

AZ, Konferenzzentrum: Bauen – was sonst? 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, IAEO – UNIDO; Endgültige Unterbringung im UNO-Zentrum im Donaupark, 20.06.1967, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, IAKW; Gespräche mit Untergeneralsekretär George Davidson und Bogdan Lewandowski in Wien, 24.04.1976, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 7.

Bundespressedienst, Rechnungshofbericht zur UNO-City vorgelegt, ÖVP-Vorwürfe der Willkür und Schiebung widerlegt, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Die Presse, Einzug in die UN-City erst ab Sommer 1979, 04.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

Die Presse, UN errichten Zentralbüro in Wien. „City ist spätestens 1983 voll besetzt“, 10.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Die Presse, Mit der UNO-City am Puls der Vereinten Nationen, 31.03.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Die Presse, Countdown für die UN-City. Uebersiedlung nach Generalstabsplan, 07.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Die Presse, Mocks Versöhnungsversuch, 08.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Die Presse, UN-City etwas billiger als zuerst befürchtet, 13.06.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Die Presse, UNO-City öffnet, der Kindergarten schließt. Kein Platz für Diplomatenprüflinge?, 28.11.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 13.

Die Presse, 59 Prozent gegen UN-Zentrum. Wiener verärgert über Kreisky, 16.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Die Presse, Schlüssel-Argumente gegen UN-Zentrum. „Kleine kommen nicht zum Zug“, 04.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Die Presse, Die große Unbekannte jenseits der Donau. Das Konferenzzentrum zwischen bewegter Geschichte und umstrittener Finanzierung, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Die Presse, Konferenzzentrum: Immer härterer Schlagabtausch der Großparteien, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Die Presse, Rededuelle auch im Bundesrat. VP setzte ihre Mehrheit ein, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

F.H.H., Persönlicher Brief, 09.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Helmut *Frisch*, Andreas *Wörgötter*, Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Telegramm an Kreisky, 18.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Leopold *Gratz*, Interview mit dem ORF, 22.05.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

E.H., Schreiben an Kreisky, 04.06.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

C.H., Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

H.W., Brief an Kreisky, 12.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

IAKW, Aktenausstellung, 21.04.1972, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Information für den Herrn Bundeskanzler, Donaupark Projekt, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Roland *Jiresch*, Information an den Bundeskanzler, 25.02.1977, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

Thomas *Klestil*, Information für den Bundeskanzler, 20.05.1977, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

Vinzenz *Kotzina*, Vortrag an den Ministerrat, 04.12.1969, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Bruno *Kreisky*, Schreiben an alle Landeshauptmänner, 24.06.1974, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Bruno *Kreisky*, Rede zur feierlichen Übergabe der UNO-City, 23. August 1979, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 7.

Bruno *Kreisky*, Antwort an die den Gemeinderat der Marktgemeinde Bisamberg, 19.04.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Gerhard *Munduch*, Ingo *Schmoranz*, Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen in Österreich, Februar 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 10.

L.M., Brief an Kreisky, 13.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

C.N., Brief an Kreisky, 12.01.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Herbert *Ostleitner*, Schreiben an Kreisky, 17.02.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 10.

ÖVP-Fraktion des Gemeinderates der Stadt Knittelfeld, Offener Brief an den Bundeskanzler, 07.10.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

ÖVP-Pressedienst, Mock besucht UNO: Volkspartei bekennt sich zur Niederlassung internationaler Organisationen in Wien, 06.07.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Prestigeprojekt aus Steuermittel aller Österreicher, 30.03.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Bundesparteivorstand Mock: Steuermittel richtig einsetzen, 03.05.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Wiener ÖVP für Wohnbau in Wien, 07.11.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Wiener Volksbefragung: Vorrang für Hofburgkonferenzzentrum und Standerneuerung, 12.11.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Sparbuchsteuer für den Bau des Konferenzentrums in Wien, 11.01.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

ÖVP-Pressedienst, Graff zum Konferenzzentrum, 03.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Graff fordert Baustopp beim Konferenzzentrum, 15.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Wiener Volkspartei kritisiert Finanzierung des Konferenzentrums und verlang Aufklärung über dabei verschleuderte Millionen, 14.02.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

ÖVP-Pressedienst, Schambeck: SPÖ mangelt es an demokratischen Verständnis, 11.07.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

ÖVP-Pressedienst, Mock warnt SPÖ vor neuerlicher Fehlentscheidung, 07.10.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

Politik am Freitag: Studiokonfrontation BK Kreisky und Parteiobmann Mock über das UNO-Konferenzzentrum und d. Volksbegehren d. ÖVP dagegen, 07.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

Roland *Rainer*, UNIDO-Entscheidung, 08.03.1971, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Rathaus Korrespondenz: Neues Heim für „Wien International“, 14.04.1978, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Sitzung des Ministerkomitees, Amtssitz Internationaler Organisationen und Konferenzzentrum in Wien, 13.07.1970, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Fred *Sinowatz*, Schreiben an Kreisky, 24.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Sozialistische Gewerkschafter, Flugblatt zum Volksbegehren, 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Sozialistische Korrespondenz, SK-Dokumentation Konferenzzentrum, 04.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Sozialistische Korrespondenz, „Dieses Zentrum sollte gebaut werden“, 08.03.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Sozialistische Korrespondenz, SP-NÖ: Ja zum Konferenzzentrum, 23.04.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

Sozialistische Korrespondenz: Bau des Konferenzzentrums schafft insgesamt 9.347 Jahresarbeitsplätze, 12.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 10.

Sozialistische Korrespondenz, Kreisky: Einigung über neue Konferenzzentrum-Finanzierung, 01.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

Sozialistische Korrespondenz, Kreisky: Salcher: Bau des Konferenzzentrums durch Steuerhinterziehung nicht verteuert, 15.03.1983, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 9.

Sozialistische Korrespondenz, Prof. Nowotny: Überaus günstige Finanzierung für österreichisches Konferenzzentrum gelungen, 28.06.1984, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 4.

Sozialistische Partei Österreichs, Tatsachen & Argumente – Konferenzzentrum, April 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 8.

Sozialistische Partei Österreichs, Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Johann *Staber*, Schreiben an den Bundeskanzler, 21.12.1970, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 1.

Stadtparteileitung der ÖVP Bad Ischl, Offener Brief an Kreisky, 18.03.1981, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Vienna News, Vienna News, viersprachige Halbmonatszeitschrift für Diplomaten und Angehörige Internationaler Organisationen, 28.01.1977, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 5.

W.P.P., Persönlicher Brief, 28.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

7. Literaturverzeichnis

Gerhard *Botz*, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien 2008).

Ernst *Bruckmüller*, Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Wien/Köln/Graz 1996).

Gallup Stimmungsbarometer, Zwei-Länder-Umfrage zum Thema Neutralität: Österreich und Schweiz. In: Gallup Institut, 02.06.2022, online unter <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2022/zwei-laender-umfrage-zum-thema-neutralitaet-oesterreich-und-schweiz/> (03.07.2024).

Michael *Gehler*, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik: Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts (Innsbruck/Wien 2005).

Christian *Haerpfer*, Der kulturelle Schmelztiegel Wien aus Sicht der Wiener. In: SWS Rundschau 1 (1991) 146-152.

Siegfried *Jäger*, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (Münster 2012).

Wolfgang *Mueller*, Genese und historischer Wandel der Neutralität Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 53 (2024) 1-10.

Wolfgang *Petritsch*, Bruno Kreisky. Die Biografie (St. Pölten/Salzburg 2010).

Oliver *Rathkolb*, Internationalisierung Österreichs seit 1945 (Innsbruck/Wien/Bozen 2006).

Elisabeth *Röhrlich*, Kreiskys Außenpolitik: Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Göttingen 2009).

Elisabeth *Röhrlich*, Sarah *Knoll*, Das neutrale Österreich als Sitz internationaler Organisationen: Entstehung und Verselbstständigung politischer Narrative. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 53 (2024) 1-8.

Elisabeth *Röhrlich*, *Inspectors for Peace: a history of the International Atomic Energy Agency* (Baltimore 2022).

Erwin *Schmidl*, Wien als internationales Zentrum. In: Michael *Dippelreiter* (Hg.), Wien seit 1945 – die Metamorphose einer Stadt (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945/9, Wien/Köln/Weimar 2013) 703-730.

Jodok *Troy*, Amtssitzpolitik. In: Martin *Senn*, Franz *Eder*, Markus *Kornprobst* (Hg.), Handbuch Außenpolitik Österreich (Innsbruck/Wien 2022) 241-267.

Oskar *Wawra*, Internationale Aktivitäten der Stadt Wien. In: Melanie *Sully* (Hg.), Out of Vienna: international organisations in Vienna (Wien 2004) 20-27.

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum: *Sozialistische Partei Österreichs*: Warum das Konferenzzentrum gebaut wird, Mai 1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 3.

Abbildung 2: Persönlicher Brief auf SPÖ-Flugblatt zum Konferenzzentrum: *W.P.P.*, Persönlicher Brief, 28.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

Abbildung 3: Anonymer Brief an Kreisky: *Anonym*, Persönlicher Brief, 19.05.1982, In: Kreisky-Archiv, VII.11., Box 6.

9. Anhang

9.1 Kategorisierung des Archiv-Bestandes:

Die dreizehn, von mir kategorisierten und bearbeiteten, Boxen sind Teil des Bestandes zu Kreisky Außenpolitik (VII.) und haben selbst das Archivzeichen VII.11. Im Bestand VII.11. finden sich nicht nur Dokumente zum Konferenzzentrum, sondern auch zur UNO-City und dem Donaupark im Allgemeinen.

Die Archivalien beinhalten verschiedene Quellentypen, wobei ich folgende unterscheide:

1. Presseaussendungen der Parteien: Es handelt sich dabei um die Aussendung von Informationen an Journalist*innen von Seiten politisch institutionalisierter Parteien. Da Presseaussendungen über die Parteilinie zu einem Thema, über Ereignisse sowie über Aussagen informieren können, waren sie ein beliebtes Mittel der Kommunikation im Falle des ACV. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP verfassten zahlreiche Presseaussendungen.
2. Schreiben von politischen Akteur*innen: Unter Schreiben von politischen Akteur*innen verstehe ich hier jene Briefe, die von Personen oder Verbänden, die einer politischen Fraktion angehören oder in deren Namen schreiben, verfasst wurden. Im Falle des ACV sind das vor allem verschiedene Landesgruppen der ÖVP, aber auch Mitteilungen des Architekten Staber, welcher bereits im Auftrag des Bundeskanzleramtes stand, als er seine Bestrebungen verteidigte.
3. Gutachten sowie Stellungnahmen von Expert*innen: Da es zum Bau des ACV verschiedenste Meinungen gab und ebendiese sich wirtschaftlicher, sozialer sowie ökologischer Argumente bedienten, gab es auch viele verschiedene Gutachten von Sachverständigen zu den Themen Finanzierung, Beschäftigungsauswirkungen, etc.
4. Stellungnahmen der Parteien: Die verschiedenen Parteien veranlassten nicht nur Gutachten, sondern versandten auch Stellungnahmen, die ihre Ansichten zum Thema ACV auf den Punkt brachten. Stellungnahmen gab es von den verschiedenen internationalen Organisationen, dem Rechnungshof, dem Bundesministerium für Auswertige Angelegenheiten, etc.

5. Pressereaktionen: Auf Presseaussendungen sind mitunter Pressereaktionen der verschiedensten Medienorgane erfolgt. Sie machen das Groß der Quellen aus. In der von mir betrachteten Zeit berichtete wohl kaum eine Zeitung/Zeitschrift nicht über die Debatte zum ACV.
6. Protokolle von Fernsehdiskussionen: Diese Subkategorie ist lediglich mit einer Quelle vertreten: Dem Protokoll zur Sendung ‚Politik am Freitag‘, in welcher Mock und Kreisky 1982, einige Tage vor dem Beginn des Volksbegehrens, diskutierten und nochmals alle Argumente hervorbrachten.
7. Persönliche Briefe: Persönliche Briefe an das Bundeskanzleramt wurden meist beantwortet und diese Antwort ist dem Brief auch oft beigelegt. Hier gilt: Desto netter der persönliche Brief, desto kürzer die Antwort aus dem Bundeskanzleramt.

9.2 Kategorisierung der Quellentypen nach Zugehörigkeit zu politischer, zivilgesellschaftlicher oder medialer Reaktion

Um einen besseren Überblick über die Quellenlage zu erhalten, habe ich ein Verzeichnis zu den Quellen, die für meine Fragestellungen von Relevanz sind, erstellt. Es soll einen groben Überblick geben, *welche* Quellen *wo* zu finden sind. Gleichzeitig werden die heterogene Quellenlage und die Pluralität der Archivalien, die es zu dem Thema gibt, deutlich:

Politische Reaktion:

- Presseaussendungen der Parteien: Sozialistische Korrespondenz, ÖVP-Pressedienst
- Schreiben von politischen Akteur*innen: Johann Staber, Fred Sinowatz, Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Leopold Gratz, ÖVP-Fraktion des Gemeinderates der Stadt Knittelfeld, Rathaus Korrespondenz, Sozialistische Gewerkschafter, Stadtparteileitung der ÖVP Bad Ischl, Roland Jiresch, Thomas Klestil, Vinzenz Kotzina, Bruno Kreisky
- Gutachten: Rechnungshof, diverse Bundesministerien, Instituts für Volkswirtschaftslehre, Institut für Höhere Studien, IAKW
- Stellungnahmen: Flugblätter, Sitzung des Ministerkomitees, Sozialistische Partei Österreichs

Zivilgesellschaftliche Reaktion:

- Persönliche Briefe: E.H., W.P.P., C.H., F.H.H, H.W., L.M., C.N.
- Gutachten sowie Stellungnahmen von Expert*innen: Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Information, Herbert Ostleitner, Roland Rainer

Mediale Reaktionen:

- Pressereaktionen: Artikel in Presse und Arbeiter-Zeitung, Vienna News
- Protokolle von Fernsehdiskussionen: Politik am Freitag

9.3 Chronologie der Ereignisse

April 1945 – Dezember 1945	Regierung Renner (Provisorische Regierung der ÖVP, SPÖ und KPÖ gleichteilig angehören)
25. November 1945	Ersten demokratischen Wahlen nach fünfzehn Jahren
Dezember 1945 – November 1949	Regierung Figl I. (ÖVP-BK Leopold Figl, SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf)
November 1949 – Oktober 1952	Regierung Figl II. (ÖVP-BK Leopold Figl, SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf)
2. Jänner 1951	Kreisky tritt Dienst in der Sektion für auswärtige Angelegenheiten an
22. Juni 1951	Kreisky wird außenpolitischer Berater des Bundespräsidenten Körner
Oktober 1952 – April 1953	Regierung Figl III. (ÖVP-BK Leopold Figl, SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf)
April 1953 – Juni 1956	Regierung Raab I. (ÖVP-BK Julius Raab, SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf)
April 1953	Kreisky wird Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten
15. April 1955	Unterzeichnung des Moskauer Memorandums
15. Mai 1955	Österreichischer Staatsvertrag
14. Dezember 1955	Österreich wird Mitglied der Vereinten Nationen
Juni 1956 – Juli 1959	Regierung Raab II. (ÖVP-BK Julius Raab, SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf)

29. Juli 1957	Amtssitz der IAEO in Wien
Juli 1959 – November 1960	Regierung Raab III. (ÖVP-BK Julius Raab, SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann)
16. Juli 1959	Kreisky wird Außenminister
Jänner 1960	EFTA-Beitritt Österreichs
November 1960 – April 1961	Regierung Raab IV. (ÖVP-BK Julius Raab, SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann)
April 1961 – März 1963	Regierung Gorbach I. (ÖVP-BK Alfons Gorbach, SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann)
3./4. Juni 1961	Gipfeltreffen zwischen Kennedy und Chruschtschow
März 1963 – April 1964	Regierung Gorbach II. (ÖVP-BK Alfons Gorbach, SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann)
April 1964 – April 1966	Regierung Klaus I. (ÖVP-BK Josef Klaus, SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann)
April 1966 – April 1970	Alleinregierung Klaus II. (ÖVP-BK Josef Klaus, ÖVP-Vizekanzler Fritz Bock)
1. Jänner 1967	Amtssitz der UNIDO in Wien
April 1970 – November 1971	Alleinregierung Kreisky I. (SPÖ-BK Bruno Kreisky, SPÖ-Vizekanzler Rudolf Häuser)
November 1971 – Oktober 1975	Alleinregierung Kreisky II. (SPÖ-BK Bruno Kreisky, SPÖ-Vizekanzler Rudolf Häuser)
25. Juni 1973	KSZE-Beitritt
Oktober 1975 – Juni 1979	Alleinregierung Kreisky III. (SPÖ-BK Bruno Kreisky, SPÖ-Vizekanzler Rudolf Häuser)
21. Dezember 1975	OPEC-Geiselnahme
5. November 1978	Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf
Juni 1979 bis 24. Mai 1983	Alleinregierung Kreisky IV. (SPÖ-BK Bruno Kreisky, SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch)

18. Juni 1979	Gipfeltreffen zwischen Carter und Breschnew
23. August 1979	Feierlichen Übergabe der UNO-City
1. Jänner 1980	Offizielle Eröffnung des UNOV (UN Office Vienna)
1. Mai 1981	Heinz Nittel wird von einem Terroristen ermordet
15. bis 17. November 1981	ÖVP-initiierte Volksabstimmung über das Konferenzzentrum und Stadterneuerung
12. bis 17. Mai 1982	ÖVP-initiiertes Volksbegehren gegen den Bau des Konferenzzentrums
24. April 1983	Nationalratswahl
Mai 1983 – Juni 1986	Regierung Sinowatz (SPÖ-BK Fred Sinowatz, FPÖ-Vizekanzler Norbert Steger)